

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,30 Mk. monatl. 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Streichband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 27. Februar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die hochgedruckte Zeile ober oder unter 40 Pfg., für halbspaltige und gewerkschaftliche Inserate und Bekanntmachungen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (Leitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Samstagen und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Heimarbeit und ihre gesetzliche Regelung.

II. Die wirtschaftliche Lage der Heimarbeiter und ihre Folgen.

Eine lehrreiche Specialuntersuchung der Berliner Gewerbe-Aufsichtsbeamten über die Lage der unverheirateten Berliner Fabrikarbeiterinnen, die in den Berichten für das Jahr 1902 veröffentlicht wurde, hat die vielfach verbreitete Ansicht zugenommen, wonach eine großstädtische Arbeiterin ohne Familie mit 7 bis 8 Mk. Wochen-einnahme notdürftig ihr Leben fristen könnte. Die meisten Forscher führten vielmehr zu dem Ergebnis, daß zur Befriedigung der unentbehrlichsten Bedürfnisse ein regelmäßiger wöchentlicher Verdienst von 10,12 bis 11,02 Mk., also eine Jahreseinnahme von 526 bis 604 Mk. erforderlich ist.

Erst an solchen Angaben gemessen, ist es möglich, zu einem richtigen Urteil über die traurigen Lohnverhältnisse in der Hausindustrie zu gelangen. Mit einer Uebersichtnahme, die für die Wichtigkeit der Angaben die sicherste Gewähr bietet, haben die Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik, die Untersuchungen des Vereins für Socialpolitik, die Feststellungen des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts, die Enquete des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen ergeben, daß der Verdienst einer in der Hausindustrie thätigen Konfektionsarbeiterin deutscher Großstädte in den weitaus meisten Fällen 400 Mk. im Jahre nicht erreicht, und Einnahmen von 200 bis 250 Mk. durchaus keine Seltenheit sind. Wie sich dabei die Lebenshaltung gestaltet, mögen einige Beispiele lehren. Eine Berliner Heimarbeiterin mit einem Wochenverdienst von 7 Mk. gab für ihre Ernährung täglich 60 Pfg., für ihre Schlafstelle 1,50 Mk. pro Woche aus und bezieht danach für alle übrigen Bedürfnisse wöchentlich ganze 75 Pfg. übrig. Eine Danziger Näherin verdiente 6 Mk. wöchentlich; ihre Ausgaben für Kost und Wohnung betrugen 26 Mk. im Monat; ihr Budget mußte also, selbst wenn für Wäsche, Kleidung u. nichts angelegt wurde, mit einem Defizit von zwei Mark abschließen.

Und doch sind diese Bilder noch nicht die düstersten an dem Leben der Heimarbeiterinnen, denn groß ist die Zahl derer, die nicht nur für sich selbst zu sorgen haben: wie viele müssen die ganze Familie erhalten, wenn Wochen und Monate der Arbeitslosigkeit den eigentlichen Ernährer heimsuchen, oder wenn er ein Arbeitsloser oder ein Krankenbold ist; noch größer aber ist die Zahl der Witwen und ehelichen Frauen mit unmündigen Kindern, die allein auf den Verdienst der Mütter angewiesen sind. Eine Berliner Arbeiterin mit nur einem Kind, die 7 Mk. in der Woche einnimmt, die Miete durch Afermiete deckt, und für die Ernährung nur 35 Pfg. pro Tag und Kopf ausgibt, bezieht wöchentlich für alle übrigen Bedürfnisse von zwei Personen nur 1 Mk. übrig! Läßt sich angesichts dieser Beispiele das Schicksal derer ausmalen, die mehr Kinder zu erhalten und noch geringere Einnahmen aufzuweisen haben?

Neben der Konfektion ist es die großstädtische Schuhmacherei, Stickerie und Wirtelerei, in denen dieselben Lohnverhältnisse herrschen, also nur in den seltensten Fällen das Mindestmaß dessen erreichen, was als notwendig zur Befriedigung des Lebensunterhalts angenommen wird. Ein besonders trauriges Kapitel bildet noch die Lage der Zinnmalereien Münchberg: nach einer Untersuchung des Vereins für Socialpolitik kann eine geschickte Arbeiterin im besten Fall auf einen wöchentlichen Heimverdienst von 4,35 Mk. rechnen!

Gibt es einen Ausweg aus diesem Mißverhältnis zwischen den Einnahmen und den täglichen Anforderungen des Lebens? Den einen Berichteten wir schon: die Unterernährung. Die deutsche Heeresverwaltung hat für die Belošigung pro Kopf und Tag 1 Mk. ausgegibt, wobei nicht zu vergessen ist, daß sie bei Einkauf im großen und eignen Betrieb viel mehr zu bieten vermöge, als das in winzigem Haushalt oder gar durch ein Wirtshaus für dieselbe Summe möglich ist. Die deutsche Industrie gewährt der Heimarbeiterin nur eine tägliche Ausgabe von 35 bis 50 Pfg., um sich ihre Arbeitskraft zu erhalten. Ein weiterer Ausweg ist es, die Wohnung — wenn überhaupt dabei von „Wohnung“ gesprochen werden kann — möglichst billig zu wählen. Zwei Drittel der Berliner alleinstehenden Heimarbeiterinnen haben in ihrer Schlafstelle nicht einmal ein eigenes Bett; und es zeigt nur zu deutlich, wie das Familienleben, die Hauslichkeit für die Proletarierin mehr und mehr zur frommen Sage wurde, wenn der Berliner Gewerbe-Inspektor kürzlich konstatieren mußte, daß die bei den Eltern wohnenden Arbeiterinnen in Bezug auf ihre Unterkunft ganz besonders schlecht gestellt sind. Für die Gefangenen von Rügensee ist pro Person ein Lustring von 28 Kubikmeter vorgefrieben; über ein Drittel der von den Gewerbe-Inspektoren untersuchten Wohnungen der Konfektionsarbeiter wiesen nicht einmal 10 Kubikmeter pro Kopf auf. Noch auf eine dritte Weise versuchen die Heimarbeiterinnen zu höheren Löhnen zu gelangen: durch Ueberarbeit. Die Heimarbeit, die den Saisoncharakter vieler Industrien gewissermaßen großgezogen hat, leidet ihrerseits wieder besonders schwer darunter. Betriebe mit einer Produktionsdauer von nur 3, 4 oder 5 Monaten für die Heimarbeit, sind nichts seltenes, eine Hochsaison von 5 Monaten kann als die längste, die vorkommt, bezeichnet werden. Da sind es die Heimarbeiter, die kein Gesetz in der Freiheit, ausgebeutet zu werden, beschränkt, die mit Anspannung aller Kräfte sich abrackern, um mit dem Verdienst dieser kurzen Zeit, die langen Wochen der Arbeitslosigkeit zu überstehen. Jene 126 Stunden wöchentliche Arbeitszeit, die die Kommission für Arbeiterstatistik bei Erforter Näherinnen konstatierte, sind auch heute noch keine Ausnahme. Arbeitszeiten von 14 und 16 Stunden bieten erst die

Gewähr eines halbwegs ausreichenden Verdienstes, 12 und 16 Stunden sind am häufigsten festzustellen und Sonntagsarbeit ist in der Saison an der Tagesordnung. Auch eine andre Art der Verlängerung der Arbeitszeit darf nicht übersehen werden: die durch die Bereitwilligkeit der Arbeiter unterstützte Gewohnheit vieler Fabrikanten, den Werkstatt- und Fabrikarbeitern noch Arbeit mit nach Hause zu geben. Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten klagen neuerdings über Zunahme dieser von keinem Gesetz verbotenen Verlängerung der Arbeitszeit.

Aber das alles ist nicht das schlimmste: der dunkelste Weg, auf den die Geißel der Not die armen Mütterinnen der Armut hinaustreibt, sieht allen offen: wo der Verlauf ihrer Arbeitskraft ihr Leben nicht erhalten kann, muß der Verlauf ihres Körpers als Ergänzung hinzutreten. Es sind die Heimarbeiterinnen, besonders die der Konfektion in den Großstädten, — Paris bietet das drastischste Beispiel, — die mehr als andere der gelegentlichen Prostitution verfallen.

Es könnte nach alledem den Anschein haben, als ob nur die alleinstehenden weiblichen Heimarbeiter der Großstädte sich in trauriger wirtschaftlicher Lage befinden. Leider ist dem nicht so und sie sind nicht die einzigen Opfer einer der mörderischsten Betriebsformen kapitalistischer Wirtschaftsweise.

Die Familien-Heimarbeit weist nur zu oft noch schlimmere Schäden auf als die Frauen-Heimarbeit. Sie vereinigt in sich die rücksichtslossten Elemente der männlichen Arbeiterklasse, aber auch tüchtige Arbeiter werden durch die unzureichenden Lohnverhältnisse vielfach in sie hineingetrieben, da sie hier durch die Mitarbeit der Frau zu einem besseren Verdienst zu gelangen hoffen, ohne daß die Frau in die Fabrik zu gehen und ihr Haus und ihre Kinder zu verlassen braucht. In der Tabakindustrie, der Schuhmacherei, der Sattlerei usw. ist diese Art der gemeinsamen Heimarbeit von Mann und Frau an der Tagesordnung und es wäre auch nichts gegen sie einzutenden, wenn sie dem idyllischen Bild entspräche, das gutmütige Ideologen sich vorstellen und das dem Handwerkerleben der „guten, alten Zeit“ entnommen ist. Tatsächlich hat sie damit nicht das mindeste gemein. Von einem gemütlichen Familienleben in gut gehaltener Wohnung ist hier weit weniger die Rede, als wenn Mann und Frau in die Fabrik gehen. Die Wohnung des Heimarbeiters, meist nur aus Stube und Küche bestehend — ist ein dritter Raum vorhanden, so wird er an Schlafzimmern vermietet — ist keine Werkstatt. In demselben Raum, wo gelocht, gewohnt, häufig auch geschlafen wird und die Kinder sich aufhalten, wird auch gearbeitet; hier liegt der Tabak zum Trocknen ausgebreitet neben dem Kochtopf oder der Kindertöpfchen; hier trocknen die Kartons und Bindholzschachteln, hier stehen die Farbentöpfe zum Bemalen der Zinnsoldaten, hier glüht das Bügelisen unangeseht im Ofen, hier rasfelt die Nähmaschine vom Morgen grauen bis in die sinkende Nacht. Und die Frau des Heimarbeiters ist nicht nur gelegentliche Mithelferin, sondern eine angestrengt beschäftigte Arbeiterin, der für Kinder und Haushalt keine Zeit übrig bleibt, wenn die großen Einnahmen nicht empfindlich verzögert werden sollen.

Ein Leipziger Cigarren-Heimarbeiter verdient mit Hilfe von Frau und zwei Kindern 17—18 Mk. die Woche; der Arbeitsraum war die Küche, in der das Bett eines kranken Kindes stand. Zwei andre verdienen mit der gleichen Hilfe 16—20 Mk., sie arbeiten alle in kleiner überheizter Küche, die in einem Fall noch sieben Kindern zum Aufenthalt dient. Ein Bremer Cigarren-Heimarbeiter, der die allerbeste Handarbeit für den Norddeutschen Lloyd lieferte, erreichte mit seiner Frau nur einen Wochenverdienst von 15—18 Mk.

Und was für die Städte gilt, das gilt nicht weniger für die ländliche Heimarbeit. Mag auch die Lebenshaltung hier billiger sein, dafür sind auch die Löhne um so niedriger. In den letzten Berichten der deutschen Gewerbe-Aufsichtsbeamten finden sich Beispiele dafür: Im sächsischen Erzgebirge verdient ein fleißiges Ehepaar bei der Verfertigung von Stopfröhen 7—9 Mark pro Woche; ein Spielwarenverfertiger mit seiner Frau kam bei 14—15 stündiger Arbeitszeit auf einen wöchentlichen Reingewinn von 8, höchstens 13 Mk., ein anderer erreichte mit Frau und zwei Kindern gar nur 6 Mk. in der Woche, und ein Verfertiger von Klagenholzwaren verdiente bei voll ausgenutzter Arbeitszeit mit Frau und zwei Söhnen 13,50 Mk. Das sind Angaben, die beweisen, daß die Schilberungen eines Satz über die Lage der ländlichen Heimarbeiter, die einst Entsetzen erregten, um allzu schnell wieder vergessen zu werden, noch keineswegs veraltet sind.

Wo die Not herrscht, da öffnet sie auch der Krankheit die Thüren. Chronische Unterleibsleiden, Nervenschwäche, Magenleiden, Rückgratskrümmungen sind die von den Kassenärzten immer wieder konstatierten Berufskrankheiten der Näherinnen. Ein französischer Arzt erklärte, daß eine zweijährige Tätigkeit an der Nähmaschine schon genügt, den stärksten Organismus zu zerstören. Eine Stepperin, die genötigt ist, mit dem Kind unter dem Herzen die Maschine zu trampeln, und zwar in Erwartung der neuen Ausgaben mit doppelter Hast und Ausdauer, wird nur allzu oft ihre Mutterhoffnungen früh zerstört sehen. Der größte Prozentsatz der Säuglingssterblichkeit, 65 Prozent nach Ditt, findet sich bei den Tabakarbeiterinnen, deren Mütterlichkeit überdies von Nikotin durchseigt ist. Antieudende Krankheiten aller Art, Diphtheritis, Scharlach, Masern, Krätze haben Kräfte und Fabrikinspektoren in den Wohnungen der Heimarbeiter besonders häufig gefunden. Die elenden Wohnungsverhältnisse, das dauernde Einatmen schlechtester Luft machen die Heimarbeiter-Werkstätten noch mehr als die Wohnungen anderer Arbeiter zu Herden der Tuberkulose. Ihre erschreckende Zunahme unter den Tabakarbeitern haben die Gewerbe-Aufsichtsbeamten erst kürzlich festgestellt.

Die Erzeugnisse der Heimarbeit trägt der Käufer in sein Haus und seine Familie. Seine Kinder tragen Kleidungsstücke, die neben dem Bett eines Diphtheritkranken entstanden sind, sein Weib

schmückt sich mit einer Bluse, einem Mantel — dem Erzeugnis des fleißigen armer Schwindsüchtiger, er selbst raucht eine Cigarre, deren Deckblatt ein tuberkulöser Arbeiter mit den Lippen besudelte, vor dem Weihnachtsbaum baut er seinen lieblichen Spielzeug auf, unter dem die Würgengel der Kindheit sich heimtückisch verbergen. Das ist die unbewußte Raube der Tönden an den Glücklichsten dieser Erde.

Ein englischer Staatsmann über die Kriegsausichten.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns vom 24. Februar:

Ein mir bekannter englischer Politiker A., der Japan aus eigener Anschauung kennt, mit den leitenden Staatsmännern Japans sowohl in Tokio wie in London in ununterbrochener, enger Verbindung steht und im Januar 1902 beim Abschluß der englisch-japanischen Alliance zwischen Marquis Ito und Lord Lansdowne vermittelte hat, lud mich gestern zu einer Unterredung über den Krieg ein. Es entwickelte sich folgendes Gespräch:

A.: Nun ist der Krieg ausgebrochen, wie ich Ihnen noch im Januar gesagt habe, daß der Krieg kommen würde.

J.: Auf der See haben die Japaner alle Erwartungen übertroffen. Aber auf dem Lande? Ich habe schon diese Woche auf bedeutende japanische Landoperationen gerechnet. Warum lassen diese auf sich so lange warten?

A.: Die Japaner haben das russische Geschwader schneller unschädlich gemacht, als sie erwartet hatten. Nach dem ursprünglichen Plane sollten die See-Operationen mindestens zehn Tage dauern. Erst dann hofften sie, die Seeherrschaft soweit erlangt zu haben, um mit Truppenlandungen beginnen zu können. Die Japaner hatten zwar eine geringe Meinung von der Seemacht Rußlands, aber daß diese sich so untätig wie die Chinas erweisen sollte, darauf rechneten sie nicht. Dennoch sind bereits sehr wichtige Landoperationen vollzogen worden.

J.: Die in Korea sind mehr oder weniger bekannt. Sind welche auch im Westen von Port Arthur unternommen worden?

A.: Ohne Zweifel. Der Vorhang, der diese Operationen verschleierte, wird bald weggezogen werden.

J.: Man darf wohl annehmen, daß Japan in Korea dauernd bleiben und sich dort auf die Defensive beschränken wird. Ich rechne, daß die Linie Wonsan-Pingjang so befestigt werden kann, um einen russischen Einfall unmöglich zu machen.

A.: Dies ist auch meine Meinung. Ein japanischer Staatsmann sagte mir einmal: Das Verhältnis Koreas zu Japan kam entweder das einer helfenden Hand oder eines Sturmbodens werden. Im Besitze Rußlands wird Korea zum Sturmbod gegen Japan. Unter der Vorherrschaft Japans wird es unsere Stütze. Nachdem Rußland alle Verträge und alle Verpflichtungen gebrochen, kann es Japan im Interesse seiner nationalen Sicherheit nicht gestatten, Korea zum Sturmbod werden zu lassen. Japan ist ferner bis auf den letzten Mann entschlossen, die Mandchurie wieder unter die Oberherrschaft Chinas zu stellen. Man hat in Europa keine Ahnung, wie intensiv dieser Gedanke ganz Japan beherrscht. Es ist nicht die geringste Uebertriebung, wenn ich sage, daß die ganze japanische Nation bereit sei, sich für diesen Gedanken zu opfern.

J.: Der Krieg wird demnach ein langwieriger werden?

A.: Nein. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß schon die nächsten Monate den Krieg zu Gunsten Japans entscheiden werden. Sind die japanischen Truppenlandungen in genügender Zahl vollzogen, dann wird die russische Landmacht ebenso rasch und vernichtende Schläge erhalten, wie sie die russische Seemacht von Admiral Togo erhalten hat. Die Ansicht des japanischen Generalstabes, daß die russische Macht in Asien nichts weiter als eine blendende Fiktion ist, ist auf jahrelangen Studien und genauen Informationen begründet.

J.: Aber Rußland hat eine Millionen-Armee in Europa...

A.: Ja, in Europa. Die Russen befinden sich in Ostchina etwa in der Lage eines reichen Engländer, der mittellos auf einer Insel strandete und den Inselanern erzählt, er habe viel Geld in der Bank von England liegen. Japan wird in wenigen Wochen in Korea und Liaoning eine Armee von 300 000 Mann haben. Sie werden alle wichtigen Punkte besetzen, so daß die Russen die Offensive werden ergreifen müssen. Nach den Erfahrungen des Voreenkrieges wird Rußland mindestens eine Armee von 600 000 Mann brauchen, um mit Erfolg anzugreifen zu können. Wlog zum Schatz der ostchinesischen Eisenbahn — Chachin-Port Arthur — 100 000 Mann nötig. Auch wenn nur den unwahrscheinlichen Fall annehmen, daß Rußland eine derartige Armee nach Ostasien werfen kann, so bleibt die Frage unlösbar: wie sind diese Massen zu versorgen, nachdem Rußland die Seeherrschaft verloren hat. Die leitenden Männer Japans haben nicht den geringsten Zweifel, daß Rußlands Schicksal in Ostasien besiegelt ist. Auf dem europäischen Festlande denkt man anders. Dort hat man sich lange genug von Rußland hypnotisieren lassen. Dort wurde man von dem Kriegsausbruch, von der Unfähigkeit der russischen Diplomatie und von der geradezu chinesischen Unfähigkeit des russischen Geschwaders überrascht. Aber die Ueberdrehungen sind noch nicht zu Ende. Die Desorganisation und Korruption der russischen Armee werden weitere Ueberraschungen bringen. Das Geheimnis der japanischen Erfolge ist zu finden in der Verbindung der orientalischen Geisteskonzentration mit der europäischen Energieentfaltung. Nun möchte ich Ihre Meinung hören über die Haltung der europäischen Mächte zu dem eventuellen japanischen Siege.

J.: Wie Sie wissen, habe ich keine sogenannten Informationen oder diplomatischen Verbindungen. Ich lege auf diese Dinge gar kein Gewicht. Aber auf Grund politisch-geographischer und weltwirtschaftlicher Untersuchungen kann ich Ihnen nur sagen, daß die

deutsche Regierung auf seinen Rußlands steht und sicherlich beim Friedensabschluss zu Gunsten Rußlands eingreifen wird. Japan muß mit Deutschland als mit einem Gegner rechnen. Ferner, ebenso wie der Schwerpunkt des Krieges in Korea liegt, so liegt der Schwerpunkt des Weltfriedens in Frankreich. Im japanisch-russischen Kriege stehen sich die maritimen und die festländischen Mächte gegenüber. England, Japan und die Vereinigten Staaten gegen Rußland, Deutschland und Frankreich. Die Hauptaufgabe der maritimen Mächte müßte darauf gerichtet sein, Frankreich zu gewinnen. Hier müßten alle Hebel angefaßt werden. Geht Frankreich mit dem Besten, so wird sich auch Deutschland seine russische Politik noch einmal überlegen. Wie Frankreich von den festländischen Mächten loszulösen ist, wissen Sie ebenso gut wie ich.

A.: Wie stellt sich die Socialdemokratie zu diesen Fragen?
J.: Darüber kann ich mir als ein einfacher Gemeiner reden. Ich bin nichts weiter als ein gewöhnlicher Berichterstatter einiger sozialistischer Zeitungen. Von irgend welcher Vertretung der Partei kann bei mir nicht die Rede sein. Ich stehe auf Seiten Japans, da eine Niederlage der russischen Autokratie die freibeiwillige und friedliche Entwicklung Europas ermöglichen wird. Dies ist, glaube ich, auch die Ansicht der Socialdemokratie. Ebenso wichtig wie der Sieg Japans ist eine entschlossene antirussische Haltung des französischen Socialismus. Bleiben die Socialisten Frankreichs antirussisch und zeigen sie den unerbittlichen Entschluß, ein Eingreifen Frankreichs zu Gunsten Rußlands unter allen Umständen zu verhindern, so ist die Lage gerettet. Es handelt sich im japanisch-russischen Kriege um Entscheidungen, die die ganze Kulturmenscheit angehen.

Die Kriegs-Perspektive.

Ein ehemaliger Militär und Ostasienkenner schreibt uns:
Der von Japan gegen den Koloss Rußland mit seinen 5 1/2 Millionen Quadratkilometern Flächenraum, 140 Millionen Einwohnern und 2 1/2 Millionen Soldaten unternommene Krieg erscheint auf den ersten Blick als ein verzeiwertes, hoffnungsloses Unternehmen. Die Hoffnungslosigkeit tritt um so deutlicher vor Augen, je mehr man — ganz abgesehen von der militärischen Bedeutung der kriegsgeübten Nation — den mächtigen Hinterhalt in Erwägung zieht, den Rußland an seinem Staats- und Kriegsschatz und sonstigen materiellen Reserven hat, die, mag man über die russischen Finanzverhältnisse denken, wie man will, im Vergleich mit dem verhältnismäßig armen Japan unerschöpflich erscheinen.

Die russischen Truppen genießen den besten Ruf. Die auf dem Kriegsschauplatz in erster Linie in Aktion kommenden sibirischen Truppen sind an das Ertragen von Kälte, Strapazen und Entbehrungen mannigfacher Art gewöhnt, so daß dadurch ihre Kriegsbrauchbarkeit in dem unwirtlichen Gelände der Mandchurie und Koreas wesentlich erhöht wird. Die Japaner andererseits haben einen ebenbürtigen Feind noch nie bekämpft.

Gäbe es also auf unsrer Erdoberfläche kein Wasser und genösse Japan nicht mit Recht den Ruf eines „östlichen Großbritannien“, so bestände gar kein Zweifel darüber, daß der Krieg schließlich — trotz aller Tapferkeit und Zähigkeit der Japaner — mit einer kläglichen Niederlage derselben enden müßte.

Betrachten wir jedoch die kriegsführenden Nationen als Seemächte, so verschiebt sich unsere Vorstellung über die Aussichten derselben wesentlich zu Gunsten der Japaner. Es empfiehlt sich — um ein Wort als Seemacht richtig zu würdigen — nicht mit der Kriegsflotte, sondern mit der Handelsflotte zu beginnen, weil aus der Größe der letzteren ziemlich sichere Schlüsse auf die Seetüchtigkeit der Besatzung der Kriegsschiffe gezogen werden können.

Im Jahre 1901 besaß die japanische Handelsflotte:
1321 Dampfer = 543 253 Tonnen
3850 Segelschiffe = 320 572
zusammen 5171 Schiffe = 863 810 Tonnen (mit Ausschluß der Fischer-Fahrzeuge)

Die russische dagegen:
745 Dampfer = 364 300 Tonnen
2293 Segelschiffe = 289 450
zusammen 3038 Schiffe = 653 819 Tonnen (mit Ausschluß der Fischer-Fahrzeuge)

Die Seetüchtigkeit der Besatzung der Kriegsschiffe Japans und Rußlands ergibt sich nun vergleichsweise aus folgenden Verhältniszahlen:

1. Japan:	863 810 Tonnen	= ungefähr	1
	46 500 000 Einwohner		50
2. Rußland:	653 819 Tonnen	= ungefähr	1
	140 000 000 Einwohner		200

Die Seetüchtigkeit der Besatzung japanischer Kriegsfahrzeuge ist demnach viermal so groß als die ihrer Gegner oder anders ausgedrückt: in der japanischen Marine sind viermal so viel Seeleute von Beruf als in der russischen, und der einfache japanische Matrose ist das Ideal eines Kriegsschiff-Matrosen: er ist willig, ausgezehrt, diszipliniert, gelenkig, ausdauernd, sauber, bescheiden und ein geborener Seemann.

Run zu den Kriegsflotten:

1. Japan.	2. Rußland.
8 Panzerschiffe	(Ostasiatische Flotte.)
8 Panzerkreuzer	8 Panzerflachtschiffe
7 mittlere Kreuzer	(einschließlich der durch Torpedos beschädigten)
9 kleine Kreuzer	5 Panzerkreuzer
9 Küstenverteidiger	4 geschützte Kreuzer
20 Kanonenboote	4 kleine Kreuzer
4 Minisub	7 Kanonenboote
15 Torpedobootzerstörer	30 Torpedobootzerstörer
65 Torpedoboote	25 Torpedoboote
11 Hilfschiffe	verschied. kleine Fahrzeuge
Zusammen 156 Schiffe.	Zus. ca. 90 Schiffe.

Der englische Marinechriftsteller Jane hat zum Zweck der Berechnung des Geschwärtwertes der Schlachtschiffe, Panzerkreuzer und geschützten Kreuzer Einheiten zu Grunde gelegt und kommt zu dem Ergebnis, daß sich der Geschwärtwert der japanischen Flotte zu dem der russischen (ostasiatischen) wie 14,6 zu 10,8 verhält. Dabei sind aber schon die russischen Schiffe eingerechnet, welche sich auf dem Wege von Kronstadt nach Ostasien befinden. Die japanischen Schlachtschiffe laufen durchschnittlich 18, die russischen nur 16,5 Knoten. Die Schnelligkeit der Kreuzer ist ungefähr gleich (durchschnittlich 20 Knoten).

Aus vorstehenden Betrachtungen und Zahlen erhellt, daß Japan als ostasiatische Seemacht Rußland, das seine Schwarze Meer-Flotte und einen Teil der Ostsee-Flotte nicht herbeiholen kann, nicht nur an Zahl, sondern besonders auch an Güte gerade der für das Seegeschäft in Betracht kommenden Schiffe erheblich überlegen ist. Dazu tritt seine fegegebtere Schiffsbesatzung, so daß die in zwischen bereits fast besiegelte Niederlage Rußlands im Seekrieg mit Bestimmtheit zu erwarten ist. Das ganze bisherige Verhalten der russischen Flotte beweist ja auch eine große Zurückhaltung, die sich nur aus Mangel an Vertrauen zum eignen Können erklären läßt. Der Mangel an Wahsamkeit gegenüber dem japanischen Torpedo-Anfall wirft ein sehr schlechtes Licht auf die Intelligenz und das Pflichtgefühl der Schiffsbesatzung.

Run hört man allgemein die Rede von: „Wenn die Russen zur See auch geschlagen werden, im Landkrieg bleiben sie doch Sieger, sie werden immer mehr Verstärkungen heranziehen und auf diese Weise die Japaner schließlich erdrücken!“

Vorläufig verfügt Rußland auf dem Kriegsschauplatz über 180 000 Mann mit ca. 300 Geschützen und 15 000 Pferden, während

die Kriegsmarine des japanischen Heeres 13 500 Offiziere und 520 000 Mann mit 80 000 Pferden und 1000 Geschützen beträgt. Hier von sind 200 000 Mann und 60 000 Pferde Feldtruppen; der Rest entfällt auf die Territorial-Armee, Erziehungstruppen, Milizen und Landsturm.

Also auch zu Lande sind die Japaner den Russen — wenigstens an Zahl — vorläufig überlegen, denn jene 200 000 Mann können ohne Bedenken sofort ins Feuer geschickt werden. Die japanische Infanterie ist mit einem modernen Repetiergewehr bewaffnet und nach europäischem Muster ausgebildet, wird sich also den Russen als ebenbürtiger Gegner erweisen. Minderwertig ist nur die Kavallerie, die sich mit der russischen nicht messen kann. In dem wilden Gebirgsland Koreas und der Mandchurie aber wird die Reiterei naturgemäß nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Wie gestaltet sich nun aber die Lage der russischen Landtruppen, wenn Rußland, was wahrscheinlich ist, im Seekrieg unterliegt? Sehr bedenklich! Bleiben die Japaner Herren zur See, so ist Rußland, was seine Zufuhr an Verstärkungen, Kriegsmaterial, Munition und Proviant anbetrifft, auf die eingelegte transsibirische Eisenbahn angewiesen.

So lange dieselbe im Betriebe ist, wird die Zufuhr aus Europa zwar ununterbrochen, aber sehr langsam vor sich gehen, denn es können täglich nur durchschnittlich zehn Züge abgelassen werden — wenn nämlich alles klappt, was bei diesem Schienenweg, der eine Belastungsprobe großen Stils noch nicht bestanden hat, zu bezweifeln ist. Man braucht kein Prophet zu sein, um zu prophezeien, daß die asiatische Eisenbahn schließlich freidenkend verfallen wird. Ist sie doch mit einer Schnelligkeit gebaut worden, die amerikanische Präzision vollständig in Schatten stellt. Daraus ergibt sich ohne weiteres gefährliche Oberflächlichkeit bei Anlage des Bahnsystems, die im Kriegsfall bei andauernder großer Belastung und Erschütterung der Schienen leicht zu Katastrophen führen kann.

Obendrein liegen ca. 2000 Kilometer dieses riesigen Schienenwegs auf chinesischem Gebiet, wenn man die Mandchurie noch als eine Provinz Chinas betrachtet. Werden nun — so fragen wir — die Russen im Stande sein, die Eisenbahn dauernd gegen Verstärkungen durch die Chinesen zu schützen? Kann! Haben aber erst die Japaner die Herrschaft über das gelbe und japanische Meer an sich gerissen, so daß sie Port Arthur und Wladiwostok blockieren können und wird die Eisenbahn zerstört, so ist damit das Schicksal der russischen Landtruppen besiegelt; sie sind dann von Europa abgeschnitten und können nicht verproviantiert werden. Die Mandchurie liefert nicht einmal das nötige Pferdefutter.

Wer also behauptet, daß die Russen, trotz maritimer Niederlagen, im Landkrieg doch Sieger bleiben müssen, der ist sich nicht darüber klar, wie gewaltig der unglückliche Ausgang eines Seekrieges die strategischen Operationen auf dem Lande beeinflusst, wenn die Verhältnisse so liegen wie in der Mandchurie und Korea.

Ein neuer japanischer Angriff auf Port Arthur?

Amlich wird aus Petersburg vom 25. Februar gemeldet: General Pflug berichtet aus Port Arthur von heute: von 1 bis 1/4 Uhr griff der Feind von neuem Port Arthur an und wurde auf der ganzen Linie abgeschlagen.

Der Brandangriff in japanischer Beleuchtung.

London, 26. Februar. Die hiesige japanische Gesandtschaft gibt folgendes amtliche Telegramm aus Tokio vom 25. d. M. bekannt: „Hier von einigen Torpedobooten begleitete alte Schiffe liefen in der Frühe des 24. Februar in die Einfahrt des Hafens von Port Arthur ein zu dem Zweck, die Hafeneinfahrt zu versperren. Das Ziel, diese Schiffe zum Sinken zu bringen, ist erreicht worden. Offiziere und Mannschaften sind wohlbehalten zurückgekommen. Obgleich diese Meldung über unsre Flotte nicht vom Admiral Togo direkt eingegangen ist, kann kein Zweifel über die Sicherheit der Flotte gehegt werden.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Februar.

Der Reichstag

setzte heute die Beratung der Resolutionen zum Justiz-Etat fort und beschäftigte sich zunächst mit einer Gruppe von drei Anträgen über den Automobilverkehr. Sachlich nahezu übereinstimmend forderten die Nationalliberalen und das Centrum eine Verschärfung der Haftpflicht der Automobilisten; und um den Verunglückten auch gegenüber den mittellosen Automobilisten zu ihrem Recht zu verhelfen, schlugen die Konservativen vor, einen Verband der Kraftfahrer nach dem Muster der Unfallberufsgenossenschaften ins Leben zu rufen. Der Staatspräsident in Aussicht. Stadhagen erklärte unsre Zustimmung zu den Resolutionen; nach einer sonst ziemlich bedeutungslosen Debatte, die sich wenig von den vorhergehenden Beratungen dieser unwichtigen Frage im preussischen Herren- und Abgeordnetenhaus unterschied, nahm denn auch der Reichstag sämtliche Resolutionen mit großer Mehrheit an.

Auch in der folgenden Beratung wurden zwei Anträge des Centrums zusammengefaßt; ihre Gemeinsamkeit besteht darin, daß sie beide dem Handwerk helfen wollen.

Es handelt sich um die Verhinderung der Konkurrenz der Gefängnisarbeit gegenüber dem freien Handwerk und um die Sicherung der Bauhandwerker-Forderungen. Das sind zwei an sich sympathische Forderungen, denen namens unsrer Fraktion auch Genosse Lipinski zustimmte. Aber sie gewannen nicht gerade durch die mittelständereiterischen Phrasen der bürgerlichen Redner, die für sie eintraten, auch nicht durch die Verschimpfungen unsrer Partei, die sich der Antisemit Froelich bei dieser Gelegenheit erlaubte.

Morgen wird die Beratung des Justiz-Etats bei der Freijunus-Interpellation über die Behandlung politischer Gefangener fortgesetzt.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Freitag die Beratung des Etats der Justizverwaltung fortgesetzt. In der Generaldebatte richtete nochmals ein konservativer Redner, Abg. Stroffer, heftige Angriffe gegen Herrn Dr. Warth, der sich, wie er meinte, durch das gegen ihn verbreitete Flugblatt nicht beleidigt fühlen könnte, da er ja für ein Zusammengehen mit der Socialdemokratie eingetreten sei. Den Unterschied zwischen einem Zusammengehen mit einer andern Partei und einem Stimmenlauf hat Herr Stroffer anscheinend nicht begriffen. Nach diesem abgeschmackten Vorstoß ihres Fraktionsredners machten die Konservativen der Debatte gewaltsam ein Ende und schnitten so, wie sie das in letzter Zeit öfter zu thun pflegen, den Begnern das Wort ab.

Nach Bewilligung des Ministergehalts wurden eine Reihe von Etatstiteln in rascher Reihenfolge erledigt. Von allen Seiten wurde lebhaft Klage geführt über den Richtermangel und über die ungünstigen Anstellungsverhältnisse einer Reihe von Unterbeamten, insbesondere der Gerichtsaktare und Kanzlisten. Daß die Regierung die Lage der Beamten als eine rühmliche schilderte und nur dem „bösen Geist“, der in sie gefahren sei, die Schuld an ihrer Unzufriedenheit beimaß, bedarf kaum besonderer Erwähnung. Derartige Reden gehören nun ein mal zum eisernen Sprachschatz unsrer Regierungsvertreter.

Von principiellen Fragen wurde nur die der Vorbildung der Juristen und Verwaltungsbeamten angeschnitten. Abg. Frhr. v. Zedlitz (frk.) forderte mit Recht größere Kenntnisse auf dem Gebiete der Volkswirtschaftslehre und des öffentlichen Rechts, er fand aber wenig Gegenliebe. Die Regierung will den im vorigen Jahre an dem Widerstande der Konservativen gescheiterten Entwurf über die Vorbildung der Juristen nicht wieder einbringen, da seine Annahme aussichtslos erscheint. Und da wagt noch jemand zu behaupten, daß in Preußen nicht parlamentarisch regiert wird! Wenn es darauf ankommt, Fortschritte zu hemmen, fügt sich die Regierung jedesmal dem Willen des Junkerparlaments.

Die Beratung des Justiz-Etats wird am Sonnabend fortgesetzt.

Deutsches Reich.

Ein Riesenspinnecke der Korruption.

In unsrer Erörterung über die Scherlsche Sparlotte hatten wir das Interesse der Regierung an dem skandalösen Projekt auf zwei Motive zurückgeführt. Erstens sollte aus den Mitteln der Sparer und Spieler ein neuer Belfensfonds gegründet werden, aus dem ein regierungsaffinies Wochenblatt gespeist und über ganz Preußen verbreitet werden würde. Zweitens lockte die Aussicht, Summen in den kleinen agrarisch zugänglichen Sparcassen aufzuhäufen.

Aus den Veröffentlichungen Scherls geht nun hervor, daß wir mit diesen Motiven ins Schwarze getroffen haben. Der agrarische Charakter des sauberen Vland ist, wie wir gestern erwähnten, vollständig zugegeben worden. Aber auch die Belfensfonds-Tendenz geht — worauf die „Königsberger Hart. Ztg.“ aufmerksam macht — aus den veröffentlichten Urkunden mit aller Deutlichkeit hervor.

Auf Vorschlag des Ministers Hammerstein wurde durch den Vorstand des deutschen Sparcassen-Verbandes ein Verein „Komitee des Scherlschen Prämiensparcassens“ gebildet. Das Komitee war aus elf Herren zusammengesetzt: einem Geheimen Regierungsrat v. Hobbien-Schleswig, einem Landrat und einer Anzahl Bürgermeister (von Magdeburg, Hanau, Posen, Landsberg a. W., Arnberg, Stolp).

Dieses „Komitee“, das die Konzession zur Vornahme der Verlosungen erhalten sollte, hat nun im Dezember 1903 einen Vertrag mit Scherl geschlossen, dessen § 9 lautet:

Das von Herrn Scherl herausgegebene Wochenblatt darf nicht in den Dienst einer bestimmten politischen Partei gestellt, auch nicht in der Weise zu einem Fachblatt für Sparcassensachen herausgebildet werden, daß es dem Organ des deutschen Sparcassen-Verbandes auf fachtechnischem Gebiete Konkurrenz macht.

Herr Scherl verpflichtet sich, den Inhalt des Wochenblattes der Kontrolle eines Ausschusses zu unterstellen, dessen Zusammensetzung und Befugnisse nach einem Regulativ geregelt werden, das von dem preussischen Minister des Innern und dem preussischen Finanzminister erlassen wird. Herr Scherl verpflichtet sich, den Anweisungen dieses Ausschusses Folge zu geben.

Dieser Vertrag war bereits rechtsgültig abgeschlossen. Dagegen fehlt in dem entsprechenden „Regulativ“ noch die Ausfüllung des Datums und die Zahl der Mitglieder jenes Uebertwachungs-Komitees für das Wochenblatt. Dieses Regulativ bestimmt im § 1:

Die Mitglieder werden auf Vorschlag des August Scherl von dem Finanzminister und Minister des Innern ernannt. Werden für eine Stelle drei von Scherl vorgeschlagene Personen von dem genannten Ministern abgelehnt, oder kommt Scherl in angemessener Zeit der Vorschlagspflicht nicht nach oder verzichtet Scherl auf das Vorschlagsrecht, so erfolgt die Ernennung durch die Minister ohne Zuziehung Scherls. Den Ministern steht jederzeit das Recht zu, Mitglieder des Ausschusses auszuschließen.

Dazu hat also Herr Scherl, der Hochherzige, ein „Vermögen“ geopfert, um der Regierung ein ungeheures Reptil zu verschaffen! Dazu sollte ganz Deutschland zu Spielern erzogen werden, damit sie selbst das Reptil mähteten, das die öffentliche Meinung elsthaft verfaulen sollte. Ein Riesenspinnecke der Korruption in der That, das Herr Scherl mit seinen Ministern geipponen hat. Eine größere Bauernfängerei ist niemals ausgeheckt worden als von diesem Zeitungsfabrikanten, der die preussischen Minister von heute für wahr mit einem verblüffenden Chnidmus eingeschätzt hat.

Herr Scherl hat mit seiner Veröffentlichung die Alten der Herren v. Hammerstein und Rheinbaben böß verneht. Und diese ministeriellen Alten haben den Vorzug grausamer Wahrheit! —

Flottentreiber.

Im Märzheft der „Flotte“, einer Zeitschrift für Marine-überwachung und Weltmacht, wird, worauf die „Kölnische Volkszeitung“ hinweist, behauptet, daß der russisch-japanische Krieg die Unzureichendheit des Flottengesetzes von 1901 erweise; England, Rußland und Amerika hätten Deutschland während der letzten Jahre längst überholt; Deutschland stehe „unmittelbar vor der zwingenden Notwendigkeit, für den weiteren beschleunigten Bau der Flotte ganz erhebliche Mittel bereit zu stellen“.

So reden die Flottentreiber, von denen sich die beamteten Marinisten allzu gern treiben lassen. Sie reden so bei jedem Anlaß, bei jedem Vorkommnis in überseeischen Angelegenheiten. Es ist nichts leichter, als Reherstungen zu fordern, weil die andern Staaten auch gerüstet haben. Die Vernunft fordert vielmehr, daß endlich die Reherstungen eingestellt werden, damit die andern Staaten nicht daselbe zu thun sich genötigt fühlen; gerade im Marinewesen wäre eine internationale Einigung hierüber sehr leicht durchzuführen.

Auch die „Kölnische Volkszeitung“ wendet sich recht eindringlich gegen den Leichtsin der Flottentreiber, welche „erhebliche Mittel“ bereitgestellt sehen wollen, während doch das Reich im Defizit steht. Das Centrumslblatt rüft aus: „Ein Blick, daß der deutsche Reichstag keine Mehrheit von Phantasien hat!“ Die „Kölnische Volkszeitung“ sollte jedoch etwas vorsichtig sein in der Ablehnung mariniischer Phantasereien. Das Centrum hat vor wenigen Jahren noch auch diejenige Flottenvermehrung als phantastisch abgewiesen, die es bald darauf selbst bewilligte. Auch über die gewaltigen Geldanforderungen kam es hinweg und stürzte das Reich in die heillosste Schuldenwirtschaft. Was heute als Phantasterei verpönt wird, ist vielleicht morgen schon auch für das Centrum „zwingende Notwendigkeit“, der man sich „schweren Herzens“ fügt.

Polnische Volksbanken sind politische Vereine!

So entschied in diesen Tagen das Landgericht Bentzen in Oberschlesien und beurteilte den Rechtsanwalt Dr. Seyha aus Rattowitz, in dessen Wohnung eine Volksbank ohne polizeiliche Anmeldung gegründet wurde, wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu 100 M. Geldstrafe.

Der ausführliche Bericht des „Gornosozak“ über die Gerichtsverhandlung bringt Einzelheiten, welche das allgemeine Interesse beanspruchen.

Als erster Zeuge sagte der Polizeirat Mäcker aus, es waren in den letzten Jahren etwa zehn Banken gegründet worden, trotzdem ein wirtschaftliches Bedürfnis hierfür nicht vorhanden gewesen sei. An der Spitze dieser Banken stehen Leute, die eine hervorragende Stellung in der großpolnischen Agitation einnehmen. Die polnischen Zeitungen fordern fortwährend zur Unterstützung der Volksbanken auf.

Auf die Frage des Angeklagten, ob dem Zeugen irgend welche Thatsache aus der Thätigkeit der Banken bekannt sei, die auf ihren politischen Charakter deute, erwiderte der Zeuge: „Alle Verwaltungsbehörden erachten diese Banken für politische Institutionen, vor allem der Herr Regierungspräsident in Opatowitz.“

Der Zeuge Dr. Skowronski, Verwaltungsratsmitglied der Deutscher Volksbank, sagte aus, er kenne nur Volksbanken. Keine polnischen Banken. In seiner Bank seien auch zahlreiche deutsche Mitglieder. Eines Tages sandte der Polizeirat Wähler einen Zettel zu mir in das Lokal der Volksbank und bat um Uebersendung einer polnischen Bibel. Ich zweifelte nicht daran, daß der Polizeirat Wähler dies gethan hat, um nachher einen Beweis zu haben, daß in den Volksbanken polnische Agitation betrieben wird.

Aus der Anklage des Staatsanwalts haben wir hervor: Das gesamte Deutschtum, vor allem die Verwaltungsbehörden sind der Ansicht, daß die Banken politische Zwecke haben. Es wird gut sein, wenn auch Sie sich dieser Ansicht anschließen. Was bedeuten denn alle Schmarckenzulagen angesichts der Macht der Banken?

Der Angeklagte Dr. Seyda erwiderte: Der Herr Staatsanwalt fordert das Gericht offen auf, mit Rücksicht auf die Staatsraison, auf die gegenwärtige Regierungspolitik ein für mich unangünstiges Urteil zu sprechen. Es ist einfach unerhört: einerseits zwingt man die Deutschen zum Austritt aus den Banken — andererseits macht man den Banken einen Vorwurf, daß sie nur Polen als Mitglieder aufnehmen. Ich beantrage die Ladung der Bankbeamten Szulski aus Königsbütte. Er wird ausweisen, daß preussische Richter und selbst Mitglieder des Deutscher Gerichts Kredit in den Volksbanken erlangt haben und daß die Banken ihre Kollegen sehr rücksichtsvoll behandelt haben.

Nachdem nun eine Bank zum politischen Verein erklärt worden ist — natürlich nicht die deutsche Landbank der halantischen Finanzspekulanten! — wird man wohl auf diesem Wege weiter fortfahren. Eher werden die Polen nicht germanisiert werden, ehe nicht jede polnische Käsehändlerin als politischer Verein erklärt und demzufolge auf Grund des Vereinsgesetzes — das Frauen die Teilnahme an politischen Vereinen verbietet — aufgelöst wird. Das ist ein schneidendes Mittel, die polnische Bevölkerung zu vernichten.

Eugen Richter am Endziel. Der heftige Landtags-Abgeordnete Hirschel, ein ar- und halmloser Agrarier der schlimmsten Sorte und ein Antisemit von der raffinersten Tonart, beschäftigte sich in seinem in Offenbach erscheinenden Blatt mit dem Ausstreuen des Abg. v. Gerlach im Reichstag. Herr Hirschel schreibt da u. a.:

Als sich der (von Liebermann v. Sonnenberg) Angegriffene (v. Gerlach) verteidigte, fing er sogleich mit den Händen zu reden an, eine Gewohnheit, die uns ja von den Wahlen her bekannt ist, als er so dastand, beide Hände unter den Schultern mit der Handfläche gegen die Zuhörer gerichtet, da bemächtigte sich Heiterkeit der Galerie und ein Zuhörer rief: „Gott der Gerechtigkeit!“ Dabei formte er seine unteren Sprechwerkzeuge frohsinnig, dazu die ganze Gestalt, die an eine Kröte erinnert; damals ist uns der früher geahnte Gedanke zur Bewußtheit geworden: dieser Mann gehört dem auserwählten Volke an und gegen eine seiner Vorjahren weiblicher Linie konnte der schwere Verdacht auf, einem Juden gegenüber allzu liebendwütig gewesen zu sein.

Diese Bekundung germanisch-christlichen Ehrgefühls läßt nichts zu wünschen übrig, ist aber doch nur die schämige Einleitung zu dem Führungsatze, das der Judenreifer Hirschel — der „Judenhühnertruppe“ des Herrn Richter ausstellt. Herr Hirschel spricht nämlich von der „Abfälligkeit“ Gerlachs durch Liebermann v. Sonnenberg und Kopff und stellt den letzteren noch über den Sonnenberger! Denn die gründlichste Abfälligkeit —

... diese besorgte der Abg. Kopff namens der christlichen Richtung der freisinnigen Parteien, der freisinnigen Volkspartei.

O, wie mag sich der unentwegte Eugen Richter womöglich haben in den wärmenden Sonnenstrahlen antisemitischer Gemüthsheit. Das also ist das Endziel, das Herr Richter nach Jahrzehnten erreicht hat: er findet — nachdem ihm die Konservativen längst alle „Sünden“ verziehen haben — auch Gnade in den Augen der rückständigsten aller „Politiker“, er findet Gnade in den Augen der Antisemiten.

Wie ein Pfarrer citirt und wie er Socialpolitik treibt. Aus Erfurt wird uns geschrieben: Auf dem Verbandstage Thüringischer Raiffeisen-Vereine am letzten Mittwoch, leistete der Landtags-Abgeordnete und Pfarrer Reichenstein aus Hainhausen in einem Vortrage über: „Die sittlichen Wirkungen des Raiffeisen-Werkes“, eine sicherlich „sittigende“ Bekämpfung der Socialdemokratie. Er wies darauf hin, daß der Raiffeisen-Verein besteht sei, andre wirtschaftliche Verhältnisse für die Landwirtschaft mit Gottes Hilfe zu schaffen. Es gebe aber auch eine Partei, die dies angeblich auch wolle, aber ohne Gott. Wie aber die Hauptführer dieser Partei über den Bauernstand denken, beweise der Ausspruch Babels:

„Es giebt keinen egoistischeren, keinen rücksichtsloseren, keinen brutaleren und auch keinen bornierteren Menschenschlag als die bäuerliche Klasse, gleichviel welcher Gegend. Der menschliche Fortschritt bedingt, daß die Klasse der Bauern verschwinde. Wir wollen und können den Untergang des Bauernstandes nicht aufhalten. Haben wir eines Tages die Macht, unsre Forderungen rücksichtslos durchzusetzen, so machen wir natürlich mit diesen Eigentümern kurzen Prozeß.“

Es ist ersichtlich, daß ein Pfarrer, der von dem Grundsatze ausgeht, daß man die Wahrheit nur unter Brüdern aussprechen darf, der Erkenntnis der Unwahrheit so fern steht. Der Herr Reichenstein sprach doch zu Raiffeisen-Brüdern und trotzdem operierte er mit dieser als erlogen und gefälscht nachgewiesenen Ketzerei. Der Herr konnte wohl in der Lage sein, die Verdingungen unsrer Genossen Babel zu kennen, da er als heftiger Landtagsabgeordneter die öffentlichen Angelegenheiten einigermaßen verfolgen muß.

Dieser Herr Pfarrer ist aber auch sonst ein recht seltsamer Mann. Seine Ansicht über die Lösung der socialen Frage spiegelt sich in dem einen Satze wieder: „Die Raiffeisen-Vereine sind das Allheilmittel!“ und wer nicht daran glaubt, ist ein „politischer Schwärmer“, ein „großmäuliger Städter“, „Arakelher“ oder „Umstürzler“. Wie der Herr Pfarrer die Genusssucht, den Leichtsinn und die Noheit der heutigen Jugend befeuchtet, dafür mag sein eignes und wie er selbst sagt, ein einfaches Rezept hier mitgeteilt sein: „Man nehme den Lausbuben — gemeint sind damit die jungen Fabrikarbeiter — einfach das Geld ab.“ Und wie kann das geschehen? Man gründe Wemig-Sparcassen. Allmonatlich schicke man den Kassierer von Haus zu Haus und lasse sich von den jungen Leuten gegen Einhandigung eines Vons 10, 20, 50 Pf. ja auch eine Mark geben und spare sie ihnen. Mit diesem einfachen Rezept, das selbst die andächtig lauschenden Landarbeiter mit Heiterkeit aufnehmen, will dieser Raiffeisenmann spielend leicht unsre Jugend zu besseren Menschen und tüchtigen Raiffeisenmännern erziehen. Der Herr Pfarrer und Landtags-Abgeordnete sollte vor den Besserungsverfuchern an der Jugend durch Sparsamkeit sich selbst bessern durch Sparsamkeit in falschen Citaten.

Ein raffinerter Soldatenpöbel kam vor dem Breslauer Kriegsgericht sehr milde weg. Es ist der Unteroffizier Gustav Raete vom Leib-Schärfregiment in Breslau. In 39 Fällen hat er den Kürassier Gerlach gemißhandelt und dabei besonders häßliche Peinigungsmethoden angewandt. Ein Kürassier mußte auf Befehl des Rades dem Gerlach so lange mit einer Wurzelbürste die Hände reiben, bis das Blut kam. Wegen Schlafens in der Wacht wurde der Rekrut mit dem Kopf in einen Eimer mit kaltem Wasser gesteckt. Um die „Fatenlust“ des Gerlach zu erhöhen, ließ ihn der Unteroffizier im Stalle

mit gefülltem Wassereimer Lauffuß machen. 24 mal ist Gerlach nach eigener Aussage vom Unteroffizier mit dem Rohrstock geprügelt worden, so daß sein Körper mit blauen Flecken bedeckt war. Einmal gab der Unteroffizier dem Rekruten hintereinander 12 Ohrfeigen. Alle Straftathen, mit Ausnahme der ersten, muß der Unteroffizier zugeben, aber auch das Reiben mit der Wurzelbürste wird durch eidliche Zeugenaussagen bestätigt. Dem Soldatenführer wird „vorzügliche Führung“ bezeugt, er hat in sieben Jahren der Schwadron „die besten Dienste“ geleistet. Infolgedessen zieht das Gericht seine Festigkeit mildernd in Betracht und verurteilt ihn nicht zu zwei Monaten Gefängnis, wie der Antrag lautete, sondern nur zu vier Wochen Mittelarrest. — Ob er lirtet ist? Wir glauben kaum.

Zum öffentlichen Militärgerichts-Verfahren. Halle, 25. Februar. Eine Minute im ganzen durften die Preßvertreter der heute vor dem Kriegsgericht der 8. Division stattgehabten Verhandlung gegen den Oberleutnant v. Wila und den Vicefeldwebel Krause von der 11. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 36 beiwohnen. Morgens 9 Uhr, vor Bekanntgabe des Eröffnungsbeschlusses, wurde die Öffentlichkeit wegen Gefährdung militärischer Interessen ausgeschlossen und als nachmittags 1/2 Uhr die Öffentlichkeit wieder hergestellt worden war, vernahm die Preßvertreter nur die Worte: „Oberleutnant v. Wila wird wegen Erhaltung vorzüglich falscher Meldung mit zwei Wochen Stubenarrest bestraft, und der Vicefeldwebel Krause wird freigesprochen.“ Das war alles. Die Preßvertreter mußten darauf wieder den Saal räumen, da das Gericht antragsgemäß beschloß, auch die Urteilsbegründung wegen Gefährdung militärischer Interessen in geheimer Sitzung zu geben. Es handelte sich um falsche Eintragungen bei den Schießübungen.

Im 20. sächsischen Wahlkreise wird von der „Deutschsocialen Reformpartei“, d. h. den Antisemiten, der frühere Reichstags-Abgeordnete und jetzige Landtags-Abgeordnete Zimmermann in Dresden als Kandidat aufgestellt. Die „Staatsbürger-Zeitung“ bildet sich ein, der Kreis sei für ihre Partei zu gewinnen, wenn diese ihr volle Kraft dort entfalte; sie fordert zu fleißigen Geldsammlungen auf. Herr Zimmermann ist bei den früheren Wahlen bereits in einer hübschen Anzahl sächsischer Reichstags- und Wahlkreise durchgefallen, er scheint sie sämtlich durchproben zu wollen. Die Konservativen stellen den Bürgermeister Dr. Schanz-Obernau als Kandidaten auf.

Deutsch-Südwestafrika.

Gouverneur Lütwein meldet unter dem heutigen Tage aus Windhof, daß in dem Befehl der Abtheilung des Kapitanleutenants Gygus bei Groß-Barmen am 19. d. Mts. außer den bereits gemeldeten Verlusten (siehe Telegramm vom 21. d. Mts.) noch der Reiter Max Müller vom Eisenbahn-Detachement vermißt werde.

In der neuesten Nummer der „Deutschen Kolonial-Zeitung“ wird nach einer Schilderung der Vorgänge der letzten Zeit geschlossen: Die Gesamtlage, wie sie sich nach diesen einzelnen Vorgängen und Meldungen darstellt, zeigt das gleiche Bild wie in der Vorwoche. Die Herero haben vom ersten Augenblick ihrer Erhebung an begonnen, ihr eignes und das geraubte Vieh nordwärts zu treiben, um über die Grenze in das britische Südwestland auszuweichen. Sie halten, abgesehen von verstreuten Bänden, den deutschen Truppen nur da vorübergehend stand, wo die Herden noch keinen genügenden Vorprung haben. Da im Norden das wasserlose Omahelafeld, im Süden die ebenfalls wasserlose Kalaharivüste für größere Herden auch in der Regenzeit nicht passierbar sind, kommt als Straße nach Osten in das britische Gebiet nur der am Agamisse, wo eine größere Anzahl von Boeren angesiedelt ist, vorbeiführende sogenannte Ngampfad in Betracht. Der Vormarsch des Haupttheiles der verführbaren deutschen Truppen von Windhof ostwärts auf Gobabis, obwohl der Feind inzwischen von diesem Plage abgezogen ist, läßt erkennen, daß die Absicht der Operationen dahin geht, die Herero von diesem Pfade abzuschneiden, um sie vor der Ueberschreitung der Grenze mit den mitgeführten Viehherden abzufangen.

Ausland.

Korruption der russischen Militärverwaltung.

Russisch-Polen. (Fig. Per.) Warschau, 23. Februar. Der erste Schuß von Kerzen nach dem Kriegsausbruch, der von hier aus vorgenommen wurde, hat gleich eine nette Geschichte ans Licht gebracht, die für die Finanzen und die Militärverwaltung der russischen Regierung überaus charakteristisch ist.

Sonnabend, den 20. d. Mts., sind plötzlich über 60 junge Kerzte von Warschau nach Chabarowsk, teils nach Wladiwostok abkommandiert worden. Man hatte ihnen nur vier bis fünf Tage Zeit gelassen, um Privatangelegenheiten zu ordnen und Reisevorbereitungen zu machen. Dabei bekam jeder Arzt von der Militärverwaltung für Bekleidung von Uniform, Reisebekleidung und Reisekosten zusammen 700 Rubel. Nun kostet die doppelte Uniformierung, Ausrüstung und die angelegte der in Sibirien jetzt herrschenden Temperatur notwendige warme Bekleidung, wie Pelzjachen, allein 700 bis 800 Rubel pro Mann. Das Eisenbahnbillet von Warschau nach Chabarowsk aber kostet 120 Rubel und nach Wladiwostok ungefähr ebenso viel. Es war klar, daß die Kerzte somit die ganze Reise zu Bäterdens Kriegsdepot aus eigener Tasche hätten bezahlen müssen, wozu sie nicht die geringste Lust verspürten. Einer dieser Herren bekam Wind von einer Unregelmäßigkeit, begab sich zur Militärverwaltung und machte einen gehörigen „Arach“. Das Ergebnis war ein glänzendes: es stellte sich heraus, daß für jeden Arzt nicht 700 Rubel, sondern 1312 Rubel und 50 Kopfen bestimmt waren, die auch sämtlichen Herren schnellig ausgezahlt wurden! Die Militärverwaltung wollte also bei dieser Gelegenheit aus „Versehen“ eine harmlose „Ersparnis“ von ca. 612 Rubel pro Mann machen, was bei über 60 Ärzten ein nettes Stämmchen von ca. 40 000 Rubel ausmacht!

Dieser Zwischenfall gewährt einen kleinen Einblick hinter die Coulissen der gegenwärtigen Militärverwaltung im zarischen Reich. Wenn dergleichen „verheerliche“ Unterschlagungen in Warschau, sozusagen vor den Augen Westeuropas in vollster Öffentlichkeit geschehen, da kann man sich einen Begriff davon machen, was alles dräben in Ostasien, im Dunkeln vorgeht! Man kann sich eine Vorstellung von dem Stand der Verpflegung der Soldaten, überhaupt von dem sie erwartenden Los bei längerer Dauer des Krieges machen!

Kein Wunder, daß die Stimmung hier im Lande eine äußerst gedrückte ist. Die bürgerlichen Kreise befürchten natürlich vor allem den fatalen Rückschlag des Krieges auf die wirtschaftliche Lage, was auch bei der engsten Verknüpfung der polnischen Industrie und des Handels mit dem russischen Wirtschaftsleben sehr nahelegend ist. So herrscht z. B. in Lodz, dem polnischen Manchester, dessen Existenz zu vier Fünfteln auf russischen Absatz gegründet ist, und das zum Teil sogar direkt mit Ostasien in Handelsbeziehungen steht, jetzt schon die Krise. Der Discont bei dortigen Privatbanken ist soeben um 2 1/2 Proz. erhöht worden. Sogar die Metallindustrie, die sich in Rußland noch am besten hält und sogar auf „gute Geschäfte“ bei dem Kriege hofft, liegt hier seit längerer Zeit darnieder und im allgemeinen ist die Depression in der Bourgeoisie groß. Wie sehr übrigens auch unser Kleinbürgertum politisch gänzlich auf den Hund gekommen ist, beweist die Thatsache, daß die Rationalisten verächtlicher Schattierungen, die in den letzten Jahren das Maul so voll nahmen, jetzt, wo der Krieg auf den sie so viel spekulierten, da ist sich ein Kaufselbsterlösen vertriehen. Daß sie nichts thätigkeitsmäßig unternehmen würden, und das ganze „nationale“ Madamachen ein Humbug ist, wußte hier jeder Mensch im voraus. Aber daß gerade jetzt, wo es in Rußland selbst wirklich gärt und bereits Nachrichten über Demonstrationen von dort hierher dringen, daß unser Polen allein die Stille eines Sumpfes bewahrt, das ist ein

trauriges signum temporis. Bei dieser hündischen Bourgeoisie und diesem verkommenen Kleinbürgertum können die städtischen Arbeiter allein in Betracht, wenn man an eine eventuelle Aktion gegen den Absolutismus auf ein Zeichen aus Rußland denkt. Leider können wir die Reugier unsrer Arbeiter schlecht befriedigen, die Nachrichten aus Rußland kommen spärlich und etwas verspätet.

Oestreich-Ungarn.

Wien, 25. Febr. Eine Versammlung von socialistischen Studenten aller Nationen beschloß eine Resolution, worin der heilige Wunsch ausgedrückt wird, daß die durch die kaiserliche Rußlands verschuldete Schwächerei in Ostasien beizubringen möge, die blutdürstige Schredensherrschast in Rußland durch das Proletariat zu stürzen. — Nach der Versammlung zogen die Demonstranten vor die russische Botschaft und brachten Pfiffe und Schmährchen aus. Die einschreitende Polizei verhaftete fünf Teilnehmer, die von den anderen in corpore zur Polizei begleitet wurden, worauf sie sich zerstreuten.

Frankreich.

Pelletan über die Flottenvermehrung. Im Laufe seiner gestrigen Erklärungen in der Marinekommission der Deputiertenkammer hob der Minister Pelletan hervor, er denke zwar nicht an die Möglichkeit eines Konfliktes, aber die Marine müsse für alle Eventualitäten bereit sein: sie verfüge jetzt über fünf Panzerschiffe der modernsten Bauart und werde in einigen Wochen noch fünf weitere besitzen. Alle auf den Werften in Bau befindlichen Torpedoboots-Zerstörer gingen ihrer Vollendung entgegen, er, der Minister, habe den Bau von sechs neuen Unterseebooten angeordnet, deren jedes einen Tomengehalt haben solle, der dem von vier oder fünf der bisherigen Unterseeboote gleichkomme. Es sei unmöglich, daß Frankreich in Ostasien ein ebenso starkes Geschwader besitze wie dasjenige Japans, der Vereinigten Staaten oder Englands, doch seien vier Torpedoboots-Zerstörer abgegangen, um die effektiven Streitkräfte Frankreichs zu vermehren. Die von französischer Seite getroffenen Maßnahmen in Ostasien machten den Versuch einer Landung unmöglich. Er glaube alles gethan zu haben, was die Umstände erheischen und damit seine volle Pflicht gethan zu haben.

Rußland.

Warschau, 24. Februar. (Fig. Per.) Am Sonntag, den 21., wurde hier eine Straßendemonstration von jüdischen Arbeitern veranstaltet. Die Polizei war so fassungslos, daß sie die Arbeiter erst ruhig von der Jerosolimier Allee (äußerstes Ende der Stadt) bis zum Gefängnis Pawial gehen ließ, ohne Verhaftungen vorzunehmen. In Warschau wurden zwei Frauen: Jawadzka und Goldberg, sowie ein gewisser Dorn verhaftet. In Wilna und Grodno fanden Massenverhaftungen statt.

Befehlene Kriegsbegeisterung in Finnlands Hauptstadt. Nach einer Mitteilung von „Nigaus Bureau“ hat die Polizei in Helsingfors am Dienstag eine Demonstration veranstaltet, die Kriegsbegeisterung darstellte. Sie bestand in einem Umzug der Zöglinge der russischen Schule, russischer Soldaten und einiger russischer Arbeiter, im ganzen hundert Personen.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags setzte ihre Verhandlungen über den Etat der ostasiatischen Besatzungsbrigade am Freitag schon um 9 Uhr früh fort. Bei dem Ausrüstungswesen beantragte Abg. Müller-Julda einige Streichungen; das Bekleidungsamt sei auf einem unerhört großen Fuße eingerichtet worden; in vier Jahren seien für 17 Millionen Mark Kleider nach Ostasien gefandt worden, man könne gar nicht begreifen, wohin die gekommen seien. Es sei überhaupt fraglich, ob dort ein Bekleidungsamt nötig sei; man könne die Uniformen gleich direkt an die Truppen liefern. General Gallwitz schätzte die Thätigkeit des Bekleidungsdepots in China und des Bekleidungsamts in Berlin. Es sei sehr viel und komplizierte Arbeit zu leisten; z. B. lägen jetzt noch 1200 Risten aus Ostasien unausgepackt in Berlin, eine Verklärung des Personals sei nicht möglich, höchstens könnte an der Besoldung in Ostasien etwas gespart werden. Abg. Müller-Julda wies nochmals darauf hin, daß die Konturen mit ungeheuren Kosten hinüber- und herübergeschickt werden; es frage sich, ob man sie nicht in China auftragen könnte. Man könne sich dem Eindruck nicht verschließen, als ob lediglich einigen Unternehmern ungeheure Verdienste zugeschanzt würden. Die Art und Weise der Wirtschaft in China sollte eigentlich dazu führen, das ganze Bekleidungsdepot der Brigade aufzulösen, da es sich offenbar nicht bewährt habe. Man solle lieber die Sachen den einzelnen Truppenteilen direkt überweisen. General Gallwitz wandte ein, daß man mit der größten Brlichkeit bestrebt sei, sparsam zu wirtschaften. Der Kriegeminister gab zu, daß früher sehr aus dem vollen gewirtschaftet worden sei; nach der Auflösung der China-Expedition sei es unmöglich gewesen, alles gleich wieder zurückzuschaffen. Es sei ganz falsch anzunehmen, daß man Unternehmern habe bereichern wollen. Fehler freilich seien gemacht worden, aber es sei doch zu weit gegangen, vom „Spazierenfahren“ der Sachen zu sprechen. Mit 13 gegen 11 Stimmen wurde nach weiterer Diskussion das besondere Bekleidungsamt der Besatzungsbrigade gestrichen.

Bei den jährlichen Kosten des Bekleidungswesens wurden von der Kommission 150 000 M. gestrichen; die gleiche Summe bei der Position für die Garnisoneneinrichtungen.

Gegen das sehr reich ausgestattete Garnison-Bauwesen ging Abg. Müller-Julda vor. Es wurden dabei vier Stellen gestrichen. Eine ähnliche Kürzung beantragte derselbe Abgeordnete beim Titel: Lazarettwesen, weil das Lazarettpersonal immerhin so zahlreich sei wie der durchschnittliche Krankenstand; er vermutete, daß sich eine Anzahl von Leuten in den Lazaretten als Krankenwärter einmischten, um dort wenig zu thun zu haben; es sollten deshalb 23 Stellen eingezogen werden. Abg. Singer erklärte, daß er im Namen der socialdemokratischen Vertreter diesem Antrage nicht beitreten werde, da man nicht die Verantwortung dafür übernehmen könne, daß der Gesundheitszustand der Truppen durch ungenügende Sparsamkeit gefährdet werde. Gegen die vorgebrachten Bedenken machte Abg. Müller-Julda geltend, daß in den Lazaretten noch außerdem reichliches Arztpersonal vorhanden sei. Die Position wurde bewilligt.

Auf die außerordentlich großen Ausgaben für Transporte war schon in der Generaldiskussion hingewiesen worden. Abgeordneter Müller-Julda beantragte, von der verlangten Summe 500 000 Mark zu streichen. Abg. Dr. Sadelum wies bei dieser Gelegenheit auf die Ungeheuerlichkeit hin, für den Transport von Offiziersdomen das Reich mit 40 000 M. zu belasten. Man behaupte, die Brigade befände sich auf dem Kriegsfuße, dann sei aber sicherlich nicht angebracht, die Frauen und eine große Bagage nachkommen zu lassen. Die Besatzungsbrigade solle doch auch so bald wie möglich zurückgezogen werden, wie die Regierung selbst erklärt habe. Dagegen wandte sich der Staatssekretär von Nisthofen. Abg. Ledebour warf die Frage auf: Kann die deutsche Regierung ohne Zustimmung der anderen Mächte, die in Eschilt Truppen setzen haben, die Besatzungsbrigade zurückziehen oder nicht? Der Staatssekretär des Auswärtigen wußte auf diese Frage keine Antwort zu geben, sondern schwieg, obgleich ihm der Vorsichende das Wort anbot. — Gemäß dem Antrage wurden bei dieser Position 500 000 Mark gestrichen. — Beim Waffentwesen beliesen sich die Abstriche auf 100 000 M., bei einem Dispositionsfonds auf 75 000 M. — Bei den Pensionen macht sich eine immer weitergehende Steigerung bemerkbar; der Titel wurde bewilligt.

Nach einem früheren Antrage des Abgeordneten Richter sind alle Titel des Etats unter einander bedeckungsfähig. Um nicht die ganze Arbeit der Kommission illusorisch zu machen, beantragte Abg. P a s c h e, diese Nummerung zu streichen. General Gallwitz

wehrt sich gegen diesen Vorschlag, da man die Verhältnisse doch nicht übersehen könne; die Brigade müßte die Möglichkeit haben, sich selbst zu helfen. Aus Rücksicht auf das Budgetrecht des Reichstages schloß sich Abg. Singer dem Antrage Paasche an; es sei eben der Wille des Parlaments, daß die Verwaltung mit den einzelnen Posten auskomme. Der Referent Graf v. Drölla wollte auch die gekürzten Summen als Maßstab annehmen, schloß sich aber dem Vorschlag Paasche an. Die Deckungsfähigkeit wird danach gestrichen.

Nach Genehmigung des Restes des Etats wurde die Resolution der Abg. Pader-Müller-Sagan behandelt, durch die die Regierung zur möglichst schleunigen Auflösung der Brigade aufgefordert wird. Abg. Gröber machte einige Bedenken dagegen geltend; infolgedessen wurde die Resolution in der Kommission zurückgezogen.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am Freitag über eine Petition, betreffend Erteilung der Genehmigung zum Verkauf von Süßholz (Sacharin). Nach den Bestimmungen des Gesetzes hat im Inlande nur eine Fabrik das Recht, Süßholz zu produzieren. Jedoch hat der Bundesrat das Recht, die Erlaubnis zu erteilen, daß Sacharin vom Auslande eingeführt werden kann. In der Diskussion wurde bedauert, daß durch das Gesetz eine künstliche Verteuerung des Sacharins herbeigeführt worden sei. Es sei dies umso weniger gerechtfertigt, als das Sacharin zum großen Teile als Medikament benutzt werde, das Gesetz also eine Verteuerung einer wichtigen Arznei geschaffener habe. Die Kommission beschloß, die Petition dem Reichsanwalt als Material zu überweisen.

Eine Petition aus Dessau fordert Neuregelung des Apothekenwesens durchs Reichsgesetz. Der amwesende Regierungskommissar gab die Erklärung ab, daß sich das preussische Kultusministerium allerdings mit der Angelegenheit beschäftigt; die Verhandlungen wären jedoch noch nicht so weit gediehen, um schon gesetzgeberische Vorschläge unterbreiten zu können. Allein in Preußen sei zur Ablösung der privilegierten Apotheken ein Ablösungskapital von etwa 200 bis 300 Millionen Mark erforderlich. — Die Kommission beschloß, die Petition dem Reichsanwalt zur Erwägung zu überweisen.

Mehrere oberösterreichische Fleischermengen petitionieren um weitere Ausdehnung der Einfuhr russischer Schweine in die Schlachthäuser des oberösterreichischen Industriebezirks. Jetzt dürfen wöchentlich 1350 lebende Schweine eingeführt werden, die Zahl müsse aber auf mindestens 3000 Stück erhöht werden. — Der Regierungskommissar sowie die agrarischen Mitglieder der Kommission bemühen sich, nachzuweisen, daß die Petition weniger im Interesse der Konsumenten als in dem der Schlächtermeister liege. Diese verdienen an jedem aus Ausland eingeführten Schweine 60—80 M. Von anderer Seite wurde bemerkt, daß das russische Schwein für Oberösterreich seines großen Fettreichtums wegen sich am besten eigne. Der Oberösterreich bedürfe vor allem Speck und Fett, welches das deutsche Schwein nicht in genügender Menge liefere. Die Kommission beschloß mit 12 Stimmen Uebergang zur Tagesordnung; sieben Mitglieder (Socialdemokraten und Freisinnige) stimmten dafür, daß die Petition dem Reichsanwalt zur Verächtlichung überwiegen werde.

Der westfälische Handwerkerbund in Dortmund petitioniert um Aenderung des Gesetzes betreffend die Beschlagnahme von Arbeits- und Dienstlohn. Schon bei einem Einkommen von 750 M. soll die Pfändung von 5 Proz. des Einkommens für zulässig erklärt werden. Ferner sollen die Gewerbegerichte zuständig sein, über Klagen, deren Objekt 100 M. nicht übersteigt, zu entscheiden, auch wenn es sich nicht um Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis handelt. — Die Kommission ging zur Tagesordnung über.

Aus Industrie und Handel.

Nachwahl der Fall Fritz Meyer. In der Mittwochnummer haben wir bereits darauf hingewiesen, daß Meyer die besondere Gunst einiger hiesigen Großbankengenossen, und von diesen mehrfach benutzt wurde, um für deren Emissionswerte Stimmungen zu machen und sie zu hohen Kursen an den Mann zu bringen. In einem „Börse- und Credit“-Artikel, der in der Form eines Gesprächs zweier Börsenspekulanten das Verhältnis der Banken zu ihren „Einbeizern“ behandelt, geht die letzte Nummer der Finanz-Wochenchrift „Plus“ näher auf diese Stellung Meyers ein und läßt den einen der beiden erklären:

Wie glauben Sie denn eigentlich, sichern sich die Banken die Möglichkeit, als Wertemacher zu fungieren? Wie gelingt es ihnen, ihre großen Emissionen unterzubringen? Früher, da noch ein Stamm „fir“-er selbständiger Bankiers an der Börse hin und her handelte, war das sehr einfach. Was die Banken herausbrachten, nahmen diese ihnen ab und brachten es unter das Publikum. Damit waren die Institute das Risiko los. Das geht so schon lange nicht mehr. Heute ist die Kundschaft bei den Banken, dank der kapitalistischen Entwicklung und dem Vorkriegsgelch. Diese Kunden kaufen allerdings blindlings, was ihnen die Direktoren oder die Vorsteher der Depositenkassen empfehlen. Aber ganz begehrt ist den Herren Direktoren bei diesen Käufen doch nicht immer. Im Grunde genommen, bleibt alles im Hause und ist nur Arbeit für Effektenkassierer und Buchhalter. Die Stücke werden aus einem Sack in den andern gethan. Und vom „Conto-Eigene Effekten“ auf „Conto-Corrent“ Conto verhandelt. Das heißt dann „gedeckter Defizit“. Was bezahlt wird natürlich das wenigste. Bei kleinen Emissionen, wo nur wenige Millionen Aktienkapital in Frage kommen, geht die Sache noch an. Aber schließlich will man doch auch mal blankes Geld sehen und nicht immer in jedem Jahr, wenn die Debitoren allzusehr angezwungen sind, gleich das Aktienkapital erhöhen. Man möchte also gern etwas außer dem Haus los werden. Das muß man sogar, wenn es sich um große Rententransaktionen handelt, die man im Hause allein nicht unterbringen kann. Aber an wen? Die Kapitalisten sind versorgt. Bleibt also nur die Spekulation. Das heißt die vom Tage. Die heute kauft, wenn ordentlich Feuer dahinter gemacht wird, und morgen mit Verlust abgibt, wenn irgend ein Wollkamm am Horizont heraufzieht. Man muß also zunächst Feuer machen. Die Einbeizern werden bestellt. Das sind vor allem ein paar große Spekulationsmänner. Ihnen wird eine Option zugesichert. Das heißt: sie bekommen, womöglich ein paar Prozent unter dem bereits getriebenen Tageskurs, einen größeren Aktien der Werte und haben das Recht, dieselbe Summe oder ein mehrfaches nachzufordern. Sie machen nun im Markt Stimmung und versuchen, die Kauflust bei steigenden Kursen zu wecken. Kommt und Eintagspekulanten beginnen sich zu beteiligen. Einer heßt den andern herein und sucht möglichst hoch an ihn seine Ware zu verkaufen, bis schließlich einer der letzte ist, den die Hunde brühen. Käufer sind nicht mehr vorhanden. Die Besitzer wollen loskäufeln; der Kurs fällt. Ost würde er ins Bodenlose fallen, wenn nicht schließlich die Bank als harmloserer Charakter ersehene. Derselbe Bank, von der der Rummel ausging. Sie kann es sich ohne große Schäden leisten, zu niedrigeren Kursen zurückzukaufen. Wenn das Geschäft eine Weile im großen betrieben wird, kann man davon sogar Dividenden verteilen.

Das ist hauptsächlich in den Hauptzügen die Sache. Den großen Banken ist natürlich dieser Hinweis auf ihre Rolle als Drahtzieher nicht weniger als angenehm. Die große Annoncen-Plantage der Bankinstitute brachte denn auch bereits am Donnerstagabend unter der Stichmarke „Deutsche Bank“ eine Auslassung, in der sie mit der ihr so gut anstehenden Kolonnenarbeit erklärte:

„Die Tatsache, daß die Deutsche Bank sich im Interesse der Börse in unheimlicher Weise für die Ordnung der Angelegenheiten der insolventen Firma Fritz Meyer bemühte, hat einzelne Organe der Presse nicht abgehalten, daraus in häßlicher Weise künstlich einen zwischen dem Institut und der insolventen Firma bestehenden Zusammenhang herzuleiten, indem sie die Angelegenheit so darzustellen suchten, als ob die Deutsche Bank sich der Firma bedient habe, für die sie interessierenden Werke Stimmungen zu machen. Diese Bemerkungen sind ebenso taktlos wie unzutreffend. Die Deutsche

Bank hat sich lediglich in der Erwägung, daß der hiesige Platz durch die unvorbereitete, gewaltsame Lösung der großen Engagements der insolventen Firma in neue Verwirrung geraten könnte, veranlaßt gesehen, bei der Regelung der Sache mitzuwirken.“

Ueber den Fall läßt sich ebenso wenig streiten wie über den Gesand, und wir haben wieder den Ehrgeiz, im Sinne des „Börse-Courier“ für taktvoll zu gelten, noch und dessen Lob zu erringen. Und noch weniger verdienen wir ihm seinen Groll; wir haben ihm so oft seine Fäulnis gekostet, daß wir dieses Gefühl bei ihm begreiflich finden; schließlich trümmert sich doch selbst der eklekteste Dum, wenn er getreten wird.

Zum Fall Meyer selbst erfahren wir noch in späterer Abendstunde, daß sich Fritz Meyer heute nachmittag der Polizei gestellt hat. Er ist nicht geflüchtet, sondern hat sich während der letzten Tage hier in Berlin versteckt gehalten. Zugleich hören wir über die heute nachmittag abgehaltene Gläubigerversammlung, daß auf Befürwortung des Herrn Direktors Maniewicz von der Deutschen Bank voranschließlich von einer Konkurs-erklärung abgesehen und die Sache außergerichtlich geordnet werden wird. —

Die französische Baumwollindustrie befindet sich infolge der Verteuerung der Rohbaumwolle durch die amerikanischen Hausspekulationen beinahe in einer ähnlichen bedrängten Lage, wie die Englands. Zwar versucht man den Bedarf möglichst durch Ankauf von ägyptischer, indischer und westafrikanischer Baumwolle zu decken; aber die von dort bezogenen Mengen reichen bei weitem nicht aus. Sie liefern nur etwa ein gutes Viertel des Gesamtverbrauchs. Die Zahl der in den französischen Baumwollfabriken zur Zeit im Betrieb befindlichen Spindeln beläuft sich auf rund 6 100 000, von denen auf die drei Hauptfabrikationsbezirke, und zwar auf die Normandie 1 750 000, auf Nord 2 200 000 und Vosges 2 100 000 entfallen. Mit der raschen Entwicklung des Spinnereibetriebes hat die des Webereibetriebes ungefähr gleichen Schritt gehalten. Obwohl erst in den Jahren 1872 bis 1875 die ersten mechanischen Webstühle zur Herstellung gefärbter Baumwollzeuge in Frankreich in Gebrauch kamen, so dürfte sich augenblicklich die Zahl der zur Fabrikation von gebleichten und gefärbten Zeugen in Tätigkeit befindlichen Webstühle auf etwa 100 000 belaufen, von denen in der Normandie 27 000, in Vosges 58 000 und in der Rhônegegend 15 000 vorhanden sind. Vor Inkrafttreten des Tarifs von 1892 existierten in Frankreich knapp 75 000 Webstühle, Fabriken, die sowohl für Spinnerei- wie Webereizwecke eingerichtet sind, gibt es in Frankreich nur wenige, in den meisten Fällen bilden die beiden Fabrikationsarten vollständig von einander getrennte Betriebe.

Mit dem Abzug seiner Baumwollfabrikate hängt Frankreich in erster Linie von seinen Kolonien ab. Von den im Jahre 1902 nach Nordafrika eingeführten Baumwollzeugen waren ungefähr 94 Proz. französischen Ursprungs. Ebenso verhält es sich mit Indochina, wohin die Einfuhr französischer Baumwollwaren während der letzten elf Jahre dem Werte nach von 500 000 auf 3 200 000 Dollar gestiegen ist. Hauptabnehmer von allen Kolonien ist jedoch Algerien, welches im Jahre 1902 allein für 6 Millionen Dollar bezogen hat. Der größte Teil der dorthin gelieferten Baumwollwaren kam aus Rouen.

Die wirtschaftliche Lage der beiden früheren Borenenrepubliken ist eine recht traurige. Von der Hoffnung, daß nach der Beendigung des Krieges die Länder alsbald einen rapiden Aufschwung nehmen würden, hat sich nichts erfüllt. In einem Bericht des deutschen Handelsattachés in Pretoria werden die geschäftlichen Verhältnisse in Bloemfontein bezogen und überhaup in der ganzen Oranjeschiff-Kolonie als recht „wenig günstig“ geschildert. Das Land hing leichter größtenteils von Viehzucht und Landwirtschaft ab, und beides hat durch den Krieg sehr gelitten. Die früher blühende Schafzucht ist fast vollständig vernichtet und der Bestand an Hornvieh äußerst gering. Die meisten Bauern haben sich daher mehr als früher auf den Landbau geworfen, und zwar auf den Anbau von Getreide; die Saaten standen im vergangenen Herbst sehr gut, doch scheint bisher noch immer nicht ausreichend Regen gefallen zu sein, so daß sich die Aussichten auf eine gute Ernte verschlechtert haben.

Seit Ende des Krieges werden einige in der Kolonie befindliche Diamantminen wieder bearbeitet, und die Ausbeute von Diamanten ist im Steigen begriffen. Im Jahre 1898 betrug die Ausbeute 307 148 Karat im Werte von 1 508 031 Pfund Sterling; man hofft, diese Zahlen in nicht zu fernem Zeit wieder zu erreichen. Einige Kohlenminen werden aufgeschlossen. Knechtungen sollen auch ansichtsreiche Funde von goldhaltigen Gestein gemacht worden sein, was dazu geführt hat, daß umfangreiche Schürfarbeiten von mehreren Finanzgruppen in Aussicht genommen sind.

Am Einfuhrhandel der Kolonie ist Deutschland mit Nähmaschinen, Steingut, Emailgeschirren, Messerwaren, Bier, Cement, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, Eisenwaren, Strumpfwaren, Woll- und Baumwollwaren, Lederwaren und fertigen Kleidern beteiligt. In landwirtschaftlichen Maschinen macht sich die amerikanische Konkurrenz sehr fühlbar, besonders in Pflügen.

Aus der Frauenbewegung.

Zum Frauenstudium. Wie man uns aus Freiburg i. B. berichtet, vollendete an der dortigen Universität Fraulein Marie Opificius, die Tochter unseres frankfurter Parteigenossen Louis Opificius, das Studium der Medizin durch Ablegung des für Ärzte vorgeschriebenen Staatsexamens.

Verfammlungen.

Zum Dentischer Streik von Steglitz und Umgegend ist zu berichten, daß in ihrer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung die Tischler beschlossen, ihre Forderungen in ganzem Umfang aufrecht zu erhalten. Dieser Beschluß wurde am Donnerstag dem Vorsitzenden des Arbeitgebers-Schlichterbandes, Herrn Sebastian, mitgeteilt, der sofort den Beschluß gab, daß die Arbeitgeber sich erst am Dienstag, den 1. März, erklären werden können. Herr Sebastian bemerkte noch, daß er nicht früher verhandeln könne, da ihm die nötigen Vollmachten fehlen.

Einzelne Berliner Arbeitgeber sind bemüht, Arbeiten aus dem Streikgebiet in Berlin anfertigen zu lassen, damit die Steglitzer Arbeitgeber ihren Verpflichtungen den Bauherren gegenüber nachkommen können. Sogar einige Arbeitgeber aus Potsdam bemühen sich, die Läden von den Schülern ihrer bedrängten Kollegen zu nehmen.

Ueber die Socialpolitik im Deutschen Reich sprach Genosse Weber am Donnerstag in einer sehr stark besuchten Versammlung des Centralverbandes der Zimmerer, die in Kellers-Saal tagte. Der Redner führte unter anderem aus, daß die soziale Gesetzgebung den Arbeitern nur sehr wenig bietet, und daß die hauptsächlichsten Forderungen, die die Arbeiterklasse an die Socialreform stellt, noch unerfüllt sind. Wir haben noch nicht den allgemeinen Maximalarbeitsvertrag für erwachsene männliche Arbeiter, vor allem aber fehlt der Arbeiterklasse die volle Vereins- und Versammlungsfreiheit, sowie das ungehinderte Koalitionsrecht, was gerade jetzt, wo die Unternehmer sich zum Kampf gegen die Arbeiterklasse in einer großen Organisation zusammenschließen, eine unerlässliche Notwendigkeit ist. Im Laufe seines Vortrages streifte Genosse Weber auch das Gebiet der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Die Gewerkschaften können Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hindern und auf diese Weise die Arbeiterinteressen in der Gegenwart wirksam vertreten. Die Hauptsache ist jedoch, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft ihrem Ziele zustrebt: An die Stelle der bürgerlichen Gesellschaft die socialistische zu legen. Die Entwicklung

der wirtschaftlichen Verhältnisse zeigt den Arbeitern, daß ihr Heil nur im Socialismus liegt. Für die Herbeiführung dieses Zieles zu wirken, muß die Aufgabe jedes klassenbewußten Arbeiters sein. Je mehr wir in diesem Sinne arbeiten, desto näher ist unser Sieg. — Der zweistündige Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Eine große öffentliche Versammlung der Gummi-Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am Montagabend in Heinrichs Festsaal, Pläckerstr. 61. An Stelle des nicht erschienenen Referenten, Reichstags-Abgeordneten Wurm, hatte der Einbeizern Conrad Bruns das Referat übernommen. Der Redner schilderte, wie es gelungen ist, seit ungefähr Jahresfrist auch die Gummi-Arbeiter, die zu den schlechtbezahlten Arbeitern Berlins gehören, zu organisieren und damit aus ihrer Verbargie aufzurufen. Nicht nur, daß Stundenlöhne von 25 Pf. die normale Bezahlung auch der vorbereiteten Arbeiter bilden, daß die Behandlung seitens der Meister und Vorgesetzten vielfach eine recht schlechte ist, sind auch die hygienischen Zustände in näher bezeichneten Betrieben direkt polizeiwidrig. Dazu kommt, daß durch ein neues Verfahren in der Fabrikation ein äußerst widerlicher Geruch erzeugt wird, der sich in den Kleidern festsetzt und zur Folge hat, daß die Arbeiter aus Straßenbahn und Omnibus ausgeschlossen werden. Mangelnde Ventilation, ungenügende Waschvorrichtungen, das gänzliche Fehlen von Kaderäumen und der gesonderten Garderoben zwingen die Arbeiter, diesen Geruch in ihren Kleidern nach Hause zu tragen, und noch ihre Wohnungen damit zu verpesten. Nicht einmal ordentliches Trinkwasser ist vorhanden, da durch das neue Verfahren aufsteigend auch das vorhandene Wasser verpestet und verblemt wird. Redner geht dann zur Kennzeichnung der Zustände in den einzelnen Fabriken über und werden seine Ausführungen von den nachfolgenden Rednern bestätigt und ergänzt. Trotzdem in einer größeren Fabrik länger gearbeitet wurde, um die Arbeiter an dem Besuch der Versammlung, die um 7 1/2 Uhr angefangen war, zu hindern, waren die vorhandenen Räume überfüllt. Die ausführenden Betriebsgenossen folgten mit lebhaftem Interesse den Ausführungen der einzelnen Redner und verpflichteten sich in einer einstimmig angenommenen Resolution, dem Verbands der Fabrik- u. Arbeiter beizutreten und auch die nicht anwesenden Kollegen zum Beitritt zu veranlassen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 28. Februar, vorm. 8 1/2 Uhr, in der Schul-Halle, Kleine Hamburgerstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn E. Bogherr - Stettin: „Der Baumphilosoph Konrad Diebler“. (Mitt. Damen und Herren, sehr willkommen.)

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Redaktions-Unterricht für Fortgeschrittene fällt am Sonntag, den 28. Februar, aus. Am Sonntag, den 21. Februar, ist in der Sonntagsschule ein Damenstreich veranstaltet. Der Funder wird gebeten, denselben an einem Unterrichtsabend in der Schule oder bei Rob. Stramm, Breslauerstr. 14, vorn II bei Wohl, abzugeben. Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 2, 3, 4, 5, 6). Sonnabend, den 27. Februar, abends 9 Uhr, bei Dieck, Kaserstr. 123: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. — Sonntag, den 28. Februar, vormittags 10 Uhr, im Klubhause zu Schönberg, Hauptstr. 5/6: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung der Filialen Schönberg und Berlin II. — Filiale Altdorf: Außerordentliche Versammlung am Sonnabend, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Bergstr. 151 bei Thiel.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schwarze Pöden.

Kiel, 26. Februar. (W. S.) Die der „Nordsee-Zeitung“ aus Hensburg berichtet wird, ist der Hafenarbeiter Kassen, wohnhaft in der Rorderstraße, an den schwarzen Pöden erkrankt. Der Arbeiter soll den Keim zur Krankheit beim Löschen einer Kornladung für eine hiesige Getreidefirma sich zugezogen haben. Außer ihm ist ein Kind sowie sein am hiesigen Berg wohnender Bruder an Krankheit erkrankt. Seitens der Behörden sind die umfassendsten Sanitätsmaßnahmen getroffen worden.

Folkething.

Kopenhagen, 26. Februar. (W. S. V.) Der Führer der socialdemokratischen Gruppe, S. Knudsen, brachte eine Interpellation über die Gründe für die außerordentlichen militärischen Maßnahmen ein. Konseilspräsident Deunger verlas in Verantwortung der Anfrage folgende Erklärung: Während des zwischen Russland und Japan ausgebrochenen Krieges legt die Neutralität Dänemarks der Regierung die Verpflichtung auf, für die genaueste Feststellung und Wahrung unter Stellung als neutralen Staates Vorkehrung zu treffen. Hierzu gehört unter anderem, daß für die sichere Ueberwachung der Seebefestigung Kopenhagens gesorgt wird. Die Kosten belaufen sich im ganzen für das Kriegsministerium auf 116 500 Kronen, für das Marineministerium auf etwa 60 000 Kronen, abgesehen von den Ausgaben für die einberufenen Mannschaften. Anders Nielsen schlug darauf im Namen der linken Reformpartei folgende Tagesordnung vor: In dem das Folkething seine Zustimmung zu den vom Konseilspräsidenten dargelegten Maßnahmen, sowie sein Vertrauen ausdrückt, daß die Regierung in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Reichstages sich stets von der Neutralität Dänemarks leiten lassen wird, geht das Thing zur Tagesordnung über. Nachdem der Kriegsminister erklärt hatte, daß er in voller Uebereinstimmung mit den übrigen Ministern gehandelt habe, und auch in Zukunft nicht anders handeln werde, nahm das Folkething die Tagesordnung Anders Nielsen mit 85 gegen 16 socialdemokratische Stimmen an.

Fünf Vergente verschüttet.

Paris, 26. Februar. (W. S.) In der Kohlengrube in Lodouz fand ein Bergsturz statt, bei dem fünf Vergente verschüttet wurden. Einer konnte gerettet werden, während die übrigen fünf nur als Leichen hervorgezogen werden konnten.

Russische Berichterstatter.

Köln, 26. Februar. (W. S. V.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Petersburg: Am 24. Februar eröffnete die beim Ministerium des Innern errichtete Anstaltsstelle als Bericht-erstatte auswärtiger Mütter ihre Tätigkeit. Die Berichterstatter erhalten alle möglichen Meldungen über die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz aus erster Hand. An der Spitze steht der ehemalige russische Finanzagent in London Tatischev.

Vor Port Arthur.

Petersburg, 26. Februar. Aus Port Arthur wird der Russischen Telegraphen-Agentur unter dem heutigen Datum telegraphiert: Die Untersuchung der von den Japanern in den Hafen geschickten Vandalen hat ergeben, daß die Ladung aus Kohlen und Kerolin besteht, im Innern befinden sich anscheinend Mienen; denn man hat eine elektrische Batterie mit Leitung vorgefunden. Der in der Nähe des „Retvisan“ liegende japanische Dampfer ist infolge Eindringens von Wasser gesunken. Die Arbeiter an den japanischen Vandalenschiffen leitet der Kapitän des „Sibirial“ mit viel Energie und Mut. Heute früh erschienen mehrere japanische Torpedoboote auf der Reede und wurden vom „Retvisan“ und der Artillerie bis zum Morgen beschossen, worauf sie sich zurückzogen. Am Horizont war seit dem Morgen ein japanisches Geschwader, das anscheinend Transportschiffe deckte sichtbar. Um 11 1/2 Uhr vormittags kam es näher. Die russische Artillerie eröffnete das Feuer, die japanische erwiderte. Das Geschwader, das etwa 40 Minuten dauerte, blieb ohne schädliche Resultate; einzelne Geschosse fielen, ohne Schaden anzurichten, in der Stadt nieder. Man rechnet darauf, daß die Japaner einen Landungsversuch machen werden.

Reichstag.

43. Sitzung. Freitag, 26. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Nieberding. Die zweite Beratung des Etats der Justizverwaltung wird fortgesetzt.

Zur Verhandlung kommt zunächst die Resolution Gröber (C.) und Genossen betreffend Vorlegung eines Gesetzentwurfs, nach welchem für den bei dem Betrieb von Automobilen auf öffentlichen Straßen und Plätzen entstandenen Personen- und Sachschaden der Betriebsunternehmer zu haften hat, sofern er nicht beweist, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder durch eignes Verschulden des Beschädigten oder Sachinhabers verursacht ist.

Zu demselben Gegenstand liegt eine Resolution v. Maljan u. Gen. (L.) vor, die für den Fall der Annahme dieses Antrages um eine gleichzeitige Vorlage zwecks Bildung einer Genossenschaft der Kraftfahrer nach dem Vorbild der Unfall-Versicherungsgenossenschaften ersucht, um Vermögenslose gegenüber mittellosen Kraftfahrern zu sichern.

Ferner beantragen die Abgg. Prinz zu Schönau-Carolath u. Gen. (nall.): die Schadensersatzpflicht für die durch Automobile herbeigeführten Tötungen und Verletzungen analog dem Eisenbahnschuldengesetz zu regeln.

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (nall.):

Ich bin durchaus kein Gegner des Automobils, glaube vielmehr, daß es eine große Zukunft im Personen-, Lasten- und Frachtverkehr hat; ich freue mich auch über die Entwicklung der Automobilindustrie, in der eine große Zahl von Millionen jährlich umgeseht werden und die circa 180 000 Arbeiter beschäftigt. Aber es besteht ein allgemein großer und öffentlicher Unwille über die große Rücksichtslosigkeit vieler Automobilbesitzer. (Sehr richtig!) Ausnahmen giebt es gewiß, im großen und ganzen aber wird mit einer Rücksichtslosigkeit gefahren, der mit aller Energie ein Ziel gesetzt werden muß. Das Automobil beansprucht eine Art Herrenrecht auf der Straße und mißbraucht dieses Herrenrecht. (Sehr richtig!) — In Breslau soll ein Automobilfahrer, der einen Menschen totfuhr, mit acht Tagen Gefängnis bestraft worden sein. Diese Behauptung ist im Reichstoge vom Herrn Kollegen Schäfer im Dezember widerspruchlos hier erhoben worden. Solche Fälle sind nicht selten. (Sehr richtig!) Was soll nun geschehen? Ein Reichsgesetz wird schwer durchführbar sein, weil die verfassungsmäßige Grundlage dazu fehlt; aber es sollten wenigstens in den einzelnen Staaten gleichlautende Verordnungen erlassen werden. Durch solche Verordnungen muß das Examen für die Fahrer verlangt und bestimmte Normen dafür festgesetzt werden. Die Automobilclubs haben ja bereits eine Schule für Fahrer eröffnet. Schwierig sind Vorschriften in Bezug auf die Fahrgeschwindigkeit. Auf großen Chaussees wäre eine weit höhere Geschwindigkeit angängig als auf belebten Straßen. Es trägt sich daher, ob ein Geschwindigkeitsmesser — falls er unabhängig vom Fahrer zu konstatieren ist — überhaupt angebracht ist. Wir halten es für den besten Ausweg, daß im allgemeinen der Automobilbesitzer haftpflichtig gemacht wird und daß dem Fahrer des Automobils die Beweislast auferlegt wird, darüber, ob den Ueberfahrenen die Schuld an dem Unfall trifft. Schweizerische Bestimmungen werden sich energisch gegen die Vermutung der Fahrer; aber diese ist zum Schutze der Gesundheit notwendig. Lieber sollte man nach englischem Vorbild die Höchstgeschwindigkeit auf 16 Kilometer in den Städten, auf 22 Kilometer auf den Chaussees festsetzen. Auf die Wettfahrten in unserm schönen Taunus will ich jetzt nicht eingehen; man scheint ja alle nötigen Vorkehrungen getroffen zu haben. Geht die deutsche Reichsregierung aber so weit, daß man vor jedem Automobil sofort auf die Seite geht, ja fährt? (Heiterkeit.) Ich bitte die Regierung, es nicht bei den Erhebungen, Erörterungen und Berichten bewenden zu lassen, sondern rasch und gründlich einzugreifen und zu bessern. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Der Herr Vorredner hat Vorwürfe gegen die Regierung erhoben, die ich nicht unabweisbar lassen kann. Der Mangel einheitlicher Vorschriften für das Reich ist nicht durch bösen Willen der Regierung hervorgerufen, sondern durch die Schwierigkeit, eine Regelung zu finden, die einerseits allen Bedürfnissen des öffentlichen Verkehrs genügt, andererseits die weitere Ausbreitung des noch in der Entwicklung begriffenen Schiffs nicht hindert. Die Mitteilungen der Presse über Verletzungen durch Automobile sind oft übertrieben. Ueber den Dresdener Fall, in dem „ein Mann tot gefahren“ sein soll, trägt Redner noch einmal mit genau denselben Worten die Aktenstücke vor, die Justizminister Schönau-Carolath im Abgeordnetenhause vorgelesen hat. Den Vorwurf, daß die Gerichte die Automobilisten zu milde bestrafen, kann ich nicht als berechtigt anerkennen. Welche Motive in aller Welt können die Gerichte veranlassen in solchen Fällen zu Gunsten der Automobilisten gegen den Verletzten Partei zu nehmen! Die Richter fahren doch nicht alle leidenschaftlich Automobil (Heiterkeit); das menschliche Interesse wird doch auf Seite der Verletzten sein.

In Erwägung der Stimmung und Auffassung des Reichstages haben wir uns mit der preussischen Regierung in Verbindung gesetzt. Wir hoffen, diese Vorarbeiten in nicht allzu langer Zeit zum Abschluß zu bringen und es wird nicht an uns liegen, wenn nicht baldigt eine gesetzliche Regelung erreicht wird. Aber ohne die sachlichen Unterlagen können wir nicht urteilen. Auch ich halte eine Verschärfung der Haftpflicht für die einfachste und beste Maßnahme zu vorläufigem Fahren, aber man kann doch die Frage verschiedener beurteilen, je nachdem es sich um Personal- oder Sachschaden handelt. Ich muß mir also mein Urteil vorbehalten, aber es wird von uns nichts verabsäumt werden, um die Sache recht bald zu einer reichsgesetzlichen Regelung zu bringen.

Abg. Gröber (C.): Wir begrüßen es durchaus, daß das Automobil besonders zu gewerblichen Zwecken immer mehr Anwendung findet, und erkennen an, daß dem Automobil eine große Zukunft bevorsteht. Aber man darf über den Vorzügen nicht die Nachteile vergessen. Die gewissenlose Rücksichtslosigkeit der Automobilisten erregt mit Recht den öffentlichen Unwillen. (Sehr richtig! rechts.) Es sind fast ausnahmslos Sportsautomobilisten, welche die Unfälle verursachen. Der Herr Herr Jacob schreibt: Wenn die Bauern so daherkommen und die Pferde der Herrschaft scheuen würden, dann hätte man ihnen die Fahrerei schon längst verboten. (Sehr richtig!) Wenn aber die oberen Reichtümer die Pferde der Bauern totfuhr — dann ist es etwas anderes. Wenn diese Kritik auch etwas scharf ist, so hat sie doch eine gewisse Berechtigung. Was werden nun für Mittel vorgeschlagen? Interessant war es mir, daß Herr Schönau-Carolath eine Art Befähigungsnachweis für Automobilfahrer verlangte, sonst halten die Herren den Befähigungsnachweis ja für etwas besonders Rücksichtloses. Angebracht wäre außerdem vielleicht eine Erhöhung der Strafen nach englischem Muster. Eine Strafe von 60 M., wie sie bei uns höchstens erkannt werden kann, bedeutet für einen Automo. Besitzer gar nichts. (Sehr richtig!) Das wichtigste ist die Aenderung der Haftpflichtbestimmungen, darin stimmen wir dem Antrag Schönau-Carolath zu. Die Beweislast über die Schuld an dem Unfall muß dem Automobilfahrer zufallen. Die Ausdehnung der Haftpflicht muß reichsgesetzlich erfolgen. Der Gedanke des Antrages v. Maljan ist erwägenswert; es ist mir nur noch zweifelhaft, ob die Ausführung möglich ist. Jedenfalls ist die Frage

noch nicht spruchreif. Der Herr Staatssekretär hat uns zugesagt, er werde einschreiten, sobald die preussische Regierung das Bedürfnis anerkennt. Ich hätte es lieber gesehen, wenn er hier als Vertreter des Reiches gegenüber den Bundesstaaten, und sei es auch ein so mächtiger wie Preußen, aufgetreten wäre. (Sehr richtig!) Ich bitte die Regierung, sich der Sache energisch anzunehmen.

Abg. v. Maljan (L.) begründet seinen Antrag. Wir begrüßen mit Freuden, daß zwei große Parteien unsern Antrag, den wir vor zwei Jahren stellten, heute aufgenommen haben. Für die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung sprechen besonders die §§ 893, 894 des Bürgerlichen Gesetzbuches, die dem Tierhalter eine sehr weitgehende Haftung auferlegen. Warum soll der Führer eines Pferdezeuges eine größere Haftung tragen als der Automobilist? Für den Antrag Prinz Carolath können wir aus den redaktionellen Gründen, die Abg. Gröber bereits dargelegt hat, nicht stimmen, wohl aber für den Antrag Gröber. — Eine Kontrolle über die Fahrgeschwindigkeit ist unmöglich, namentlich auf dem platten Lande. Will man sie aber so bauen, daß sie nur 17 bis 18 Kilometer fahren können, so verbiete man lieber die Automobile gleich. Auch Wettfahrten müssen im Interesse der Industrie zugelassen sein, soweit die Besitzer die Kosten dafür tragen und das Publikum geschützt ist.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Im Jahre 1903 hat der Reichstag eine Petition über diesen Gegenstand der Regierung nicht, wie die Kommission beantragte, als Material, sondern zur Berücksichtigung überwiesen. Aber der Staatssekretär weiß offenbar gar nichts davon. So werden Petitionen begraben im großen Papierford des Reichskanzlers. Sachlich stimmen wir beiden Anträgen, dem des Centrums und der Nationalliberalen zu. Nur darin kann ich Herrn Gröber nicht zustimmen: Die Richter beurteilen Vergehen der Automobilfahrer keineswegs zu leicht. Nur die Zeugen entziehen sich ihrer Pflicht, und man kann ihnen das nicht übelnehmen, denn niemand wartet gern drei bis vier Stunden in Moabit. Dagegen sind wir gegen den konservativen Antrag. Wir halten diese Entschädigung überhaupt nicht für geeignet für eine Zwangsversicherung. Dadurch würde nur eine Affektanzversicherung für den Leichtsinn der Chausseure geschaffen werden. Ich bedauere die Begeisterung des Herrn v. Maljan für die Automobil-Industrie. Sein Kollege Gomp hat im Abgeordnetenhause meinen Fraktionsgenossen Fitzleb deswegen sehr scharf angegriffen. Die Automobilfrage stellt auch in Hinsicht auf Strafrecht und Strafprozess neue Anforderungen. Holland, Belgien und England haben ein einheitliches Automobilrecht geschaffen, und in England, dem klassischen Lande des Automobilverkehrs, kommen jetzt fast gar keine Unfälle mehr vor. Auch wir brauchen ein Gesetz, das die ganze Materie nach allen Richtungen hin einheitlich regelt. — Handeln Sie endlich einmal. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Wenn wir warten sollen, bis ein einheitliches Gesetz die Frage regelt, so würden wir wieder dem Vorwurf begegnen, daß wir alles thun, um die Sache zu verzögern. Wollen wir rasch zu einem Resultat kommen, so müssen wir auf dem von mir vorgezeichneten Wege vorgehen. Die Schaffung eines Codex für das Automobilwesen würde lange dauern. Herr Dr. Müller-Meinungen hat mir vorgeworfen, daß ich die Akten des Reichstages nicht kenne. Auch von ihm, der so leicht geneigt ist, der Regierung Vorwürfe zu machen, lasse ich mir einen derartigen Vorwurf nicht gefallen. Ich habe den betreffenden Beschluß nur deshalb nicht erwähnt, weil er meine Thätigkeit in der Sache gar nicht berührt.

Abg. Stadthagen (Zoc.):

Der Grundgedanke der Resolutionen Gröber und Maljan ist wiederholt von uns betont worden. Wir haben beim Bürgerlichen Gesetzbuch hervorgehoben, daß es aus dem ökonomischen Ausgleichungsprinzip heraus unbedingt notwendig ist, daß der Schaden, der in Betrieben der Industrie oder sonst angerichtet wird durch den social Mächtigeren, durch denjenigen, dem ein gewisses ökonomisches oder sonstiges Uebergewicht eingeräumt ist, durch ihn voll ersetzt werden muß. Wäre dieser Antrag beim Bürgerlichen Gesetzbuch angenommen worden, so wäre eine Vorlage, wie sie hier gefordert ist, nicht so dringend, wie sie jetzt ist. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich bedauere lebhaft, daß nicht mit derselben Rücksichtslosigkeit, mit welcher die Automobilbesitzer gegen Leben und Gesundheit ihrer Mitmenschen vorgehen, auch gegen sie seitens der Staatsbehörden vorgegangen wird. Den Grundgedanken der konservativen Interpellation hat Bebel bereits 1871 dargelegt. Ich freue mich, daß die Herren ihn aufgenommen haben. Sie verlangen mit Recht, daß wenn nun einmal die Schadensersatzpflicht besteht, dann auch unter allen Umständen eine kapitalkräftige Organisation vorhanden sein muß, die Garantie dafür leistet, daß der Schaden ersetzt wird. Herr Müller-Meinungen hätte diesen Antrag im Sinne des manchesterlichen Juristentages für eine Angelegenheit erklärt. Es sei eine Affektanzversicherung gegen den Leichtsinn. Dann müßte er die ganze Unfallversicherung ebenfalls für eine Versicherung gegen den Leichtsinn halten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Eine Affektanz gegen den Leichtsinn wäre es nur, wenn die Herren von der konservativen Partei verlangten, daß nicht der volle Schaden ersetzt wird, sondern nur ein Teil, wie es bei der Arbeiter-Unfallversicherung geschieht. Das haben sie verständigerweise nicht getan, und ich gebe daher die Hoffnung nicht auf, daß sie denselben verständigen Gedanken nun auch nachträglich auf die Unfallversicherung übertragen werden. Wir werden also für die Anträge Gröber und Maljan stimmen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (nall.): Der Herr Staatssekretär hat die Detailfrage sehr eingehend behandelt, um die Hauptfrage ist er herumgegangen. (Sehr richtig!) Er hat wiederholt gesagt: „Wenn die preussische Regierung...“ Kann denn der Herr Staatssekretär des Reichsjustizamts nicht aus eigener Initiative vorgehen? Ich wünsche, daß er angesichts der einmütigen Haltung des Reichstages energisch die Initiative auch gegen Preußen ergreift.

Staatssekretär Nieberding: Ich muß entschieden dagegen protestieren, als ob ich um die Sache herumgegangen wäre. Ich konnte mich aber nicht näher auf die Sache einlassen, weil ich seitens der verhandelnden Regierungen nicht legitimiert war, eine sachliche Erklärung von irgend einer Tragweite abzugeben. Im übrigen habe ich mich so wohlwollend wie möglich gehalten. Wenn die Herren verlangen, ich solle aus eigener Initiative vorgehen, so überschätzen Sie doch die Macht meiner Stellung. Ich sehe hier vor Ihnen als Vertreter der verbündeten Regierungen und soweit meine Ansichten von diesen nicht geteilt werden, haben sie keinen Wert für das hohe Haus. Wenn ich die Initiative ergreifen will, so kann ich es daher nur thun im Einverständnis mit der preussischen Regierung. Damit schließt die Diskussion. Alle vorliegenden Resolutionen werden mit großer Mehrheit angenommen. Es folgt die Beratung der Resolution Spahn (C.) und Genossen auf thunlichst baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes mit der Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker.

Auf Vorschlag des Präsidenten Grafen Stolberg wird hiermit die Beratung der folgenden Resolution Dr. Spahn (C.) und Genossen verbunden:

Der Reichskanzler möge durch Vermittelung der Reichs-Justizverwaltung auf einseitige Bestimmungen über die Zuschüsse und Gefängnisarbeit in den Einzelstaaten hinwirken, um die durch diese Arbeit dem Handwerk ersiehende unbillige Konkurrenz zu beseitigen.

Abg. Bursage (C.):

Es ist eine alte Klage der Handwerker, daß sie durch die Konkurrenz der Gefängnisarbeit schwer geschädigt werden. Die Bestimmungen hierüber stammen noch aus ganz unsozialer Zeit. Nun wird es ja allmählich besser. Nach einer Verfügung vom 11. November 1902 sollen die Anstalten bei öffentlichen Bedingungen nicht mitbieten. Aber Unternehmer erhalten den Zuschlag, die nachher in Gefängnissen die Arbeit billig herstellen lassen. Durch den niedrigen Arbeitslohn, 60—80 Pf. pro Tag, durch die Erparung an Miete und Ausgaben für die Socialgesetzgebung erspart ein Unternehmer bei 100 Arbeitern jährlich etwa 30 000 M. (Hört! hört!) Die Arbeiter in den Gefängnissen sollten nur für die betreffende Anstalt, den Staat oder für Kulturarbeiten verwendet werden. (Sehr richtig! beim Centrum.) Für ganz Deutschland muß dafür durch ein einheitliches Reichsgesetz gesorgt werden. Unsere Gefängnisanstalten sollen nicht wie die Warenhäuser des Handwerkes vernichtet werden. — Mit dem Schutz der Bauhandwerker beschäftigen sich seit Jahren Handwerker und Juristenkreise. Schon 1895 hat der Handwerkerverband, daß die Periode der Entwürfen endlich ein Ende nehme. Die Regierung hat ja erklärt, die Sache nicht ruhen lassen zu wollen. Der bekannte Socialpolitiker Jeeffe zählte schon 1894 20 Gesetzentwürfe darüber. 1897 erschien endlich ein Regierungsentwurf und 1902 erfolgte die parlamentarische Zwillinggeburt. Diese Bestimmungen sind von den Handwerkern als gänzlich ungenügend, von den Grundbesitzern als unannehmbar bezeichnet worden. Aber mit Recht hat der B. Juristentag diese Gesetze als geeignete Grundlage für den Bauhandwerkerschutz bezeichnet. Seitdem scheint die Regierung zu schlummern und unsre Resolution will diesen Schlummer fördern. (Sehr gut! im Centrum und bei den Nationalliberalen.)

Die juristische Schwierigkeit liegt darin, daß die geringste Arbeit Bestandteil des Grundstückes wird. Die Arbeit kann aber erst nach der Einfügung bezahlt werden. In der Zwischenzeit verliert der Arbeiter jedes dingliche Recht. Der wunde Punkt liegt nun in der übermäßigen Belastung der Grundstücke mit Hypotheken. Die schlechtesten Hypotheken werden gut, und seit durch die Arbeit der Handwerker, die nachher bei der Versteigerung ausfallen, 1894/95 sind in Schöneberg 75 Proz. der Bauten auf diese schamlos betrügerische Weise errichtet worden. 75 Millionen haben die Handwerker Deutschlands in drei Jahren auf diese Weise verloren! (Hört! hört! im Centrum.) Sind nun die Handwerker etwa leichtsinnig? Keineswegs; sie müssen, um ihren Arbeiterstamm nicht zu entlassen, bei der großen Konkurrenz jede Arbeit annehmen. Haben sie doch sogar eigene Aufwandsbüros errichtet. —

Warum giebt man ihnen also dauernd Steine statt Brot? Man sagt, der öffentliche Glaube des Grundbuches dürfe nicht zerstört werden. Das andre juristische Prinzip vom Bestandteil des Grundstückes dürfe auch nicht angetastet werden. Aber wenn die Principien zu Ungerechtigkeiten führen, muß man sie aufgeben. Wenn die alte Gesetzgebung in diesen Fällen gerechter war, als das neue bürgerliche Recht, so war das alte Recht eben besser. (Sehr richtig! im Centrum.) Redner geht auf das amerikanische Recht über die Forderungen der Bauhandwerker ein. In America bestand in älterer Zeit die Bestimmung: wenn die Handwerker ihr Geld nicht bekommen können, so haben sie das Recht, das Gebäude wieder abzubrechen. (Heiterkeit.) Nun liegen ja auch bei uns schon zwei Gesetzentwürfe vor. Darin ist richtig bestimmt, daß das Gesetz durch Verordnung bezweckweise in Kraft gesetzt werden muß. Für gewisse Bezirke ist es eben ganz unmöglich. Richtig ist auch die Auffassung, daß die Lieferanten ebenso wie die Bauhandwerker berücksichtigt werden müssen. Die einzelnen Forderungen müssen einander gleichberechtigt sein. Und wenn in America eine Sicherung der Forderungen möglich ist, warum soll es nicht bei uns möglich sein? Wir fordern dadurch die solide Bauhätigkeit und treffen die Schuldner, die nichts haben und nur eine Zeitlang Sekt trinken wollen. Heute rechnen die Handwerker schon mit sogenannten „Verlustprämien“, das heißt sie schlagen auf alle Lieferungen und Arbeiten einen bestimmten Prozentsatz auf, weil sie auf einen entsprechenden Verlust gefaßt sind. Vesteitigen wir diese Verluste, so verbilligen wir die Bauhätigkeit. Welche Bestimmungen das vorzulegende Gesetz im einzelnen haben soll, mögen Mägere Leute als ich entscheiden. Ein wenig angillig ist ja die große Zahl der Verbesserungsvorschläge. Viele Kerze sind immer gefährlich. Möge der Staatssekretär als Generalarzt den Handwerkern die ersuchte Heilung bringen! (Beifall im Centrum.)

Es ist ein Amendement Gamp (Rp.) eingegangen, worin die Regierung aufgefordert wird, über die Verhandlungen mit den Einzelstaaten wegen der Zuschussarbeit dem Reichstoge Mitteilung zu machen.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Als in der Mitte des vorigen Jahrzehnts die Frage der Sicherung der Bauhandwerker-Forderungen hier angeregt wurde und ein Centrumsredner die Regierung, wie heute Herr Bursage, aus ihrem Schlummer wecken wollte (Heiterkeit), sah ich dem Hause vor, zur Erledigung dieser Frage eine Kommission einzusetzen, an deren Arbeiten die Regierung gern mitwirken würde. Diesen Vorschlag wies damals der Abg. Dr. Lieber entschieden zurück, vom Standpunkte des Reichstages aus mit Recht, denn sonst würde heute der Reichstag die Hälfte der Vorwürfe darüber, daß noch nichts zu Stande gebracht sei, auf sich nehmen müssen. Wir haben uns nach den damaligen Reichstagsverhandlungen mit der preussischen Regierung in Verbindung gesetzt und es wurde eine Kommission aus den sachverständigen Herren der verschiedenen preussischen und Reichsregierungen gebildet. Diese Herren arbeiteten einen Entwurf aus, der von der öffentlichen Kritik als unbrauchbar bezeichnet wurde. Bei den weiteren Beratungen bildeten sich in der Kommission zwei Richtungen, deren jede für sich einen neuen Entwurf ausarbeitete. Auch diese Entwürfe fanden keine Zustimmung. Man bezeichnete beide als nicht genügend, um die Bauhandwerker zu befriedigen. Da hat sich die Kommission zu einer dritten That aufraffen müssen. Was der Juristentag an Material beigebracht hat und meistens enttäuscht. Die Kommission hat sich schließlich auf einen Entwurf geeinigt. Dieser Entwurf ist jetzt fertiggestellt, er liegt den einzelnen Refforts der preussischen Verwaltung vor und wird nächstens im preussischen Staatsministerium beraten. Dieses wird zu erwägen haben, ob die Bestimmungen des Entwurfs unbedenklich sind und ob die preussische Regierung die Initiative zu einem gesetzgeberischen Vorschlage ergreifen will. Der Entwurf enthält allerdings auch die vom Vorredner vertorfene Differenzklausel. Wollten wir den Einwand des Vorredners beraten, so müßten wir wieder einen neuen Entwurf ausarbeiten. (Heiterkeit.)

Die Regierung ist also nach besten Kräften bemüht gewesen, die Materie zu regeln. Das hohe Haus aber bitte ich, die Vorschläge des Vorredners sorgfältig zu prüfen. Vielleicht finden sich hier und da Bedenken. Es wird vermuthlich in nicht zu langer Zeit zu einer Beschlußfassung der verbündeten Regierungen kommen und dann wird das hohe Haus seinerseits über die Frage zu entscheiden haben. Hoffentlich wird es ihm nicht so schwer, wie der Regierung. (Heiterkeit.)

Was die zweite Resolution anlangt, so ist das Reichs-Justizamt mit der Tendenz derselben durchaus einverstanden. Wir haben uns fortgesetzt bemüht, dieser Tendenz auch praktische Geltung zu verschaffen. Wenn aber in der Resolution empfohlen wird, durch einheitliche Bestimmungen die Zuschüsse- und Gefängnisarbeit zu regeln, so ist das unmöglich. Wir können ja natürlich solche Bestimmungen erlassen, aber sie würden sich in solchen Allgemeinheiten bewegen müssen, daß die einzelnen Anstalten doch thun könnten, was sie wollten. Für große und kleine Anstalten, für Anstalten auf dem Lande und in größeren Städten ist es ganz un-

möglich, einheitliche Vorschriften zu erlassen. Im übrigen kann ich konstatieren, daß die Zahl der in Gefängnissen gewerblich beschäftigten Inassen seit 1899 von 63 auf 87 Proz. zurückgegangen ist. Aber es gibt hier eine gewisse Grenze: Die Leute in den Gefängnissen sollen und müssen beschäftigt werden und womit soll man sie schließlich anders beschäftigen, als mit handwerklichen Arbeiten? Ich bitte Sie also, in dieser Richtung sich auf die fortgesetzten Bemühungen der einzelnen Landesregierungen im Sinne des Antrages zu verlassen.

Abg. Wallbrecht (nat.) polemisiert gegen einzelne Ausführungen des Abg. Burlage, ist aber mit dem Grundgedanken der Anträge einverstanden.

Abg. Camp (Rp.): Das Reichs-Justizamt hat seine Schuldigkeit voll getan. Der Staatssekretär hat die Freundlichkeit gehabt, mir den neuen Entwurf zuzuführen. Ich bin aber auf diesem Gebiete nicht genügend fachverwandt, um da mitarbeiten zu können.

Die zweite Resolution ist vom Staatssekretär mißverstanden worden. Sie will zunächst nur einheitliche Grundzüge für die Beschäftigung von Justizhelfern und anderen Gefangenen aufgestellt wissen. Alle Bedürfnisse des Staates und des Reiches, die sich in Justizhäusern herstellen lassen, sollen unter allen Umständen dort hergestellt werden. Das gilt für viele Arbeiten der Eisenbahn- und Militärverwaltung, für Mitorationen und Kanalarbeiten. Vielleicht wird da die Revision der Strafgesetgebung Wandel schaffen. Gefangene, die ich nur einmal für ländliche Arbeiten kommen ließ, durften nur von 6 bis 6 Uhr arbeiten, während auf dem Lande in Pommern bis 8 Uhr abends gearbeitet wird. Ich müßte dann die Gefangenen wieder entlassen, weil meine übrigen Arbeiter sich darüber beklagten, daß jene vor ihnen bevorzugt würden. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.)

Abg. Pöhl (fr. Vp.): Die Materie der Bauhandwerkerforderungen ist so schwierig, daß man das Borgehen der Regierung nur billigen kann. Ich unterstütze das meiste vom Abgeordneten Wallbrecht Gesagte. Vielleicht könnte man vom jeder allgemeinen Regelung absehen und nur in jedem Einzelfall die Vertrauenswürdigkeit der Bauhandwerker prüfen. Wir müssen hier Schritt für Schritt vorwärts gehen. Von sozialdemokratischer Seite sind ja schon 1897 und 1902 zwei Resolutionen über diesen Gegenstand eingegangen, die nur noch viel weiter gingen als die heutige. Es würde gegen alle Menschlichkeit verstoßen, wenn man den Gefängnisinsassen jede Arbeit überhaupt verbieten wollte. Eine gewisse Konkurrenz für das Handwerk liegt ja darin. Aber man hätte die Wege angeben sollen, wie hier ein Ausweg zu finden ist. Eine einheitliche Regelung, soweit sie überhaupt durchführbar ist, besteht schon. — Die Verordnungen, die bis jetzt erlassen sind, treffen durchaus das Richtige und nehmen auf die Interessen des Mittelstandes die weitestgehende Rücksicht. Eine reichsrechtliche Regelung der ganzen Materie läßt sich nicht durchführen. Wenn die öffentlichen Arbeiten überall den Gefängnis- und Justizhäusern überwiesen würden, so würde dadurch gerade dem Handwerk vielfach ein sehr guter Verdienst entgegen. Solche Dinge müssen in jedem einzelnen Falle besonders geregelt werden. (Bravo! links.)

Abg. Lipinski (Soz.): Die Frage des Schutzes der Bauhandwerker muß im Zusammenhang betrachtet werden mit der allgemeinen Frage der Wertverwertung des Grund und Bodens. Wir haben bereits früher bei dem Bürgerlichen Gesetzbuch unsere Stellung dahin klargelegt, daß wir verlangen, daß derjenige, der von dem Grund und Boden, von dem Bau den Nutzen hat, auch die Arbeiten bezahlt, gleichgültig, mit wem der Bauausführende den Vertrag abgeschlossen hat. Wir haben Anträge gestellt auf Sicherung nicht nur der Forderungen der Bauhandwerker, sondern auch der Beamten, und vor allem auf Sicherung der Löhne der Arbeiter, die eben von der Mehrzahl abgelehnt worden sind. Herr Wallbrecht behauptet, eine gewisse Spekulation müsse vorhanden sein, weil sonst die Wohnungen zu teuer würden. Zum mindesten müßte dann ein Befähigungsnachweis für Spekulanten eingeführt werden, weil sonst keine Grenze für die Spekulation zu finden wäre. (Heiterkeit.) In den großen Städten aber giebt es Stadteile, wo seit Jahren nicht ein Stein geändert ist. Die Mieten sind aber dort genau so gestiegen, also kann die Bauspekulation nicht die alleinige Trägerin der Steigerung der Mieten sein. Jedemfalls muß man, wenn die Frage geregelt wird, alle Beteiligten schützen und nicht bloß eine Gruppe herausnehmen. In Bezug auf die Resolution über Gefängnisarbeit verweise ich Sie auf meine früheren Anträge, die von Ihnen stets abgelehnt worden sind. Wenn das Bedürfnis der Regierung, die Gefängnisarbeit einzuschränken, wirklich so groß wäre, warum schlagen Sie dann Resolutionen ab, wie z. B. unsern Genossen Marxwald in Gommern? (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fröhlich (Antif.): Wir müssen hier etwas schneller, etwas flotter vorgehen. Die Linke sagt natürlich: Immer langsam voran! Aber schon sind Tausende kleiner Handwerker ruiniert. Das sind wüste Bauspekulationen! Herr Wallbrecht sprach auch von „soliden Bauspekulationen“. Damit komme man uns nicht! Wir rufen: Regierung, flotter! In einer sozialdemokratischen Wahlversammlung in Lettow brachte ein kleiner Handwerker seine Klagen vor. Da sagte der sozialdemokratische Vorgesetzte, er könne nicht für die Handwerker eintreten, weil dann eine gewisse Zufriedenheit entstehen könne. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. — Louis Rufe: Namen nennen!) Erfundigen Sie sich doch! (Rufe bei den Sozialdemokraten: Wer war es denn?) Das weiß ich ganz genau! (Abg. Wurm: So nennen Sie doch den Namen!) Das habe ich gar nicht nötig! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie haben also die Unwahrheit gesagt! — Präsident Graf Vallasstrem bittet um Ruhe.) I, mit einem Mal war ich mir all die Namen auswendig lernen! (Lachen bei den Sozialdemokraten. — Rufe: Namen nennen!)

Redner führt weiter lebhaft Beschwerde darüber, daß durch die Gefängnisarbeit große Schichten des Mittelstandes ruiniert werden. In letzter Linie komme diese Gefängnisarbeit den großen jüdischen Warenhändlern zu gute. Jeder Mensch laufe heute zu Vertheim.

Präs. Graf Vallasstrem: Herr Abgeordneter, wir sprechen von Jucht, aber nicht von Warenhändlern. (Große Heiterkeit.)

Abg. Lipinski (Soz.): Herr Fröhlich hat recht frühlich (Heiterkeit) eine Behauptung aufgestellt, für die er nicht den Schimmer eines Beweises erbracht hat. Er verweigert jede Namensnennung. Wir aber verlangen den Beweis für seine Behauptung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Solche Verweigerung des Vorstehenden stände ja in schreiendem Widerspruch zu unserer ganzen bisherigen Tätigkeit. Wir haben wir uns beim Bürgerlichen Gesetzbuch bemüht, die Forderungen der Bauhandwerker und Bauarbeiter zu sichern! In unserer kommunalen Wirksamkeit treten wir auch der Bauspekulation bei jeder Gelegenheit entgegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Beide Resolutionen sowie das Amendement Camp werden einstimmig angenommen.

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung des Justiz-Stats auf Sonnabend 1 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Sechster Verbandstag der Steinseher, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands.

Braunschweig, 24. Februar 1904.

Die Statutenberatung wird fortgesetzt. Beschlossen wird, den Verbandstag alle drei Jahre stattfinden zu lassen. Eine Resolution der Jüliche Hamburg wünscht die Heranziehung der Asphaltierer zum Verbands der Steinseher. Der Verbandsvorsitzende Knoll berichtet, daß schon Verhandlungen zwischen dem Verbandsvorsitzenden und den Vorständen der beiden in Betracht kommenden Lokalorganisationen der Asphaltierer (Berlin und Leipzig) stattgefunden haben. Danach ist bei den Berliner Asphaltierern keine rechte Lust für den Anschluß an den Steinseher-Verband vor-

handen. Diese haben vielmehr die Absicht, eine selbständige Organisation zu gründen. Es müßte auch in Betracht gezogen werden, daß der bestehende Verband ein großer Teil Papptischleder angehört, die für Anschluß an den Steinseher-Verband gar nicht zu haben sind. Eine Zerpfitterung in die Reihen der in Betracht kommenden Arbeiter zu tragen, könne nicht die Absicht des Steinseher-Verbandes sein. Von der Leipziger Asphaltarbeiter-Organisation ist der Genosse John anwesend, der sich für die Verschmelzung der beiden Organisationen ausspricht. Es gelang einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der der Centralvorstand mit der Fortsetzung der Verhandlungen beauftragt wird. Es soll, wenn die Verhandlungen Erfolg haben, dann der Verband seinen Namen umändern in: Verband der in dem Straßenbau beschäftigten Arbeiter Deutschlands.

Weiter berichtet Knoll, daß die internationalen Beziehungen jetzt so weit gediehen seien, daß an den Abschluß eines Kartellvertrages zwischen den deutschen, dänischen, schwedischen und österreichischen Steinseher-Organisationen gedacht werden könne. Ein diesbezüglicher Entwurf findet die Zustimmung des Verbandstages. Als internationaler Sekretär wird einstimmig Knoll-Berlin gewählt. Die Festsitzung der Beamtenegehälter geschieht in folgender Weise: Gehalt des Vorsitzenden 2400 M.; Gehalt des Kassierers 2000 M.; Gehalt des Gauleiters 1800 M.; letzterer erhält 150 M. Wohnungszuschuß, wofür er ein Zimmer für Verbandszwecke zur Verfügung zu stellen hat. Sämtliche Gehälter steigen jährlich um 50 M. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig gewählt Knoll-Berlin, zum Kassierer Scholz-Berlin, als Gaubeamter für Rheinland-Westfalen Wiese-Hamburg.

Der nächste Verbandstag findet in Leipzig statt. Zum Punkt Arbeiterschutz im Straßenbau begründet Knoll-Berlin eine Resolution, die sich auf den beiden Bauarbeiterkongressen aufgestellten Forderungen, betreffend den sanitären Schutz der Straßenbau-Arbeiter und sich für den von der sozialdemokratischen Fraktion eingereichten Initiativ-Antrag zur Regelung des Bauarbeiter-schutzes erklärt.

In der Diskussion weist Dache-Helmstedt auf die besonders mißlichen Verhältnisse im Herzogtum Braunschweig hin. Hier sei zahlreiche Ueberlandarbeit, wo die Arbeiter bei schlechtem Wetter im Chausseegraben und unter Bäumen Schutz suchen müssen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Zu begeisterten Reden nehmen die ausländischen Delegierten Abschied, sodann erfolgt mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung der Schluß des Verbandstages. Die Delegierten sängen stehend den ersten Vers der Marseillaise.

Soziales.

Strafhandwerk.

Es ist eine Erkenntnis der neueren Zeit, daß die Strafjustiz vollständig den Zweck verfehlt, den sie haben soll: Das Verbrechen zu bekämpfen. Von den verschiedensten Ausgangspunkten und gestützt auf zahlreiche exakte Untersuchungen sowohl wie logische Erwägungen bricht sich die Ueberzeugung Bahn, daß der bisherige Weg der Verbrechensbekämpfung nicht zum Ziele führt, daß im Gegenteil die heutige Kriminalpolitik geradezu Verbrecher züchtet, wofür die Untersuchungen über die Rückfälligkeit mannschaftbares Material liefern. Die Strafjustiz ist ein Handwerk; die Paragraphen der Strafgesetze sind ihre Schablonen und der Verbrecher ist das Material; die Frage ist einzig, ob die Mordschablone, die Totschlagschablone, die Raub- oder die Bettelschablone oder sonst eine anzuwenden ist.

Es dürfte nicht viel Remisen mehr geben, die für Betteln und Landstreifen keine andre Erklärung wissen wie Arbeitslos. Trotzdem: wer bettelt, wird nach der Bettelschablone auf so und so viel Tage oder Wochen eingesteckt. Warum jemand gebettelt hat, ob er nach der Entlassung aus dem Gefängnis sofort wieder betteln wird — was kümmert's den Richter. Es ist nicht seines Amtes, die „Bettelsucht“ zu kurieren; sein Amt ist, zu strafen nach Paragraph so und so.

Aber wozu in aller Welt? Welchen Zweck hat das? Ist vielleicht einer unter den deutschen Juristen und Gesetzgebern, der aus innerster Ueberzeugung das Betteln als eine Sünde vor Gott und die Strafe als Sühne dafür ansieht?

Wir sagen nichts Neues mit diesen Betrachtungen, wir werden nur aufs neue dazu angeregt durch ein Urteil eines deutschen Amtsgerichts, dessen Originalausfertigung uns dieser Tage in die Hände kam. Es werden wohl in Deutschland täglich hunderte oder tausende Bettler und Landstreicher verurteilt und im Grunde stehen sich an jedes dieser Urteile dieselben Betrachtungen anknüpfen. Aber nicht jedes wird das Glend der Strafrechtspflege so dürr und nackt erscheinen lassen wie gerade dieses. Es verhängt wegen Bettelns zwei Wochen Haft und wegen wiederholter Vorstrafen Ueberweisung an die Landespolizeibehörde. Nach Darstellung der Bettelei heißt es in den Gründen:

„Der Angeklagte bringt gegen . . . die Anklage vor, er habe um Arbeit angefragt.“

Das läßt sich ihm nicht widerlegen.

Es konnte jedoch ein Zweifel darüber nicht bestehen, daß der Angeklagte angeht seines Alters und seines zerlumpten Aussehens unmöglich erwarten konnte, Arbeit zu finden, daß er sich über diese Unmöglichkeit klar war und wußte, daß auch eine Anfrage um Arbeit abgelehnt und mit der Verabreichung eines Geschenkes beantwortet werden würde.

Die Anfrage um Arbeit bedeutet nichts anderes als eine mittelbare Anfrage um ein Geschenk.“

Folglich schuldig des Bettelns, folglich Strafe.

Weil der Mann so alt und so zerlumpt ist, daß er nach Ansicht des Gerichts nirgends mehr Arbeit findet, weil er arbeitsunfähig ist, weil er nichts anderes mehr thun kann wie betteln — oder vielleicht stehlen — deswegen findet das Gesetz ihn schuldig.

Der Richter ist nicht schuldig; er läßt sein Handwerk nach Uebertreue, getreu den übernommenen Pflichten. Aber eine verdammte Gesellschaftsordnung, unsinnige Gesetze sind schuldig. Dillfos steht die bürgerliche Gesellschaft vor ihrem eignen Produkt. Sie kann den Glenden nicht schämen vor dem Hunger, sie kann ihn nicht verhindern am Bettel und nicht am Diebstahl, oder sie sperrt ihn ein und mißhandelt ihn, wenn er gebettelt oder gestohlen hat, unfähig, Sinn und Zweck mit ihrem Thun zu verbinden.

Und noch ein tragikomisches Nachspiel: Der verurteilte Bettler schickt uns selber dieses Urteil mit einem langen Begleitschreiben. Er klagt über die Gesetzeskenntnis der „Handwerkbuchsen und Wanderer“, hofft, daß wir sie über ihre gesetzlichen Rechte aufklären werden und bittet die „Socialpartei“, für Schaffung eines Gesetzesparagraphen einzutreten, wonach sich die Gerichte nur an erwiesene Thatfachen zu halten haben. Unter Verweisung auf seine Erfahrungen klagt er, daß sich manche Schöffen gar nicht bewußt seien, daß sie zum Schutze des Angeklagten da seien.

Ich schreibe dieses so bestimmt, weil ich dieses selber durchgemacht habe, und sende Ihnen amtliche Dokumente zum Beweise der Wahrheit. Ich mache diese Anstrengungen im Interesse meiner arbeits- und mittellosen Brüder, und hoffe, die Buchhandlung Vorwärts wird mir diese Bitte nicht abschlagen, da auch schon vielfach es mir angelegen sein ließ, den „Arbeiter-Notizkalender“ wie auch die „Freien Stunden“ zu empfehlen. Es läßt sich in dieser Hinsicht durch die Socialpartei vieles ausdrücken, da die Kabulistik gar zu sehr blüht.“

Auch der alte zerlumpte Bettler schwört auf die Paragraphen; er empfindet die Strafe als ein bitteres Unrecht und sagt es mit diesen drastischen Worten — es sei „eine Rechtsmorderei in Flor-

getreten seit Aufhebung der Robelle zum Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich“; er habe die Paragraphen nicht verlegt, nur um Arbeit gefragt.

Die komisch wirkt das bei dem alten Bettler! Und doch denkt er genau so, wie seine Richter, genau so, wie das Gesetz zu denken vorreibt. Der Richter hat recht: Der alte Mann hat ohne Zweifel nur angesprochen in der Hoffnung auf ein Geschenk; er hat sich materiell des Bettelns schuldig gemacht. Aber der Bettler hat auch recht: Er hat die Form gewahrt; „es ist ihm nicht zu widerlegen“, daß er nur um Arbeit gefragt hat.

Richter und Bettler mögen sich darüber auseinandersetzen, ob ein neuer Paragraph nötig ist. . . .

Wir wollen nicht ruhen, bis das ganze Glend des Bettlers ebenso wie das Glend des Juristen beseitigt und das künstliche Paragraphengebäude überflüssig geworden ist.

Mit der freien Arztwahl beschäftigte sich eine Versammlung der Frankfurter Krankenkassen. Nach einem Referat des Vorsitzenden der Orts-Krankenkasse, Graf, und des Herrn Dr. med. Wagner-Danau wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung der Frankfurter Krankenkassenmitglieder erkläre in der freien Arztwahl eine größere Belastung der Krankenkassen. Die freie Arztwahl kann weder durch rigoroses Vorgehen der Ärzte, noch durch Diktatur der Regierung eingeführt werden und ersprießlich wirken. Die Krankenkassen haben neben der ärztlichen Hilfe noch weitere große Aufgaben in Bezug auf Krankenfürsorge und Gesundheitspflege zu erfüllen. Die freie Arztwahl hat für die Ärzte nicht nur materielle, sondern auch moralische Vorteile. Die Versammlung erkennt in den Bestrebungen, die von einzelnen ärztlichen Organisationen gezeigt werden, und in dem Vorgehen, das die ärztlichen Vertreter im Reichstage belibien, nicht nur die Absicht, die Krankenkassen in einer ganz unverantwortlichen Weise zu schädigen, sondern dieselben auch zu beleidigen. Durch derartige Voreilungen ist das Ansehen der Ärzte im allgemeinen empfindlich geschädigt worden, wie auch die Bestrebungen auf Einführung der freien Arztwahl. Die Frankfurter Ärzte sowie auch die Kassenverwaltungen haben es frühzeitig verstanden, den Kassenmitgliedern die freie Arztwahl zu verweigern. Trotzdem kann die heutige Versammlung nicht umhin, auf das Bestimmteste zu erklären: Sollte es sich ergeben, daß bei etwaigen Neuwahlern erhöhte und unerfüllbare Forderungen seitens der Ärzte geltend gemacht werden, so erhalten die Kassenverwaltungen schon heute den Auftrag, diesem energischen Widerstand entgegenzutreten.“

Briefkasten der Redaktion.

H. B., Köpferstraße. Gewünschte Karte (Jardendruck) 2,50 M. auf Leinwand gezogen 3,50 M. — H. B. Rein.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnet: 7 Uhr.

— R. M. 10. Sind Sie beim Abschluß des Vertrages grobjährig gewesen, so sind Sie zur Zahlung verpflichtet. — F. C. 1. Der männliche Deutsche wird mit erreichter Volljährigkeit betragsfähig. 2. Das ist möglich. 3. Das geschieht durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts. Der Beschluß erfolgt, wenn die Volljährigkeitserklärung im Interesse des Mündels liegt, nach Anhörung der Verwandten. — Paul. 1. Als neu aufgenommen. 2. Ja. 3. Falls nicht entgegenstehende Vereinbarungen vorliegen: ja. — G. 68. Gegen den Beschluß war erst eine Beschwerde auszuföhren, weil die Beschwerdefrist abgelaufen ist. — G. Z. 100. Ja. — Wüchsebergertr. Anzeige ist erforderlich. — H. B. 4. Etwa zehn Mark. — G. C. Rein. Sie müssen bei der Gewerbebeurteilung reklamieren. — M. S. 1000. Rein. — G. Z. 83. Dasselbe es sich um die Abrechnung, so können Sie damit machen, was Sie wollen. — G. Z. 42. 1. und 2. Ja. — B. J. 43. 1. Ja. 2. Ja. 3. Ständung kann stattfinden. Eine Interventionsklage hätte aber Aussicht auf Erfolg. 4. Landgericht Berlin II, Kallisches Ufer 29/31. — Schlemmtr. 22. Ihre Klage — anzustellen beim Amtsgericht — hätte Aussicht auf Erfolg. — F. Z. Körperlicher, welche voranschicklich zur Ausmusterung führen werden. — Kesselsdorf. Die Angeklagten sollen einmünden: es liegt eine strafbare Handlung nicht vor, eventuell ist die Strafverfolgung verjährt, es wird Freisprechung und Aufhebung der notwendigen Auslagen auf die Staatskasse beantragt. — R. B. 39. 1. Ja. 2. Nein. — G. Z. 100. Beim eine Verurteilung der Herrschaft vorliegt, so hat sie in vollem Umfange für den Schaden zu halten. — B. B. Rein.

Witterungsübersicht vom 26. Februar 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. F.
Schwimede.	769 D		2 Schner	5		Daparanda	779 CHH			wolkent	-15
Hamburg	768 DND		2 bedekt	-3		Betersburg	778 CHH			wolkent	-17
Berlin	768 ND		3 bedekt	-4		Gort	761 WWS			5 halb dd.	5
Kranf.a.R.	767 N		2 halb dd.	-3		Aberdeen					
München	764 WS		2 bedekt	-7		Paris	766 N			1 bedekt	-8
Wien	765 WS		2 bedekt	-4							

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar 1904. Zeitweilte heiter, nachts etwas strenger, am Tage leichter Frost bei schwachen nordöstlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Partei-Expeditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Mittenwalderstraße 30, v. part. — Dritter Wahlkreis: St. Fris, Brünzstr. 31, Dof recht part. — Vierter Wahlkreis O.: Robert Bengels, Br. Frankfurterstr. 133, Dof part. — SO.: Paul Böhm, Lautherplatz 14/15 (Laden). — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Zehnelderstr. 8, im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Bienenstr. 41/42. — Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz: Hermann Rasche, Hagenstr. 24, vorn part. links. — Schönhauser Vorstadt: Karl Wars, Kastanien-Allee 95/96. — Alt-Gliencke: B. Bries, Rudowstr. 68. — Charlottenburg: Gullas Scharnberg, Seelenbeimerstr. 1, Ede Goebelstraße, vorn I. — Deutsch-Wilmersdorf: S. Ridel, Ullandstr. 108, part. — Friedrichsberg-Friedrichsfelde-Wilhelmsberg-Hohenschönhausen: Otto Seitel, O. 112, Aronprinzenstraße 50, I. — Grünau: E. Pfeil, Königstraße 1. — Rixdorf: R. Heinich, Prinz Danjerstraße 7, im Laden. — Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — Ober-Schöne-weide: Otto Rünzer, Chmstraße 1a, 2 Treppen. — Nieder-Schöne-weide: Bonafantstr. 8, Berlinerstr. 8. — Johannis-thal: Paul Mann, Bismarckstr. 7. — Adlershof: Paul Schmidt, Bismarckstraße 7 II. — Köpenick: Friedrich Bold, Grünstr. 20. — Friedenau-Steglitz: S. Bernice, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: S. Mohr, Duppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a. — Baumchulenweg: Stod. Grünstr. 2 II. — Treptow: R. Baigt, Eisenstr. 37, vorn III. — Neu-Weissensee: S. Rette, König-Charlote 33a, I. — Rummelsburg: Jorgbert, Prinz Albrechtstr. 5a. — Tegel, Borsigwalde, Dalldorf und Waldmannsjust: Paul Kleng, Borsigwalde, Schubertstr. 43. — Pankow: R. Kummert, Horststr. 43. Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wünschenswerten Werte dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Schloss Burg-Geldlotterie

Ziehung schon 9. u. 10. März
6634 Gew. = 200 000 M. bar
Original-Lose a 3 M. (Porto u. Liste 30 Pf. extra).
J. Rosenberg, Kommandantenstrasse 51.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 8353.

Sonntag, 28. Februar, vorm. Punkt 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, großer Saal:

Allgemeine Versammlung

der
Rohrleger u. Helfer Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Bartels.
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! Die neuere Wahl-Kommission erwartet von Euch, daß Ihr stets dem Ruf der Kommission folgen werdet; agitiert für Euren Verband, sowie für guten Besuch der Versammlungen.

Sonntag, 28. Februar, nachm. 4 Uhr, im Saale des Hrn. D. Thiel,
Bergstraße 151-152:

Bezirks-Versammlung

der
Metallarbeiter Nixdorfs.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen E. Bernstein über: „Die Arbeiterbewegung Englands unter besonderer Berücksichtigung der Metallarbeiter-Organisationen Deutschlands.“
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! Die Bezirksleitung erwartet von Euch, daß Ihr stets die Interessen Eures Verbandes wahren werdet, indem Ihr demselben immer neue Mitglieder zuführt, sowie für guten Besuch der Versammlungen agitiert.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Cox.

Zur Beachtung!

Die Geschäftsstelle für Pankow befindet sich jetzt im Lokal von Wunderlich, Wühlentstr. 76.
Für Mariendorf werden in dem Lokal von Reichert, Chaussee-straße 16, Sonnabendabends von 8-10 Uhr Beiträge entgegengenommen und Aufnahmen vollzogen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Mitglieder der Achtung!
Allgem. Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu Berlin.

Morgen Sonntag, den 28. Februar 1904, vormittags 10 Uhr,
Alexandersstr. 27a (Englischer Garten), oberer Saal:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Krankendienst in Leipzig und die Stellung der Kerze den Rassen gegenüber. Referent: Gustav Wolter. 2. Diskussion. 3. Bericht der Dreizehner-Kommission und Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen erlischt
Die Dreizehner-Kommission.
K. U.: Alfred Rosenkranz, Nettelbergstr. bei Berlin, Leisingstr. 28a.

Algemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter
(G. S. 29 Hamburg) Filiale Berlin I.

Sonntagvormittag 10¹⁵ Uhr, in Pabst's Brauerei, Bergmannstr. 5-7:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Generalversammlung. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl. 3. Wahl von vier Beisitzern zum Central-Ausschuss. 4. Verschiedenes.
Zahlreiches Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Heute abend 8¹⁵ Uhr in Weihensee, König-Chaussee 55:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Kofke. 2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten.
Begen der Wichtigkeit erwartet zahlreiches und pünktliches Erscheinen
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 2. März, abends 8 Uhr, Engel-Ufer 15:
Versammlung sämtlicher Vertrauensmänner.

Tages-Ordnung: Der Ausbau unserer Vertrauensmänner-Versammlung. Referent: Kollege Barentzen. 2. Bericht der Kommission über die bestehenden Differenzen. 3. Bericht der Vertrauensmänner.
Jeder Vertrauensmann muß sein Mitgliedsbuch und Karte mitbringen.

Sonabend, den 5. März, in Kellers Festsaal, Köpenickerstraße 29:
Maskenball.

Billets a 50 Pfennig sind an den Zahlstellen-Kassen zu haben.
Zeit-Schluß der Vorstandssitzung vom 24. Februar findet am 17. April
ein ausserordentlicher Delegiertentag

statt. Tages-Ordnung: 1. Wahl 2. Anträge.
Als Chairman des Ausschusses ist Kollege W. Ritsche, Kopenicker-
straße 5, gewählt. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonntag, den 28. Februar, vormittags 10 Uhr, in der „Neuen Welt“,
Fasenscheide 108/114:

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wahl der Delegierten zum Verbandstage. 2. Stellungnahme zum
Verbandstage (Statutenänderungs-Anträge). 3. Verbandsangelegenheiten.
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch. 79/16
Um zahlreiches Erscheinen erlischt Die Ortsverwaltung.

Achtung! Portefeuille. Achtung!

Sonntag, den 28. Februar, vormittags Punkt 10 Uhr,
in Graumanns Festsaal, Narnitzstr. 27:

Wahl der Delegierten zum Verbandstage.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Wir machen die Mitglieder ganz besonders darauf aufmerksam, daß die
Versammlung laut Wahlprotokoll pünktlich eröffnet werden muß. Es
ist daher Pflicht, daß jeder pünktlich erscheint.
109/4

Die Ortsverwaltung.

Hüte in allen Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher,
Dresdenerstr. 100,
an der Prinzenstrasse. 4120L*

Kranz- u. Blumenbinderei
von H. Eckert,
95. Rottbuser Tamm 98.

Baustellen (Land-parzellen) in herrlicher Lage, prachtvolle Landschaft von Hochwald umgeben, vorzüglich. Strassen, Bahnstation bequem gelegen, Vorortverkehr, mit kl. Anz. preiswert zu verk. Solv. Käufern gewährt zwecks Bau auskömm. Hyp. Offerten unter G. N. 311 an Rudolf Mosse, Berlin W., Leipzigerstr. 103. 74/19*

Einsegnungs-Anzüge

ein- oder zweireihige, moderne, chic Form mit schrägen od. geraden Taschen, X hochelegant und tadellos sitzend. X

Beste Verarbeitung, vollständiger Ersatz für Massarbeit.

Die Preise sind je nach Grösse:

Anzüge in Satin-Kammgarn od. Crêpe-Cheviot von 12 M. an.
Anzüge i. Rips-Kammgarn od. Diagonal-Cheviot von 15 M. an.
Anzüge in schmal geripptem Kammgarn oder Kammgarn-Cheviot von 17 M. an.
Anzüge in Rips-Kammgarn, schmal geripptem Kammgarn oder Satin-Kammgarn von 20 M. an.
Anzüge in Coreserow-Kammg. od. Rips-Kammg. von 22 M. an.
Anzüge in sehr gutem Kammgarn-Cheviot od. Rips-Kammgarn von 25 M. an.
Anzüge in feinstem Tuch-Kammgarn od. hoch-elegantem Twill von 30 M. an.

Gesellschafts-Anzüge für Herren.

Rock-Anzüge v. Twill, Cheviot, Rips-Satin od. Tuch-Kammg. 27, 33, 38, 43, 48 u. 53 M.
Gehrock-Anzüge von Tuch-, Rips- oder Satin-Kammgarn 30, 36, 42, 48, 54 u. 60 M.
Smoking-Anzüge von Rips- od. Tuch-Kammg. 33 u. 43 M.
Frack-Anzüge von hochfeinem Tuch- oder Satin-Kammgarn, äusserst sauber mit Seide abgefüttert . . . 54 u. 60 M.

Grosse Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.

Grosses Stofflager

Mass-Anfertigung bis zu den allerfeinsten Qualitäten.

Die Preise sind billig, streng fest und geschieht der Verkauf nur gegen bar.

Carl Stier

fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe
Berlin 50., Oranienstr. 166.
Potsdam, Nauenerstr. 23.



Dieser weiche Herrenhut kostet mit Satinfutter 1,75 Mark. mit Atlasfutter 2,- kleinere Form 1,50



Dieser schwarze steife Hut mit Futter kostet 2 Mark.



Grösste Auswahl in Herren-, Knaben- und Mädchen-Hüten



1348*

Oscar Arnold
Grösstes Special-Geschäft
Engros für Filzhüte, Strohhüte u. Mützen Export
nur **Dresdenerstr. 116** (Köln Laden)
Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen
und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Schmöckwitz, Restaurant Seddin-See.
Telephon Amt Grünau Nr. 54.
Gerichtlich am Wald und Wasser gelegen, 2 große Säle für Vereine und Gesellschaften bestens empfohlen. Stelle die blühlichen Dampfherd.
189/5 Aug. Noack.

Hula des Lette-Hauses

Berlin, Victoria Luise-Platz 6.

Ausstellung von dekorativen Kunststickereien

nach Entwürfen von

Professor Hans Christiansen,
Darmstadt

ausgeführt mit der

Singer Nähmaschine.

Dauer der Ausstellung vom 27. Februar bis 7. März 1904.

Geöffnet Sonntags 12-4 Uhr, Wochentags 10-5 Uhr. 43372*

Gesundheit ist Reichthum!

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Basseinbäder!

Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Gr. Frankfurterstrasse 139.
Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstrasse.

Medizinische Bäder aller Art

in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.

2 Wannen-Bäder mit je 2 Handschubern
0,75 Mk. (40 Minuten Badeseit.) 4126L*



Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knopfnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Hüften umfassen. Die Hose

bei Unterwäsche von 6 Stück 25 Mk. **4 Mk. 50**

Schöne blaue Monteur-Jacke 1 Mk. 90
Schöne blaue Monteur-Hose 1 Mk. 50
Schöne blaue Monteur-Jacke 2 Mk. 50
Schöne blaue Monteur-Hose 2 Mk. 10
Wandleder-Hose 8,75, 5,50, 4,50, 3 Mk. 50
Gefüttert. Wandleder-Jacke 14,50 8,75
Weiße Herren-Jacke 3,50, 2 Mk. 75
Kombi-Jacke, dreifach 4 Mk. 50
Wasser-Rittel 3,-, 2,50, 2 Mk. -
Reinwäcker-Mittel (Braun) 3,-, 2 Mk. 40
Weiße Leder-Jacke, dreifach 7,50, 3 Mk. 75
Weiße Lederhose 4,50, 2 Mk. 90
Reinwäcker, fest u. schön, 3,-, 1 Mk. 75
Die Preise gelten für normale Größen

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chaussee-Str. 23a, 25, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 22. Preisliste 1904 wird kostenfrei und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittweite, bei Jacken und Mänteln die Brustweite anzugeben. 39112*
- Versand von 20 Mk. an franco. -

Nachdruck verboten!

Flechten

ob nasse oder trockene Flechte, Vorkleinflechte, Bartflechte, Hautausschläge und Hautunreinigkeiten bald los sein will, dem ist die neue überlebte

Zinkoxyd-Naphthol-Seife

in Salbenform
Bestehend aus 81,5 Proz. weicher überfetteter Seife, 14 Proz. reinem Zinkoxyd, 1,5 Proz. Beta-Naphthol wärmstens zu empfehlen. Selbst jahrelang Flechten-Leidende, die alles mögliche schon nutzlos versucht, finden auffallend rasch die ersehnte Hilfe. Der Gebrauch ist absolut unschädlich und der Erfolg wird überraschen. Nur echt zu beziehen in Dosen zu Mk. 1,50 und Mk. 3,- gegen Nachnahme von 1348*

Paul Koch, tometisches Laboratorium
in Gelsenkirchen No. 92.
Haupt-Depots: Apotheke zum goldenen Adler, Berlin S., Alexanderstr. 41, und Sonnen-Apotheke, Berlin NO., Große Frankfurterstr. 53.
In Berlin und Vororten zu haben in den Apotheken.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Hiermit spreche ich allen denen meinen herzlichsten Dank aus, die mir brieflich oder telegraphisch ihre Glückwünsche zu meinem Geburtstag übersandten.
A. Bebel.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Franz Hauss

am 24. d. Mts. gestorben ist. Ihre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Februar cr., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Nirchhofes in Nixdorf aus statt. 112/13
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband der Bau-, Erd- und gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl. Bezirk Süd-Ost.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Heinrich Dausel

am 25. d. Mts. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. d. Mts. nachmittags 4¹⁵ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Nirchhofes in Nixdorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
32/18 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mir am 25. Februar, morgens 4¹⁵ Uhr, meine Frau

Marie Fromm,

geb. Hildebrand, verstorben ist.
Der trauernde Gatte Georg Fromm nebst Tochter, Nixdorf.

Am 20. d. Mts. verunglückte tödlich in seinem Beruf unser vielgeliebter Sohn und Bruder

Fritz Lisch

im Alter von 23 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an Die trauernden Hinterbliebenen Wilhelm Lisch nebst Familie.
Beerdigung: Sonntag, den 28. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Alexanderstr. 113, nach dem Elisabeth-Nirchhof, Pankow, Wolanstr. 65. 21235

Socialdemokratischer Wahlverein für Rummelsburg.

Den Genossen zur Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied, der Zimmerer

Hermann Schmidt

im Alter von 52 Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden ist. Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 2 Uhr von der Leichenhalle aus statt.
Ihre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Am 20. Februar verstarb im Alter von 73 Jahren unter aller Parteilosigkeit und guter Frank, der Zeitungspolier

Friedrich Lenk

Lebte 7.
Ihre seinem Andenken!
Fritz Schumann nebst Gästen
Lebte 7.
Die Beerdigung noch unbekannt vom Leichenhause.

Centralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin I.

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser langjähriges und treues Mitglied, der Möbel-
pader 67/3

Richard Reinhardt

am Montag plötzlich und unerwartet am Schlaganfall verstorben ist. Ihre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4¹⁵ Uhr von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes, Marienstr. aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung erlischt
Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden, Bekannten und Verwandten, sowie Kollegen und Kolleginnen der Firma Kay, Rottmannsdenkstr. und den Verbandsmitgliedern der Portefeuille-Arbeiter, Filiale Berlin, meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
21295
Helene Rothe.

Laurahütter Wahlkrawall-Prozess.

Ventzen O.-S., den 25. Februar. Zweiter Verhandlungstag.

Die Zeugenvernehmung wird fortgesetzt. Die Zahl der Zeugen ist infolge der auf Antrag der Verteidigung noch nachträglich geladenen Zeugen auf über sechzig angewachsen. Zeuge Pfarrer Schwieder-Laurahütte giebt zu, daß er die Centrumswähler-Versammlung am Sonntagvormittag von der Kanzel herab verkündete. Ob er die Versammlung aus eigenem Antrieb oder auf Anweisung von anderer Seite einberufen hat, darüber verweigert er die Auskunft. Auch will er nicht wissen, ob er bei seinem Gemeindefriedern beliebt sei. Auf die Frage des Verteidigers v. Diembowski, ob er nicht durch seine Thätigkeit für die Centrumspartei Unzufriedenheit in Laurahütte erzeugte, verweigert der Pfarrer die Antwort, doch erklärt er, auf der Kanzel nie für das Centrum Stimmung gemacht zu haben. Die Frage der Verteidigung, warum er dem erschossenen Trafalczki das kirchliche Begräbnis verweigerte, läßt das Gericht nicht zu.

Der von der Verteidigung geladene Zeuge Lehrer Mische giebt dem angeklagten Schulknaben Gudel das Zeugnis, daß er ein guter Schüler war, auch seine stiltliche Aufführung war tadellos. Der Pädagoge folgert weiter, daß Gudel die Erkenntnis von der Strafbarkeit seiner Handlung haben mußte, denn er wußte doch, daß man auf Beamte nicht mit Steinen werfen darf.

Feuerwehrmann Kratoch hat auf Anordnung des Brandmeisters Drobig in der Versammlung einen Stuhl besetzt und mit dem Signalhorn Feueralarm geblasen — jedenfalls eine eigenartige Methode, beruhigend auf eine furchtbar erregte Versammlung zu wirken. Warum dieser Befehl zum Alarmieren im Versammlungssaale gegeben wurde, weiß der Zeuge nicht, er glaubte, es geschehe, weil die Polizei sich in Not befinde.

Zeuge Wicil, ehemaliger Redakteur des „Gornoslaz“, der wegen seiner Beteiligung am Krawall zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, die er gegenwärtig verbüßt, behauptet, daß der junge Korfanty, der sich in seiner Gesellschaft befand, an dem Krawall in keiner Weise teilgenommen habe. Der Zeuge wird nicht bereidigt.

Der 15-jährige Zeuge Wodnica, der wegen seiner Beteiligung am Krawall mit neun Monaten Gefängnis bestraft wurde, die er jetzt abtut, hatte seiner Zeit bei seiner polizeilichen und richterlichen Vernehmung behauptet, gehört zu haben, daß der alte Korfanty in die Menge hineintrief: „Jungens, laßt Euch nicht!“ Später widerrief er diese Aussage und behauptete, Polizeirat Mädlar habe ihn bei der Vernehmung bedroht, er werde ihn einberufen lassen, wenn er nicht sage, er habe gehört, daß der alte Korfanty diesen Ruf ausstieß. Aus Furcht vor dem Eingesperrtwerden habe er deshalb sowohl dem Herrn Mädlar, wie auch vor dem Untersuchungsrichter jene falsche Aussage gemacht. Auch bei der jetzigen Vernehmung bleibt er dabei, daß er damals aus Furcht die Unwahrheit sagte, jetzt aber, da er doch eingesperrt sei, die Wahrheit sage.

Polizeirat Mädlar bestreitet, daß er den Jungen bei der Vernehmung bedroht habe. Derselbe habe sogar freiwillig seine Aussage gemacht, ohne daß er Mädlar den Namen Korfanty nannte.

Der inzwischen verstorbene Gen darm Scholz hat nach seiner protokollierten Aussage, die verlesen wird, erklärt, er habe nicht verstanden, was zwischen Mädlar und dem Knaben verhandelt wurde, da er nicht polnisch verstand. Die Eltern des Wodnica behaupteten beide auf das Bestimmteste gehört zu haben, daß der Polizeirat Mädlar ihren Sohn bei der Vernehmung, die in ihrer Wohnung stattfand, in der That mit Einberufen bedroht habe, wenn er nicht sagen werde, daß der alte Korfanty den oben erwähnten aufrührerischen Ausruf wirklich gemacht habe. Entgegen dem lebhaften Widerspruch der Verteidigung beschließt das Gericht, diese beiden Zeugen nicht zu bereidigen.

Hotelbesitzer Molla bekundet eidlich, daß der alte Korfanty unmittelbar nach dem Krawall abends zu ihm geflohen habe, es sei doch gar zuviel Lärm gemacht worden und die Sache könne für die Leute noch schlimmer ausgehen. Auch einige andre Zeugen bekunden eidlich, daß Korfanty sich in ihrer Gesellschaft befand, ohne an dem Tumult teilzunehmen.

Die weiteren Beweisurteile werden abgelehnt, insbesondere der, Dr. Stadlitz in Laurahütte über das politische Treiben des Pfarrers Schwieder zu vernehmen. Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Die Plaidoyers sollen morgen gehalten werden. Vor Vertagung der Sitzung nimmt noch der Staatsanwalt das Wort, um wörtlich zu erklären: Der im Zuschauerraum anwesende Abg. Korfanty habe die Gnade, im Sitzungssaale anwesend sein zu dürfen, dazu mißbraucht, im Saale Zeugen für die Angeklagten zu werden. Er beantrage, ihn dafür aus dem Saale zu entfernen. Korfanty beruft sich auf das Zeugnis der anwesenden Vertreter der Presse dafür, daß die Beschuldigung des Staatsanwalts unwahr sei. Der Zeuge Wodnica habe bei der Vernehmung des Polizeirats Mädlar im Zuschauerraum in erregter Weise sich an einige Richtertrichter gewendet mit der Erklärung, die Aussage des Herrn Mädlar sei unrichtig. Von einem Vertreter der Presse sei Wodnica dann an ihn, Korfanty, gewiesen worden, worauf er dem Verteidiger seines Vaters eine kurze Mitteilung zugehen ließ, die zur Vernehmung Wodnicas führte. Das Gericht lehnte nach kurzer Beratung den Antrag des Staatsanwalts auf Entfernung Korfantys aus dem Zuschauerraum ab mit der Motivierung, daß, wenn auch die Behauptung des Staatsanwalts richtig wäre, doch in Betracht gezogen werden mußte, daß Korfanty sich lediglich um die Verteidigung seines angeklagten Vaters bemühte und für dessen Freiheit eintrat.

Das Urteil.

(Privatdepeche des „Vorwärts“.)

Im Laurahütter Prozeß wurden sämtliche Angeklagte wieder zu den schon früher erkannten Strafen verurteilt. Nur Schulknabe Gudel erhielt statt zwei jetzt nur einen Monat. Solik und den beiden Korfanty wurden vier Monate der Untersuchungshaft angerechnet.

Achte General-Versammlung des Verbandes der Hafenarbeiter etc. Deutschlands in Hamburg.

Hamburg, 25. Februar 1904.

Donnerstagvormittags-Sitzung.

Nach kurzer Diskussion resümiert der Vorsitzende, daß die Debatte lediglich seine Ausführungen ergänzt und bestätigt hat und nichts dagegen vorgebracht wurde. Wir dürfen uns nicht auf den Druck des Unternehmertums allein als treibende Kraft zur Agitation verlassen, sondern müssen trachten, den Dingen zuzuwirkeln. Nach Verlesung und Erläuterung einzelner örtlicher Forderungen ohne öffentliches Interesse wird der gestern eingebrachte und seinem Inhalte nach mitgeteilte Antrag des Vorstandes betreffs Ausarbeitung eines Agitations-Regulativs einstimmig angenommen. Ferner wurde bezüglich der Abgrenzung des Wirkungsbereiches der Agitationskommissionen der Beschluß gefaßt, Wiemar zu Schleswig-Holstein und Rostock zu Pommern zu schlagen.

Punkt 7 der Tagesordnung: Beratung der vorliegenden Anträge, wie in der Weise behandelt, daß vor allen andern zunächst jene von Lübeck und Bremen I verhandelt werden, die eine Anbahnung der Verschmelzung des Hafenarbeiter-Verbandes mit dem Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Verbande bezwecken. Von den Befürwortern der Fusion wird auf die gemein-

samen Interessen und das vielfach gemeinsame Arbeitsgebiet der beiden Verbände verwiesen und speziell Schumann-Berlin, Mitglied des Centralvorstandes der Transportarbeiter, weist eingehend auf die schon jetzt vorhandene Notwendigkeit der Fusion hin, wobei er die Vorurteile bei der Bremerhavener Ausperrung der Hafenarbeiter als Schulbeispiel vorführt, desgleichen andre aus Stettin, Berlin, Hamburg usw. Zusammen haben beide Verbände gegenwärtig etwa 50 000 Mitglieder, welche Riffer durch Vereinfachung und Verbilligung der Agitation bei Fusion sich leichter als ohne dieselbe verdoppeln könne. Von den beiderseits im letzten Jahre ausgegebenen 48 000 Mark für Agitationen hätte bei einer Fusion die Hälfte gespart werden können und die Erfolge wären trotzdem größere. Diese Vergeudung von Kräften und Geldern kann vermieden werden. Zudem werden auch die Statistiken viel fruchtbringender und durchgreifender, während sich die Kosten sehr verringern. Auch Himpel-Hamburg als Vertreter deselben Verbandes spricht eingehend für den Zusammenschluß. Aus den Reihen der Delegierten wird principiell gegen eine Verschmelzung beider Organisationen nicht vorgebracht, jedoch ist man keineswegs einstimmig der Ansicht, daß diese Fusion gegenwärtig bereits spruchreif sei. Nach gründlicher Aussprache wird bei Schluß der Vormittags-Sitzung der Antrag angenommen, wonach der Vorstand des Hafenarbeiter-Verbandes beauftragt wird, mit jenem des Transportarbeiter-Verbandes in Verbindung zu treten, um die notwendigen Schritte zur Information der Mitglieder und Prüfung der Verhältnisse zwecks eventueller Entscheidung über die Fusion auf der nächsten Generalversammlung des Hafenarbeiter-Verbandes einzuleiten.

Nachmittags-Sitzung.

Es kommen eine Reihe von Anträgen zur Verhandlung, welche sich auf die Einrichtung einer Kranken-Zusuchklasse innerhalb des Verbandes beziehen. Die Einführung einer Krankenzusuchklasse wurde mit 27 gegen 13 Stimmen angenommen. Bei 10 Pf. Wochenbeitrag soll nach halbjähriger Beitragszahlung ein Krankengeld von 3 M. wöchentlich gewährt werden, das sich nach einem Jahre auf 4 M., mit 2 Jahren auf 5 M. und nach 3 Jahren auf 6 M. erhöht. Die Zahlung des Zuschusses erfolgt nach der ersten Krankenvoche und dauert ein Vierteljahr.

Partei-Nachrichten.

Internationaler Sozialistkongress.

Wie das Internationale Bureau in Brüssel mitteilt, wird der Kongress in Amsterdam vom 14.—20. August d. J. stattfinden. Die Vertagung in den September, die von mehreren Seiten gewünscht wurde, läßt sich nicht ermöglichen, da das Kongresslokal dann nicht zur Verfügung stehen kann.

Zur Kandidatur Göhre stellt die bürgerliche Presse aus Anlaß von Protesterklärungen, die in den säkularen Parteiblättern veröffentlicht werden, allerlei tiefsinnige Betrachtungen an. Wir können demgegenüber nur wiederholen, daß die Angelegenheit in den nächsten Tagen in einer alle Teile befriedigenden Weise erledigt werden wird.

Die Sozialdemokratie in der Gemeinde. In Offenburg (Baden) wurde am Donnerstag unser Parteigenosse Adolf Ged mit 60 Stimmen zum Obmann-Stellvertreter des Stadtverordneten-Vorstandes gewählt. Der Kandidat der Centrumspartei erhielt drei Stimmen.

Die Nachricht von der Wahl der Parteigenossen in das Stadtverordneten-Kollegium in Kassel bestätigt sich nicht. Unser Kandidat sind nur in Stichwahl gekommen. Es scheiterte bei der ersten Auszählung, deren Resultat der Wahlprüfer verkündete, starke Kritiker vorgekommen zu sein. Zwischen dieser und der amtlichen Auszählung ergaben sich Differenzen bis zu 500 Stimmen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das öffentliche Ankleben von Plakaten zu Wahlzwecken fällt nach mehrfachen Entscheidungen des Kammergerichts nicht unter § 43 Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung, wonach Druckschriften und Stimmzettel zu Wahlzwecken ohne polizeiliche Erlaubnis öffentlich verteilt werden dürfen, nachdem der Wahltermin amtlich publiziert worden ist. Das Kammergericht verwarf die Revision eines Genossen aus Vottrop, der auf Grund der §§ 10 und 41 des preussischen Pressegesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt worden war, weil er ohne polizeiliche Erlaubnis an öffentlichen Orten (straßenwärts gelegene Häuserseiten) Plakate, die der Wahl dienen sollten, angeklebt hatte. Es handelte sich um die Zeit vor der Reichstagswahl, wo der Wahltermin bereits amtlich bekannt gegeben war.

Gewerkchaftliches.

Die Grimmitzshauer Justiz nach dem Kampfe.

§ 158.

Wegen Vergehen gegen den § 158 der Gewerbe-Ordnung wurde am 25. Februar vom Schöffengericht in Grimmitzshau verurteilt: Genosse Beckraß zu 3 Tagen Gefängnis, Genosse Seidel zu 2 Tagen Gefängnis, Alfred Voigt zu 5 und Bernhard Menzel zu 1 Tag Gefängnis. Genosse Stöbel erhielt 20 M. Geldstrafe, Genosse Meißel wegen Verleumdung der Fabrikanten durch Verbreitung eines Flugblattes 75 M. Geldstrafe.

Ein Sänder, der Genosse Gleitmann, mußte freigesprochen werden. Er war angeklagt wegen Verleumdung des Brigadiers Salvo, weil er 40 Schritte vor dem Brigadier gelaßt hatte! — Er hatte während der Ausperrung gelaßt! Und, wie der Brigadier befandete, höhöhisch gelaßt! Und trotzdem mußte er freigesprochen werden.

Verleumdungen und Mißhandlungen Streikender.

Das Verfahren gegen den Fabrikanten Kehllich wurde eingestellt. Kehllich hatte gedroht: „Der Hecht und der Schiller mit seinem Gewerkschaftsartikel, das sind auch solche vorübergehenden Säuen.“ — Hecht und Schiller hatten anlässlich eines Prozesses, welchen die Fabrikanten gegen die beiden angestrengt hatten, Widerlage erhoben. Kehllich wurde damals zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Bei Gelegenheit dieses Prozesses gelangte die obige Äußerung zur Kenntnis der Verleumdigen.

Auch eine Anzahl „Arbeitswilliger“ hatten sich wegen einer recht saftigen „Belästigung“ eines Ausgesperrten zu verantworten. Sie hatten mehr Glück als in ungelehrten Fällen die Ausgesperrten. Angeklagt waren die Arbeitswilligen Hillmann, Gernann und Albert Schön und Stuhlmeister Reumertel. Sie hatten den ausgesperrten Arbeiter Kreischmar fürchterlich geschlagen, da dafür glücklich neben ihnen auf der Anklagebank Platz nehmen mußte. Die Arbeitswilligen behaupten nämlich, von ihm angegriffen zu sein. Vermeintlicher Richter befandet als Zeuge: Die Arbeitswilligen hatten sich im Weichhans Restaurant zum Freizeiter eingekunden, wo auch ich zugegen war. Wir haben uns von 8 bis 12 Uhr in diesem Restaurant aufgehalten. Ich ging um 12 Uhr nach Hause. Kurz hinter mir hörte ich lautes Schreien und als ich mich umwandte, sah ich einige am Boden liegen. Daß geschlagen wurde, habe ich nicht gesehen. Ganz anders lautete dagegen die Aussage des in der Nähe des Thotortes wohnenden Zeugen Böttger. Er giebt an, er habe in der Nacht lautes Schreien gehört und doch öfters gesagt wurde: „Schlagt den Hund tot! Schafft ihn hinaus! Hat niemand ein Messer bei sich?“ Als ich das Fenster öffnete, sah ich, daß circa zwanzig Mann auf der Straße standen, wovon sechs Mann auf eine am Boden liegende Person einschlugen. Ich sah auch, wie ein Mann mit heller Hose und Ueberzieher die am Boden liegende Person am Kopfhaare festhielt, und wenn dieser in die Höhe

wollte, wieder niederfiel. Es wurde festgestellt, daß dieser Mann der Stuhlmeister Reumertel war, welcher nichts gesehen und auch nicht geschlagen haben wollte. Der Gerichtshof sprach sämtliche Angeklagte frei; die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. Der Gerichtshof sah nicht als erwiesen an, daß die Angeklagten sich der Körperverletzung schuldig gemacht. Geschlagen worden sei allerdings, es sei aber nicht erwiesen, daß die Angeklagten es gewesen seien.

Ein Grimmitzshauer Arbeitswilliger hat einmal lange, lange vor diesem Urteil gesagt: „Wir Arbeitswilligen können einen toislaglen!“

Berlin und Umgegend.

Der Zweigverein Berlin des Maurerverbandes hat kürzlich seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1903 herausgegeben. Wir entnehmen demselben folgendes: Durch die Verhandlungen mit der Richter-Kommission des Baugewerbes war die Verlängerung des Tarifvertrages perfekt geworden, laut dessen der Stundenlohn vom 1. April 1903 ab auf 67½ Pf. und vom 1. April 1904 bis 31. März 1905 auf 70 Pf. festgesetzt wurde. Gleich nach Abschluß des Vertrages wurde der für die Provinz Brandenburg bestehende Ring der Ziegeleibesitzer gesprengt und damit dessen Ziel, den Preis der Maurerlöhne unverhältnismäßig in die Höhe zu treiben, vereitelt. Sowohl dieser Umstand, als auch der günstige Stand des Geldmarktes sowie der stetig wachsende Bedarf an kleinen Wohnungen steigerten die Baulonjunktur ganz erheblich. Noch nie haben in Berlin so viel Maurer gearbeitet wie im vergangenen Jahre; es waren im Durchschnitt ca. 3000 Maurer mehr beschäftigt als in früheren Jahren. Meistens kamen die zugewandten Maurer aus Orten, wo Differenzen mit den Unternehmern bestanden resp. wo gestreikt wurde. Der vermehrte Bedarf an Arbeitskräften hatte nun allerdings für die Scharfmacher a la Pöschel eine recht unliebbare Folge; es war dadurch nämlich der Unternehmerbeschlusse, aus Streikorten keine Gesellen zu beschäftigen, völlig illusorisch geworden. Ebenso wirkungslos war der Beschluß des Verbandes der Baugeschäfte, die Paaisierern auszusperren. Insgesamt wurden ausgeperrt 2950 Personen, davon 2352 nur einen Tag. — Der innere Ausbau der Organisation hat gute Fortschritte gemacht, besonders durch Ausgestaltung des Baudeputierten-Systems. Welche enorme Agitationsarbeit geleistet wurde, geht daraus hervor, daß im Zweigvereins-Gebiete 448 Versammlungen und 848 Sitzungen der Vorstände, Obleute usw. abgehalten wurden. Die Wahlen zum Junungs-Schiedsgericht und des Gesellen-ausschusses endeten mit dem fast einstimmigen Durchgehen der Kandidatenliste der Organisation. — Mit dem „Wund der Maurerpoliere“ ist es mehrfach zu unliebsamen Zwischenfällen gekommen, weil die Poliere als Bevollmächtigte der Unternehmer die Agitation während der Arbeitspausen zu unterbrechen suchten und aus diesen Anlässen häufig die Baudeputierten oder andre „mischelige“ Maurer entlassen. Diesen fortwährenden Schandregieren der thätigen Verbandssoldaten durch die Poliere gedenkt die Organisation nunmehr energisch entgegenzutreten. Sollten sich die Zustände in dieser Beziehung nicht ändern, so dürfte es im Jahre 1906 wohl schwerlich zu einem neuen Vertrage kommen. — Auch im vergangenen Jahre war die Thätigkeit der Verbandsführung auf den Bauten recht umfangreich; sie mußte 552 mal intervenierend eingreifen, außerdem machten die Baulonjournale im Frühjahr und Herbst noch eine Anzahl Nachkontrollen notwendig. Bei dem Einschreiten der Verbandsführung handelte es sich in 134 Fällen um Mahregelungen, in 90 Fällen um Nichtmehaltung der Arbeitszeit respektive Ueberstunden, in 28 Fällen um Lohnforderungen und Lohnfreiheiten, in 78 Fällen um Organisations-Streitigkeiten, in 74 Fällen um Mißstände auf Bauten (schlechte Baubuden und Aborte sowie ungenügende Abdeckungen). Ingesamt sind 104 der vorgenannten Differenzen durch Unterhandlungen mit dem Unternehmer resp. Polier geregelt worden, 18 Fälle hat die Schlichtungskommission und 23 Fälle der Verband der Baugeschäfte erledigt. Auf 86 Bauten wurden die Verbandsmaurer durch Accordmaurer verdrängt. — Die Mitgliederzahl des Zweigvereins betrug am Jahreschluß 10214 gegen 8905 im Jahre 1902, es ist also eine Zunahme von 1309 Mitgliedern zu verzeichnen. In Lohnbewegungen wurden die Sektionen der Puffer sowie der Gips- und Cementarbeiter und die dem Verbands angehörigen Ziegeleier verwickelt; die Lohnbewegungen konnten für die Beteiligten zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden. — Die Jahresbilanz des Zweigvereins gestaltet sich folgendermaßen: Einnahme 429 744,23 M., Ausgabe 281 869,58 M., verbleibt somit ein Kassenbestand von 147 874,65 M.

Die Tarifbewegung der Steinhauer. In einer Mitgliederversammlung der Steinhauer, die am Donnerstag im Gewerkschaftshause stattfand und zahlreich besucht war, berichteten die Mitglieder der Lohnkommission über die Verhandlungen mit der Junung. Bekanntlich hatten die Steinhauer in ihrer vorigen Versammlung die Forderung gestellt, daß ihr alter Tarif von 1900 mit der Abänderung wieder eingeführt werde, daß der Stundenlohn von 70 auf 75 Pf. erhöht und außerdem den Accordarbeitern ein Wochenlohn von mindestens 30 M. garantiert werden sollte. Die Junung ist nun bereit, auf die Erhöhung des Stundenlohns einzugehen, verlangt jedoch dagegen, daß ihr im vorigen Jahre von den Arbeitern abgelehnter Accordtarif eingeführt werde. Im übrigen wollten sich die Vertreter der Meister auf keinerlei Verbesserungen der Arbeitsbedingungen einlassen und lehnten anfänglich auch die Garantierung irgend eines Minimallohnes für Accordarbeiter ab. In diesem Punkt gaben sie jedoch nach längerer Aussprache zu, daß den Accordarbeitern doch wohl ein gewisser Lohn garantiert werden müßte; sie wollten jedoch hierüber erst mit der Meisterchaft beraten.

In der Diskussion, die dem Bericht der Lohnkommission folgte, kam die Unzufriedenheit über die Forderung der Meister auf Einführung ihres Preisrabattregelungen von 10 bis 20 Proz. enthaltenden Accordtarifs lebhaft zum Ausdruck. Die Versammlung beauftragte die Lohnkommission, auf Grundlage der von den Arbeitern aufgestellten Forderungen mit den Vertretern der Meister weiter zu verhandeln.

Deutsches Reich.

Schneiderbewegung. Die Schneider in Halle haben dem Arbeitgeber-Verband Forderungen eingereicht. Sie haben die Antwort erhalten, daß die Unternehmer zu Verhandlungen bereit sind. Die Filiale des Schneiderverbandes zu Halle hat erfreuliche Fortschritte gemacht. Ende 1902 zählte dieselbe wenig über 100 Mitglieder, im Laufe des vergangenen Jahres erreichte dieselbe ca. 260 und dürfte jetzt 300 bald überschritten haben. — Vor Zuzug von Schneidern nach Bremerhaven wird gewarnt. Eine dortige Firma hat in sehr durchsichtiger Weise in Dresden Nachschneider gesucht. Da die Dresdener Schneider dem Verlus entgegenzutraten, dürfte derselbe demnach in Berlin fortgesetzt werden. — Der Kampf im Mannheimer Schneidergewerbe dauert immer noch fort. In geradezu selbstmörderischer Halsstarrigkeit erweisen sich die sehr tarifbrüchigen, dem Allg. Arbeitgeber-Verbande angehörenden Firmen jeglicher für die Gefährdung der Beschäftigten durch billigen Vergleich aus der Welt zu schaffen, sind bis jetzt an dem scharfmacherischen Widerstand der Arbeitgeber-Vereinigung gescheitert. Dagegen verhalten die Herren allerorts, Arbeitswillige für Mannheim anzuwerben, wie sie selbst kein Mittel scheuen, um die Streikenden zum Verrat an ihrer gerechten Sache zu bewegen. Wir ersuchen deshalb wiederholt um strengste Fernhaltung jeglichen Zugangs von Schneidern nach Mannheim.

Die Käufer in Dortmund fordern von ihren Meistern eine zehnprozentige Aufseherung der Accordlöhne. Der Lohn betrug bisher 4 M. bis 4,40 M. pro Tag; die meisten Käufer, welche in Accord

arbeiten, verdient jedoch nicht mehr als 4 M. ...

Die Fischer in Bremen haben ihren Arbeitgebern Forderungen unterbreitet. Es wird gebeten, den Lutz von Bremen fernzuhalten.

Ausland.

Die Aussperrung in der Diamantindustrie.

Vorgestern hat eine neue Versammlung des Niederländischen Diamantarbeiterverbandes stattgefunden, an der nur stimmungsberechtigter Mitglieder teilnahmen.

Von den 60 Mitgliedern der Diamantarbeiter-Abteilung der religiösen Arbeiterorganisation „Patrimonium“ in Amsterdam sind 42 ausgesperrt.

Lohnbewegung schwedischer Steinhauer. Ungefähr 800 organisierte Pfistersteinhauer in Bohuslän und den umliegenden Orten verlangen eine Revision des bestehenden Tarifvertrages.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Mühlenbeck (Bezirk Pankow). Sonntagnachmittag 2 1/2 Uhr: Vereinsversammlung im Gasthof zur Sonne.

Französisch-Buchholz. Am Sonntagnachmittag 3 Uhr findet im Lamsbeck'schen Lokale eine öffentliche Wählerversammlung statt.

Zehlendorf. Zu den bevorstehenden Gemeindevertreter-Wahlen findet am Sonntag, den 28. Februar, früh 7 Uhr, eine Flugblatt-Verbreitung statt.

Weißensee. Die Parteigenossen werden gebeten, recht zahlreich an dem Sammeln der Abonnementskarten für den „Vorwärts“ teilzunehmen.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält heute abend 8 1/2 Uhr im Französischen Lokale seine ordnungsmäßige Vereinsversammlung ab.

Lokales.

Unsinniges Gerücht über den Tod eines Genossen Rosenow verbreitet der „Lokal-Anzeiger“. Es sollen Gerüchte im Umlauf sein, monach Rosenow nicht eines natürlichen Todes gestorben sei.

Die Gemeinheit der Sensationsnachricht des „Lokal-Anzeigers“ ist für jeden, der die Verhältnisse kennt, offenbar. Es liegt lediglich die Tatsache vor, daß in Frau Rosenow selbst der Verdacht aufliegt, daß die Krankheit, die zum Tode ihres Mannes führte, irrig diagnostiziert worden sei.

Wir müßten, so sehr es uns widerspricht, von dieser Angelegenheit Mitteilung machen, da der „Lokal-Anzeiger“ sich nicht scheut hat, häßliche Verdächtigungen gegen die bedauernde Witwe unseres Genossen zu verbreiten.

Aus einer Darstellung derselben Angelegenheit, die sich im heutigen Abendblatt der „Berliner Zeitung“ findet, könnte herausgesehen werden, als ob Frau Rosenow sich in materieller Notlage befinde und weder Unterstützung, noch Rat erhalte.

Im Staatsauswahls wurde gestern über die Schul-Etats verhandelt. Die Frage der Reinigung der Schulen und die hierfür den Schuldienern gewährte Entschädigung führte zu längeren Erörterungen.

der unteren Klassen hingewiesen. Eine ganze Anzahl festester Klassen überschreite die Maximalzahl 60 ganz erheblich; die Vermehrung der Klassenzahl sei nur den oberen Klassen zu gute gekommen.

Eine von unsren Genossen gestellte Resolution, einen Betrag für die künstlerische Bandausschmückung einzulegen, wurde abgelehnt.

Die Petition der Lehrer um Erhöhung des Grundgebhalts und der Verdienstschildigung wurde in Rücksicht darauf, daß erst vor wenigen Jahren eine diesbezügliche Erhöhung stattgefunden habe, durch Ueberlegung zur Tagesordnung erledigt.

Die Position „Vertretungslosten“ führt zu einer Anfrage, in welcher Weise die Vertretungen und Urlaubsgewährungen gehandhabt würden, wenn Leute, die sich durch ihr Können und ihre Fähigkeiten zu politischen Agitatoren berufen fühlen, längere Zeit abwesend sind.

Offenlich gewährt der Magistrat auch den städtischen Arbeitern die gleiche Freiheit in der Ausübung ihrer politischen Leberzeugung wie Herrn Kopisch, auch wenn die politische Anschauung eine andere als die des Herrn Kopisch ist.

Abgelehnt wurde unser wiederholt gestellter Antrag auf Gewährung unentgeltlicher Lehrmittel; das gleiche Schicksal erlitt eine Resolution, die Schulerbibliotheken reichlicher zu bedenken.

Die Große gegen die Schülerkarten. Die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft hat sich noch nie ihren Abonementen besonders grün gezeigt und daher ist es nicht weiter zu verwundern, daß sie jetzt zu einer neuen Attade auslöst.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Anzeigen über gerabegut betrügerische Benutzung der Schülerkarten eingehen. Nicht nur, daß Schüler betroffen werden, welche die Karte in der schulfreien Zeit auf Linien, die mit der Wohnung und Schule keinen Zusammenhang fanden, zu Spazierfahrten benutzten.

Was jedoch die angeblich mißbräuchliche Benutzung der Schülerfahrkarten durch Lehrlinge betrifft, so ist in den Fällen, wo solche trotz aller Vorkehrungsmaßnahmen der Direktion vorgekommen sein sollte, schon heute Abhilfe möglich.

Die Freundschaft zwischen Polizeipräsidentium und Straßenbahndirektion übertrifft ja gewiß alles bisher Dagewesene und die Direktion mag glauben, daß sie sich daraufhin schon am Ende etwas leisten kann.

Der Magistrat hat beschlossen, der Eingemeindung von Plohnsee in vergrößertem Umfang nach Norden (zusammen 277 Hektar statt ursprünglich 177 Hektar) zuzustimmen und zwar, um größere Banquartiere zu erhalten.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk bringt die illustrierte Wochenchrift „In freien Stunden“, von der Heft 9 heute ausgegeben wird.

Unterhaltungen von etwa 5000 Mark hat der 35 Jahre alte Gashausbesitzer der dritten Revier-Inspektion Hugo Stepa begangen, der Alexanderstr. 88 Dienst hat und Stralauerplatz 3 wohnte.

Ein verwegener Diebstahl wurde Freitag früh gegen 9 Uhr auf offener Straße vor der Andreas-Markthalle, Grüner Weg, verübt.

Dort hielt der mit Wurst- und Fleischwaren im Werte von 400 M. beladene Wagen des Schlächtermeisters Habel aus der Lindenstraße 46. Während nun der Wagenführer noch einmal zur Halle ging, um noch Einkäufe zu machen, bestieg ein junger Bursche den Wagen und fuhr in der Richtung auf Friedrichsberg unbedenklich davon.

Ein ungeheurer Kutscher Krüger von einem städtischen Amtswagen ist von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Seine Braut hatte der Polizei mitgeteilt, daß er mehrfach Bücher gestohlen und noch im Besitz habe.

Ein diebischer Hausdiener Namens Max Göbel hatte seinem Herrn, dem Besitzer einer Bade-Anstalt, eine blecherne Kassetten mit 820 M. in dem Augenblick entwendet, als der letztere sich auf kurze Zeit entfernt hatte.

Feuerbericht. Mit dem Wiederhereinbruch der Kälte hat die Zahl der täglichen Alarmierungen der Wehr wieder sehr zugenommen. Gestern abend wurde sie nach der Alexanderstr. 28a gerufen, weil hier ein Keller in größerer Ausdehnung in Flammen stand.

Beisowenden ist seit dem 14. d. Mts. der Klemperer Hermann Blum, der am 17. Februar 1872 zu Patosch (Kreis Rogolino) geboren wurde und hier in der Verlebergerstr. 18 wohnte.

Zwei „Geldwäscher“, die in Gemeinschaft mit einander arbeiteten, konnten gestern zur Haft gebracht werden. Am Vormittag betrat ein junger Mann das Kaiserliche Kaffeegeheimnis in Pantow.

Jugendliche Lebensmüde. Gestern abend gegen 8 Uhr verhaftete die 16jährige Arbeiterin Anna Berger sich im Rixdorfer Stichkanal die 16jährige Arbeiterin Anna Berger sich im Rixdorfer Stichkanal zu ertränken.

Eine Bande von Fernsprechautomaten-Wardern hat sich nach den vielen Anzeigen in Berlin gebildet. Nachdem vor einigen Tagen ein Automat auf einem Postamt gewaltsam geleert war, wurde gestern mittag der Automat auf dem Lehrter Bahnhof mit einem Nachschlüssel geöffnet und beraubt.

Zur Anti-Alkoholvereinerung. Am 2. März, abends 8 Uhr, veranstaltete der Verein Frauenwohl-Berlin im Industriegebäude, Deutschstraße 19/20, eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Die Frauen und die Alkoholvereinerung“.

Die Versammlung der Ordstaffe gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen findet Sonntagvormittag 10 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, statt, und nicht, wie es falsch in der Anzeige hieß, Montagvormittag.

Die Kommission der freien Fortbildungskurse für Arbeiter zu Charlottenburg unternimmt am Sonntag, den 5. März, abends 7 Uhr eine Fährung durch die Gärten der „Urania“, Taubenstr. 48/49.

von 15 Pf. berechtigten zur Teilnahme an den Vorträgen und an der Beschäftigung und werden Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 8—10 Uhr in der Gemeindegasse in Charlottenburg, Schloßstr. 2 abgegeben, wofür auch die Vorträge stattfinden.

Eine Ausstellung von dekorativen Kunstwerken, welche nach Entwürfen von Professor Hans Christian Hansen in Darmstadt mit der Singer-Nähmaschine hergestellt sind, ist gestern im Letzthaus am Victoria-Platz eröffnet worden. Man kann die 112 ausgestellten Gegenstände für die Einrichtung eines freischulischen Hauses halten, nur daß sie keine lustigen, vor dem rauhen Hauch der Realität zerfließenden Gebilde sind, sondern im Gegenteil für die Eleganz gemacht zu sein scheinen. Wir sehen Einrichtungen für Salon, Speisezimmer und Schlafzimmer vor uns und außerdem alle möglichen andern dem Luxus dienenden Gewebe, wo praktisch und feineren Reformidee bis zum kleinsten Eisbecken in entzückender Fingergarbeit. In den Zimmereinrichtungen sind nicht allein Gobelins, Teppiche, Säulen, Sofa und Bettdecken, sondern auch die Pfandosen, Tapeten und Stühle in Seidenstickerei gearbeitet. Das alles giebt ein Gesamtbild solider Pracht, die doppelt so wertvoll ist wie die Werke für die Dauer feinsten erbaute Zeit annimmt. Man könnte die im Letzthaus ausgestellten Arbeiten mit den künstlerischen Erzeugnissen früherer Jahrhunderte vergleichen, wenn nicht einzuwenden wäre, daß erst die krasseste Nähmaschine es ermöglicht hat, sich an Aufgaben heranzumachen, die früher fast über die Leistung eines Menschenlebens hinausgingen. Und dann kommt noch in Betracht, daß gerade die Maschine es war, welche in der Kunststickerei eine neue Technik hervorrief, die es verschmährt, mit der Handarbeit zu konkurrieren, weil sie über deren Wirken hinausgeht. Es war eine That der ausstellenden Gesellschaft, daß sie sich nicht mehr an die hergebrachten Muster anlehnte, sondern von Künstlerhand selbständig Entwürfe herstellen ließ, in denen auf die Eigenart der Nähmaschine Bedacht genommen war und die überdies in ihrer Farbenharmonie die Sprache lauterer Schönheit reden. Die Ausstellung ist bis zum 7. März geöffnet und zwar wochentags von 10 bis 5 Uhr, Sonntags von 12 bis 7 Uhr.

Dem Tolstoj-Abend am 28. d. Mts. im Kaiser-Friedrich-Gymnasium am Savigny-Platz, den die Charlottenburger Kunstkommission als VIII. Volkstanzabend veranstaltet, werden ihre künstlerische Mitwirkung leisten: Der Schriftsteller Kurt Walter Goldschmidt durch einen Vortrag über den Dichter, Dr. Gustav Manz und die großherzogliche Hofkapellmeisterin Charlotte London, eine Nuffin als Vortragende und endlich in musikalischer Hinsicht Dr. Robert Mannreich und Martha Meyer; Kapellmeister Otto. Einrichtungsarbeiten a 50 Pf., einige reservierte Reihena 1 M., sind in allen größeren Buchhandlungen Charlottenburgs, sowie im Verein zur Förderung der Kunst, Albrechtstraße 11, und Verlag Bloch, Brüderstraße 1, zu haben.

Theater. „Das Schwalbenest“, die Jugoperette des Central-Theaters, bezieht morgen das Jubiläum der 50. Aufführung. Aus diesem Anlaß hat der Komponist der Operette Henry Herbig ein Quartett für den 3. Akt nachkomponiert, welches bei der Jubiläumsvorstellung zum erstenmal gesungen wird. — Im Theater des Westens geht am Sonntagabend „Der Troubadour“ und am Abend „Die schöne Helena“ in Scene.

Orgelkonzert. In der Marienkirche hält Musikdirektor Otto Diemel Montag, den 29. Februar, abends 7 1/2 Uhr, ein Orgelkonzert bei freiem Eintritt unter Mitwirkung von Fräulein Marie Bindow, Fräulein Lise Hatter, Herrn Karl Koch, der Violinisten Fräulein Elise Kohnmann und Herrn Leopold Wehrhans.

Aus den Nachbarorten.

Zum Spandauer Kommunalstreit ist zu berichten, daß die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion nunmehr bei der Stadtverordneten-Versammlung den formellen Antrag auf Einsetzung einer Kommission in die Geschäftsordnung eingebracht hat, welche die Befugnis der Deputationen, Ausschüsse etc. regelt. Danach soll einer jeden offiziell angemeldeten Gruppe in der Versammlung eine ihrem Stimmverhältnis entsprechende Vertretung in den Deputationen etc. zu stehen, und ebenso natürlich das unbeschränkte Vorschlags- bezw. Bestimmungsrecht hinsichtlich der auf sie entfallenden Vertreter.

In Lichtenberg ist die Orts-Krankenkasse durch eine vom 25. Februar datierte Verfügung der Aufsichtsbehörde abermals in ihrer Selbstverwaltung beschränkt worden. Wie erinnerlich sein wird, weigerten sich seiner Zeit sechs von den zwölf Mitgliedern des Kassenvorstandes, an den Vorstandssitzungen teilzunehmen, um auf diese Weise zu verhindern, daß der Buchdruckerbesitzer A. Koch zum zweiten Vorsitzenden gewählt werde. Das hatte zur Folge, daß die Aufsichtsbehörde im Mai 1902 den Kassenvorstand außer Funktion setzte und den befohlenen Mandanten der Kasse, Herrn Kaufmann zum Kommissar bestellte. Die Beschwerden gegen diese Maßnahmen blieben erfolglos, obgleich Kassenvorstand und Generalversammlung nachzuweisen suchten, daß wie schon in einem früheren Falle so auch jetzt gerade Herr Kaufmann die treibende Kraft zur Herbeiführung des Kommissariats gewesen und obgleich ferner offensichtlich die Behauptung ausgesprochen wurde, daß Kaufmann der Arbeitsverweigerung seiner sechs Freunde Vorwurf geleistet habe oder gar der Urheber dieser Obstruktion gewesen sei. Kaufmann hat nun während der kommissarischen Verwaltung der Kasse bei der Aufsichtsbehörde seine Pensionierung beantragt und auch bewilligt und zwar auf Grund eines Dienstvertrages, von dem die Beschwerdeführer in dieser Sache behaupten, daß er mit ähnlichen Mitteln zu Stande gekommen sei wie seiner Zeit die Suspension der Kassenvorstände. Es geht Herrn Kaufmann als Pensionär der Kasse nicht allzu schlecht. Seine Pension beträgt 2000 M. und seine derzeitige Witwe wird 1250 M. erhalten; außerdem bezieht Herr Kaufmann aus einem Dienstverhältnis zum Grafen Redern 3000 M. Ruhegehalt und von einer Lebensversicherung wegen eines Unfalles 1300 M. im Jahre. Die an die obere Aufsichtsbehörde gegen die Pensionierung erhobene Beschwerde war ohne Erfolg; im Gegenteil hat die Behörde nun verfügt, daß sie den Teil der Vorstandsgeschäfte, der bei der Pensionierung und der Anzahlung der bisher nicht geleisteten Pension an Kaufmann betrifft, selbst übernehmen und weiter, daß der Mandant die Pension innerhalb acht Tagen auszurufen habe. Von dem Ausgange des nun eingeleiteten Verwaltungsstreitverfahrens wird es abhängen, wie die Angelegenheit endet, die die Entwicklung der Kasse beträchtlich gehindert hat. Den Mitgliedern der Kasse aber erwächst die Pflicht, bei den Wahlen zur Generalversammlung, die am 1. und 2. März stattfinden, alles zu thun, damit die letzten Reste der „Kaufmannszeit“ beseitigt werden.

In der letzten Sitzung der Nizborfer Stadtverordneten-Versammlung erfolgte die Einführung des neu gewählten Stadtverordneten Maurermeisters Müller in sein Amt, nachdem die Wahl für gültig erklärt worden war. Müller ist an der Stelle des verstorbenen Herrn Scudama gewählt worden. Da der Verwaltungsbericht des Magistrats den Stadtverordneten schriftlich zugegangen ist und die Zeitungen vieles daraus mitgeteilt haben, so beschloß die Versammlung gemäß einem Vorschlage des Oberbürgermeisters, von einer mündlichen Verichterstattung abzusehen. Die Versammlung stimmte dem Beschlusse des Magistrats zu, durch welchen dem Obersekretär Mer der Titel Bureau-Direktor und dem Magistratssekretär Märker der Titel Rechnungsbüchse verliehen worden ist. Nach Erledigung einer Strafsache und nach Prüfung und Feststellung der Gemeindeführung für 1902 wurde eine Magistratsvorlage angenommen, die den städtischen Kassendeckungen das Stellen von Kautionserklärungen will. Bisher wurden die Kautionserklärungen städtischer Kassendeckungen nur in Sparbüchern oder in mündlichen Wertpapieren angenommen. Da in vielen Fällen die Beamten die Kautionserklärungen nicht aus eignen Mitteln stellen konnten, suchten sie sich von Kautionsgesellschaften oder von privater Seite zu verhältnismäßig hoher Zinsvergütung zu beschaffen. Die hohe Zinszahlung soll den Beamten erspart werden. Es wurde deshalb beschlossen, auch Bürgschafts-Erklärungen sicherer Bank- und Kreditinstitute als Sicherleistung für die Erfüllung der von den Beamten übernommenen Verbindlichkeiten anzunehmen. In einem besonderen Falle hat z. B. die Bayerische Hypothek- und Wechselbank sich bereit gefunden, ohne Gegenleistung die Bürgschaftserklärung für einen Kautionsbeamten zu geben, der bei ihr eine Lebensversicherung eingegangen ist. — Eine Anleihe von 5 1/2 Millionen hatten die städtischen Kautionsbeamten vor einiger Zeit beschlossen. Der Tilgungsplan sollte 2 1/2 Prozent betragen. Der Bezirksausschuß will aber die Genehmigung zur Aufnahme der Anleihe nur unter der Bedingung erteilen, daß der Tilgungsplan von 2 1/2 auf 3 Proz. erhöht wird. Die Stadtverordneten-Versammlung stimmte der Erhöhung des Satzes zu.

Johannisthal. Mit der Androhung, die Kosten für Errichtung und Unterhaltung einer Hilfsgeistlichenstelle für den Ort auf dem Zwangswege in den Etat der Gemeinde einfließen zu lassen, glaubte ein Vertreter des Konvikts den Gemeindevorstand bestimmen zu können, eine Hilfsgeistlichenstelle zu schaffen. Nach langer, heftiger Debatte wurde jedoch beschlossen, das Ansuchen abzulehnen und es bei dem bisherigen Zustande zu belassen, nach dem der in Rudow amtierende Geistliche auch die geistlichen Handlungen in Johannisthal vorzunehmen hat, da beide Ortschaften eine Parodie bilden. Der Kirchenrat stellte sich auf den Standpunkt der Gemeindevorstellung, daß eine Hilfsgeistlichen- oder Pfarrstelle für den Ort nur dann geschaffen werden kann, wenn die Parodie Rudow dieselbe zu ersetzen, daß der Gemeinde Johannisthal keine Lasten entstehen. Die Parodie Rudow ist dazu sehr wohl in der Lage, bezieht doch der Geistliche aus den Erträgen der Pfarrei Rudow ein jährliches Gehalt von 15 000 M. Da nun die Erträge der Pfarrei Rudow durch die Anlage des Teletelkanals sich noch bedeutend steigern werden, so würden durch eine Teilung der Parodie Rudow zwei ganz rentable Pfarristellen geschaffen, denn mit einem Einkommen von 7500 M. kann doch auch ein Geistlicher auskommen.

Aus Friednau schreibt man uns: Wie der hiesige Gemeindevorstand bekannt macht, finden die Ergänzungswahlen der vier auscheidenden und der drei neu zu wählenden Gemeindevorordneten für die dritte Wählerklasse am Montag, den 14. März, nachmittags 5 1/2—8 Uhr, und für die zweite und erste Klasse am Dienstag, den 15. März, von 5—6 1/2 resp. 7—7 1/2 Uhr statt. Vom 1. April ab zählt die Gemeindevertretung 24 Mitglieder (1 Gemeindevorsteher, 5 Schöffen und 18 Gemeindevorordnete), von welchen zwei Drittel (also 16) Angehörige sein müssen. Der Gemeindevorstand hat nun folgende von ihm motivierte Einteilung getroffen: Von den gegenwärtigen Mitgliedern der Gemeindevertretung sind 5 Nichtangehörige (Mieter), so daß aus dem Kreise der Nichtangehörigen noch drei Vorordnete gewählt werden können. Da sich gegenwärtig unter den Vertretern jeder Wählerklasse je ein Mieter befindet und die beiden dem Vorstande angehörigen Mieter bei der Verteilung nicht zu berücksichtigen sind, so entfällt von den noch wählbaren Nichtangehörigen auf jede Wählerklasse einer. Danach sind zu wählen von der dritten Wählerklasse zwei Gemeindevorordnete, von denen einer ein Mieter sein kann, von der zweiten Klasse vier Gemeindevorordnete und von der ersten Klasse zwei Gemeindevorordnete, von denen je einer ein Mieter sein kann. — Die Einteilung sollte ursprünglich eine andre sein, und zwar hieß es, daß die dritte Wählerklasse drei Gemeindevorordnete zu wählen habe, von denen zwei Mieter sein könnten. Nachdem aber der sozialdemokratische Wahlverein beschlossen, mit aller Kraft sich an der Gemeindevahl zu beteiligen, und die Möglichkeit gegeben ist, daß in der dritten Klasse die von ihr aufgestellten Kandidaten durchkommen, der Verein der Gastwirte und der Grundbesitzerverein vor dem roten Wespennest eine große Furcht in ihren Versammlungen befundet haben, hat man die Anzahl der zu Wählenden in der dritten Klasse reduziert und die in der zweiten Klasse erhöht. Können wir auch an der jetzigen Einteilung nichts ändern, so liegt es nun an den wahlberechtigten Parteigenossen der dritten Klasse, vollständig am 14. März zu erscheinen, um dem Kandidaten der Sozialdemokratie, der in einer demnächst stattfindenden Versammlung aufgestellt wird, zum Siege zu verhelfen, damit auch in der hiesigen Gemeindevertretung ein Recht sich im Kampfe befindet.

Adlershof. Am Sonntagnachmittag 2 1/2 Uhr findet im Lokal von Reihner, am Bahnhof, eine Protestversammlung gegen den Kuffenkurs statt. Das Referat hat Genosse Dr. Albert übernommen. Das Erscheinen sämtlicher Genossen ist erforderlich.

Gerichts-Zeitung.

Der Anrufprophet-Prozess zu Tüft, über den wir gestern berichtet haben, förderte auch in der Verhandlung vom Donnerstag allerhand Wunderlichkeiten zu Tage. Zu Beginn der Sitzung überreicht der Verteidiger Rechtsanwalt Vold ein von dem Angeklagten erfundenes und bei seiner „Augendiagnose“ in Anwendung gebrachtes „Augenglas“, das Schröder nach seinen Angaben in der Voruntersuchung vor seiner Verhaftung vernichtet haben wollte. Auf Befragen giebt Schröder zu, damals die Unwahrheit gesagt zu haben, da er ursprünglich das Geheimnis dieses Glases nicht preisgeben wollte. Durch dieses Glas will der Angeklagte erlitten haben, an welchen Krankheiten seine Patienten litten und für welche Leiden sie außerdem veranlagt waren. Auch Unglücksfälle seiner Kranken will er durch dieses Glas vorsehen und ebenso die medizinischen Gifte erlitten haben, mit denen die Patienten vordem vergeblich kuriert worden waren. In der weiteren Vernehmung richtet der Vorsitzende an den Angeklagten die Frage: Was halten Sie vom Gesunden? — Angekl.: Ich erkenne ihn insofern eine heilsame Wirkung zu, als es eine Autoinjektion darstellt und der Heilglaube erfahrungsgemäß viele Erfolge anzutreiben kann. — Vors.: Und würden Sie es auch zur Anwendung bringen? — Angekl.: Ja habe es nicht im Sinne der Gesundheitsförderung, sondern im Sinne der ostromphischen Prediger, nämlich, indem ich es hoffnungslosen Patienten zu ihrer geistigen Kräftigung verordne. Einen andern Zweck kann ich dem Gesunden kaum zuerkennen. — Vors.: Herr Sachverständiger Schröder, Sie halten nichts von dem Gesunden? — Sachverständiger: Nein. — Vors.: Sie haben sogar in Ihrer Zeitschrift dagegen Stellung genommen, indem Sie auf dem Standpunkte stehen, daß Ihre Oscillationstherapie vollkommen genügt? — Sachv.: Jawohl. — Vors.: Sie haben auch einmal einen Ihrer Mitarbeiter, Dr. med. Steinke, zu einer solchen Gesundheitskur geschickt, die mit einem zwölfjährigen Mädchen „arbeitete“. Der Herr hat sich augenscheinlich über den Betrieb lustig gemacht, denn er schreibt da, daß das Mädchen für die glückliche Entbindung einer Frau und ferner dafür gebetet habe, daß ein Kutscher, der ein Thalerbild verschluckt hatte, dies zu seiner Erleichterung in gewechseltm Zustande in Form von 30 Silbergrößen wieder vor sich gebe. (Stürmische Heiterkeit.) — Hierauf stellte Dr. Lengnick einen der drei Patienten der Tüftler Heilanstalt vor, an denen der Angeklagte seine Fähigkeit in Bezug auf Perkussion und Auskultation darthun soll. Der von verschiedenen Seiten angeregte Ausschluß der Öffentlichkeit wurde vom Gericht abgelehnt. Der Kranke muß sich bis auf die Hüften vollständig entkleiden und auf einen Stuhl setzen, worauf dem Angeklagten Perkussionshammer und Hörrohr gereicht werden. Er benutzt die Sachen mit der Miene eines sachverständigen Arztes und klopft die linke Brustseite längere Zeit ab. Auch sieht er dem Kranken mehrfach scharf in die Augen. Als ihm darauf Kreisarzt Dr. Wehrndt lächelnd das auf dem Gerichtstisch liegende, in einen runden silbernen Rahmen eingefasste „Augenglas“ reichen will, wehrt der Angeklagte ihn mit den Worten ab: „Das brauche ich garnicht!“ Die Geschichte endet aber mit einer Plamage des Angeklagten, da er die Lunge des lungenkranken Patienten für gesund erklärt und auch nicht erkennen kann, daß der Mann an einem Unterschenkelgeschwür leidet. Als Vertreter der Augendiagnose nennt der Angeklagte einen Dr. Schlegel in Lüdingen. — Sachverständiger Professor Höftmann bezweifelt weiterhin, daß Geheimer Rat

v. Rauhmann-München sich in dem vom Angeklagten behaupteten Sinne über den Magnetismus geäußert habe. Jedenfalls könne der Ausspruch nur in den letzten Lebensjahren Rauhmanns gefallen sein, und da sei der Gelehrte schwer krank gewesen, so daß er, Sachverständiger, sogar nicht einmal sagen könne, ob Rauhmann in den letzten Jahren nicht geistig defekt gewesen sei. — Der Vorsitzende stellt fest, daß das betreffende Sachverständigen-Gutachten des Geheimen Rats v. Rauhmann vom 12. Mai 1880 datiert sei. In diesem kämen folgende Sätze vor: Niemand könne sich selbst zu Tode kühlen (Heiterkeit), und kein Mensch sei dem andern gleichgültig. Es gebe Menschen, die sympathisch, und solche, die sich antipathisch gegenüberstünden. Das zeige sich bei allen möglichen Gelegenheiten. So habe es schon junge blonde Damen gegeben, die sich von keiner brunette Jofe blühen lassen konnten (Heiterkeit), während eine blonde Jofe ohne weiteres dazu im Stande gewesen sei. Das liege an dem tierischen Magnetismus, der jedem Menschen mehr oder weniger innewohne.

Eine Gewissenlosigkeit ohne Gleichen. Eine nicht sehr appetitliche Geschichte lag einer Anklage wegen Nahrungsmittelverfälschung zu Grunde, die das Gärtnereipaar G e m b r i e s che Ehepaar gestern vor die zweite Strafkammer des Landgerichts II führte. Beide Angeklagten wurden beschuldigt, den bei ihnen beschäftigten Lehrlingen Fleischabfälle, die sonst im allgemeinen als Hundefutter benutzt werden, als Mittagstoft vorgelegt zu haben. Einer der Lehrlinge mußte jeden Vormittag aus der Speisewagen-Gesellschaft Stromsch in Charlottenburg in einem Eimer Küchenabfälle und Speisereste holen, die als Futter für Hunde und andres Vieh angeblich benutzt werden sollten. Den Lehrlingen fiel es nun wiederholt auf, daß ihr Mittagstoft einen ellen, fauligen Geschmack hatte, zu weich war und unappetitlich aussah. Sie kamen auf den Verdacht, daß ihnen Mittagstoft aus dem Viehfutter-Eimer aufgeschüttet würde und machten eine eigenartige Probe aufs Exempel. Als einer von ihnen eines Donnerstags wieder einen Eimer voll Abfall holte, praktizierte er sehr vorsichtig in einige Stücke Fleisch einige Schrotkörner hinein. Am Sonntagabend erhielten die Lehrlinge „Kalbsbraten“ auf ihr Brot und da sie beim Hineinbeißen auf Schrotkörner stießen, war es erwiesen, woher das Fleisch stammte. Am nächsten Tage wurde der Fleischweimer nicht den Angeklagten, sondern dem Igl. Kreisarzt Dr. J e h übergeben. Dieser konstatierte, daß das zwischen Brotkrumen, Nüssen und allerlei sonstigen Abfall liegende Fleisch völlig in Fäulnis übergegangen war und förmliche Kalksteinchen sich gebildet hatten. Eine aus dem Fleisch gebildete Flüssigkeit wurde Motten und Mäusen eingeimpft, die bald schwere Vergiftungserscheinungen zeigten. — Im Termin gab die Angeklagte zu, daß sie aus dem Eimer wiederholt Fleisch entnommen und für die Lehrlinge verwendet habe. Die Küchenabfälle des Deutschen Eisenbahn-Speisewagen-Betriebes enthielten oft tabellose, frische Stücke Fleisch, von dem auch sie mit ihrer Familie mehrfach gegessen habe, ohne auch nur das geringste Ungeheuer zu spüren. Nur und einzig um solche Fleischstücke habe es sich gehandelt, keineswegs lömte die Gesundheit der Lehrlinge gefährdet gewesen sein. — Der Staatsanwalt hielt die ekel-erregende Handlungsweise der Angeklagten für so abscheulich, daß er je einen Monat Gefängnis beantragte. — Rechtsanwalt Chodziesner plädierte dagegen für Freisprechung. Er hielt nicht für erwiesen, daß das Fleisch, welches vor der Untersuchung durch den Kreisarzt geholt und teilweise genossen worden war, dieselben schlechten Eigenschaften besaßen habe, wie das unteruchte. Zudem hätten die Lehrlinge eingeräumt, daß sie sich einige Male, wenn sie Hunger gehabt, selbst Fleisch aus dem Eimer herausgeholt und verzehrt hätten. Wenn ihnen dabei verdorbenes Fleisch in die Finger gefallen sein sollte, so würden die Angeklagten hierfür nicht verantwortlich sein. Auch eine Fahrlässigkeit lasse sich nicht nachweisen. So unappetitlich das Verfahren auch sei, so seien die Angeklagten doch strafrechtlich nicht zu fassen. — Der Gerichtshof kam zu demselben Ergebnis und erkannte auf Freisprechung, ließ aber die Angeklagten auch seinerseits nicht im Zweifel darüber, daß ihre Handlungsweise verwerflich und ekelhaft sei. Öffentlich bekommt das gewissenlose Ehepaar so leicht keine Lehrlinge wieder.

Ein „Rechtsverbrecher“ der schlimmsten Sorte stand in der Person des Barbiers Hugo Schneider aus Nichtenberg vor der Strafkammer des Landgerichts II. Der früher schon mit Justizhaus bestrafte Angeklagte stand in Nichtenberg in dem Hause, eine gute Portion Rechtskenntnis zu besitzen und alle Schleichwege zu kennen, die durch das Labyrinth der Rechtsgeschäfte führen. Zum Glück ein Handelsmann ins Netz, der von einer Gesellschaft auf Zahlung von 750 M. verklagt worden war, diese Forderung aber für unberechtigt hielt und nun auf dem besten Wege war, ein Prozeßkanal zu werden. Auch der Angeklagte, dessen Rat er einholte, war der Ansicht, daß die Gesellschaft offenbar im Unrecht sei und man ihr mit Hilfe des Gerichts die Flötentöne beibringen müsse. Das war Wasser auf die Mühle des Handelsmanns; er pries sich glücklich, als sich der Angeklagte bereit erklärte, ihn gegen die Gesellschaft vor Gericht zu vertreten. Er ahnte nicht, daß er einem Gauner zum Opfer gefallen war. Die Angelegenheit nahm einen so sonderbaren Verlauf, daß man eigentlich nicht weiß, ob man mehr über die Dreistigkeit des Angeklagten oder die Raubgier seines Auftraggebers staunen soll, der sich wie ein gebildetes Schachschere ließ und dem braven Rechtsvertreter für den Streit um die Bagatelle von 750 M. nach und nach eine Summe von fast 700 M. geopfert hat. Die Forderungen des Angeklagten liefen unter den verschiedensten Titeln; bald brauchte er Geld zur Deckung von Gerichtsosten, bald zur Bezahlung von Kopialien und Schreibgebühren, mehrere hundert Mark sollten aber angeblich zur „Belegung“ der Rechtsanwalte dienen, denn der Angeklagte rebete seinem Mandanten vor, daß für die Gesellschaft drei Rechtsanwälte thätig seien und der Prozeß nur gewonnen werden könne, wenn man sich nicht scheue, die Rechtsanwalte zu „spiden“. Der leichtgläubige Auftraggeber gab daraufhin Gelder über Gelder, bis er die oben angegebene Summe los geworden war. Schließlich stellte sich heraus, daß der Barbier sich um die Prozeßangelegenheit überhaupt nicht kümmert hatte, so daß es kein Wunder war, daß der Prozeß für seinen Mandanten verloren ging. Ganz ähnlich hatte er in einer andern Prozeßsache gehandelt. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu 2 1/2 Jahren Justizhaus und 300 Mark Geldstrafe.

Vermischtes.

Abermals ist in einer Stadt der Union eine große Feuerstrunk ausgebrochen. Wie aus Rochester gemeldet wird, wütet daselbst seit Freitag ein verheerender Brand im Herzen des Geschäftsviertels. Unter andern Gebäuden wurde das der Firma Sibley, Lindsay, Curr u. Comp. gehörende massive Granitgebäude zerstört. Die Feuerwehre sängt an, mittels Dynamit die einzelnen Gebäude niederzulegen, um ein Umfahrgreifen der Flammen zu verhindern. Es wurde von Buffalo und Syracuse Hilfe erbeten.

Marktpreise von Berlin am 25. Februar 1904

nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums.		Kartoffeln, neue D.-Gr.		7,00	6,00
*Weizen, gut D.-Gr.	18,20	18,16	Kartoffeln, alte 1 kg	1,80	1,20
mittel	18,12	18,08	do. 1 kg	1,40	1,10
gering	18,04	18,00	Schweinefleisch	1,60	1,00
*Roggen, gut	13,70	13,68	Kalbfleisch	1,80	1,20
mittel	13,66	13,64	Dammfleisch	1,80	1,20
gering	13,62	13,60	Butter	2,20	2,00
*Gerste, gut	14,10	14,08	Eier 60 Stk	5,00	3,00
mittel	14,06	14,04	Karpfen 1 kg	2,50	1,20
gering	14,02	14,00	Hale	3,00	1,40
*Hafer, gut	15,70	15,68	Fander	3,00	1,20
mittel	15,66	15,64	Fische	2,40	1,20
gering	15,62	15,60	Parade	1,80	0,80
Milchstroh	4,00	3,92	Schafe	3,00	1,40
gering	3,96	3,88	Weie	1,40	0,80
Erbsen	40,00	39,00	Krebse per Schod	15,00	3,00
Schneeböhen	50,00	49,00			
Kleien	60,00	59,00			

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk.
Anzüge nach Mass von 25 Mk. an.

M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4
 am Kothuser Thor.
 Schneidermeister.

Unbedingt

solten, wie beschlossn wurde
60 Rosenthalerstr. 60
 erste Etage
„Avanti“
 die enormen Waren-Vorräte der aus der

Konkursmasse

Goldschmidt & Co. C. Heine stammenden und andren Waren
 sobald wie möglich ausverkauft werden.

Eine Partie Ueberzieher

anstatt	10 1/2	15	17	25	34	42	51 M.
jetzt	6	10	11 1/2	18	23	28	33 M.

Eine Partie Anzüge

anstatt	10	15	25	33	40	47 M.
jetzt	6 1/4	8 1/2	14	16	21	28 31 M.

Eine Partie Burschen- und Knaben-Anzüge

anstatt	8 1/4	4	7	9	12	15	18 24 M.
jetzt	1.65	2 1/4	3 1/4	5	7 1/4	10	11 1/2 15 M.

Eine Partie Herren- und Knaben-Hosen

anstatt	1 1/4	2 1/4	4 1/2	6	8	11	13 15 18 M.
jetzt	50 Pf.	1 1/4	3	3 1/2	4 1/4	6 1/2	8 9 11 M.

für einen Spott-Preis,
 wie eine Kleinen-Auswahl in

Konfirmanden-Anzügen,
 so daß der Armen Kleinsten sein Kind für wenig Geld schön gekleidet zur Konfirmation schicken kann.

ohne Rücksicht auf sonstige Preise
 qu. Warenvorräte umgehend abzugeben. Jede Größe und Weite ist in Kleinen-Auswahl am Lager. Verkauf nur gegen Bar.

60 Rosenthalerstrasse 60
 erste Etage. — „Avanti“.

J. Georg Simon
Reinickendorferstr. 8.

Grösstes Bekleidungshaus des Nordens von Berlin.
Seke Ravenéstrasse. Am Bahnhof Wedding.

Raslos bemüht, meiner Kundschaft wie dem p. Publikum stets die größten Vorteile bieten zu können, so daß der auch noch so entlegene und weit Wohnende mein Etablissement aufsucht — heute giebt's in Berlin keine Entfernungen mehr, für 10 Pf. fährt man bis vor mein Haus — ist es mir zu dieser Saison gelungen, enorme Waren-Lager bedeutend unter Preis anzukaufen. Den Nutzen dieses

Gelegenheits-Einkaufs

Lasse ich dem wertigen Publikum zu gute kommen.
Herren-Paletots in allen Farben und Längen 7.25, 8.50, 10, 11, 11.50, 13 M.
Herren-Paletots, vorzügl. Qualität, mit und ohne Raht 14.50, 16, 17.50, 19, 22 M.
Herren-Paletots, extrafein, Erfaj für Raht 24, 26, 29, 34, 38, 42, 45 M.
Herren-Anzüge in soliden Stoffen u. allen Farben 7.75, 9, 10.50, 12, 15 M.
Herren-Anzüge, bessere Qual., mit geraden u. schräg. Taaschen 17, 19.50, 23.50, 25, 27 M.
Herren-Anzüge, extrafein, Erfaj für Raht 29, 32, 35, 40, 43, 45 M.

Konfirmanden-Anzüge in Kammgarn, Tuch und Cheviot
6 3/4, 7 1/2, 8 3/4, 10, 12, 14, 16 M. und höher.

Herren-Joppen in Loden 3.25, 4.50, 5.50, 6.75, 8 M.
Herren-Hosen in allen Farben 1.50, 2, 2.75, 3, 3.50, 4 M.
Herren-Hosen, extrafein, Erfaj für Raht 5.50, 6.75, 7.50, 9, 11, 15 M.
Schwarze Gesellschafts-Anzüge, Fracks, Kellner-Anzüge u. Jacken u. einz. Westen zu staunlich billigen Preisen.
Arbeiter- u. Berufs-Kleidung für jedes Gewerbe, Wäsche, Krawatten, Unterzeuge in reichlicher Auswahl zu Fabrikpreisen.

Alle Größen und Weiten sind am Lager.

Bei mir findet der einfache Mann wie der verwöhnteste Kavaller nach seinem Geschmack fertig wie nach Maß für wenig Geld. Meine Konfektion ist prima Qualität und hat tadellose, elegante Sitz wie erstklassige Verarbeitung, die nur mit Wahrheit zu vergleichen ist. Mein Etablissement — eine Sehenswürdigkeit des Nordens Berlins — hat ein solches Renommee trotz der Kürze seines Bestehens für gut und billig, so daß es keiner weiteren Klame bedarf.

Reinickendorferstr. 8.
Ecke Ravenéstrasse.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Restaurations zu verkaufen zum 1. April Weichenburgerstr. 49.
 Plattenstalt kleidungsbed. ver. käuflich. Hofmann, Rathh. Hofstr. 24.
 Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*
 Vorjährige Herrenanzüge, Winterpaletots, Seidensieder, aus feinsten Stoffen (spottbillig) täglich, Sonntagverkauf, Deutsches Verlanhaus, Jägerstr. 63, I. 20832*
 Lassen Sie einen Sohn einsegnen, so kaufen Sie den Anzug bei Herrmann Schlegler, Lurstr. 85. Er hat die besten Ware, die billigsten Preise und keinen Handel. 21342*
 Winterpaletot, Herrenanzüge, wenig getragene Kommodgarderobe von 6 Mark an. Große Auswahl, auch neue, zurückgelehrt, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Rüstenzell, Rosenh. Hofstr. 15 III. 21178*
 Anzugreife 8.00, Hosenreife 3.00. Reflektierhandlung, Nützenbergerstr. 9.
 Welche Herrenhüte, gute Qualität, Stiel 55 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Gutachter, Comptoir Neue Friedrichstr. 81 I, Ecke Königstr. früher Kaiserstr. 25A. Sonntag geöffnet.
 Teppiche (Gelegenheitskauf) Seidenstoff 8 Mark durchweg 3.75, Polster elegant Jodetis 11 Mark 24.00, durchweg 8 Mark verkauft Julius Neumann, Belle-Alliancestr. 105. 21478*
 Teppiche wegen Umzug billig Matner, Grünenerweg 5. 19245*
 Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grün, Gadescher Markt 4, Bahnhof Dörse. 93/22*
 Teilgabung, Möbel, Spiegel, Bilder, Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Portieren, Regulatoren, Remontieruhren, Uhrketten spottbillig Leihhaus Reanderstr. 6. 75/2*
 Regulatoren, Remontieruhren, Uhrketten, spottbillig Leihhaus Reanderstr. 6.
 Spiegel, Bilder, Planten, Möbel spottbillig Leihhaus Reanderstr. 6.

Teppiche, Vorleger, Divandeden spottbillig Leihhaus Reanderstr. 6.
 Gardinen, Stores, Portieren spottbillig Leihhaus Reanderstr. 6.
 Betten, Steppdecken, Tischdecken, Wäsche, Kleidungsstücke spottbillig Leihhaus Reanderstr. 6. 75/1*
 Stannend billig verkauft Dame drei Zimmer Möbel, auch einzeln, noch neu, Stores, Gardinen, Steppdecken, Plüschstuhlssofa 45.00, Kaminapparat 100.00, Küchenschüssel, Verschiedenes jeden Preis, Köpferstr. 125a I. 20905*
 Kinderwagen, Kinderbestellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt (spottbillig). Gargarenladen Kurfürstentstr. 172. 18215*
 Billard mit Huthorn, 90 Mark, verkauft Schreinerstr. 9. 116/16*
 Teppiche mit Farbenkleben Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*
 Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Inwallenstr. 148 (Eingang Bergstr.) Stahlstr. 40.
 Wegen Umzug verlaufe meine noch vorräthigen Fahrräder billiger. Schaufenster zu verkaufen. Karl Riethe, Große Frankfurterstr. 123. 21368*
 Frankfurt Allee 10, am Ringbahnhof, Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Woche 1.00, gebrauchte 12.00, sofortige Lieferung, Postkarte genügt.
 Malztrabzier, blaubildend, für Blutarme, Brustkrante, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überauschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2, Sonne 3.50 erlustet. Nicht falschenzahl, Qualität! entscheldet. Forter-Kellerer Ringler, Bernauerstr. 119. 105/6*
 Cigarren, 2000 Rille, 16, 18, — Mark 100, nur reelle, gut abgelagerte Rare Expeditionspeicher Neue Friedrichstr. 6. 21403*
 Hochelegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen, 9 bis 12 Mark, Verlanhaus Germania, Unter den Linden 21. 21092*
 Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*
 Echte Pariser Kanarienhöhne, Rüstweiden, junge und sprechende Papageien, auch Tausch, Grundmann, Gaiswiz, Kommandantenstr. 52. 19766*

Wach- und Bringmaschinen, beste Qualität, billigste Preise. Bei Anzahlung, coulant Bedingungen. C. Beckmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landsbergerstr. 2060
 Restaurant, gutgehend, (sofort billig wegen Bezug nach Bernou verkauft) Göckelstr. 43. 420
 Restauration, gutes Geschäft, am Friedriehshof, billige Miets, für 1500 verkäuflich. Kustant Lemme, Ledwiesstr. 3, Lokal. 75/13
 Stehbirnen, Osten, Kaufhaus, gänzlich ohne Eisen. Strebsamen Leuten goldsichere Ertrags. Preisforderung mit sämtlichem hoch-elegantem Inventar, Billard, Säulenapparat 1200, Anzahlung 600. Restantant, welche wirklich reelles, gutgehendes Geschäft suchen, erhalten Kustant Comptoir, Raganstr. 121. Sonntags von 10-12. 21255
 Vanilline, Saften, Mische, Stiche, Platten, Bode verkauft Brunn, Reanderstr. 13. 21255
 Restaurant, gutgehend, Göckelstr. 43, verläuflich. Näheres Friedel, Bienenstr. 58, Edelkellerei. 21085
 Restauration, Ertrags nachweislich, (sofort zu verkaufen). Ertragen bei Postamt, Neue Hofstr. 13.
 Kuhbaum-Vertilo, Plüschsofa rotbraun, Sattelstühle, Bettstellen, Königsbergerstr. 11, erstes Obergebäude I. Etage. 21176
 Eleganter Kinderwagen und Spielstuhl billig zu verkaufen. Bergmann, Gollnowstr. 8. 4107*
 Garnitur, Truemeu, Kleiderstank, Tafelsofa sehr schön verkauft werden Chausseest. 95 I.
 Schaufenstall billig zu verkaufen, passend für Anfänger. Röhers Fischer, Andreasstr. 61. 750*
 Fahrrad, fast neu, schuldenhalber angenommen, billig verläuflich. Reimann, Restaurateur, Große Frankfurterstr. 82. 21255
 Restauration billig zu verkaufen Schönleinstr. 26. 475*
 Restauration, gutgehend, preiswert zu verkaufen. Kustant erick Ramon, Schöndorfer Allee 135. 469
 Spiegelbild, Spiegel, Kinderbettstelle (Holz) spottbillig. Eiche, Weidenweg 85. 450

Verschiedenes.
 Patentanwalt Dammann, Kochplatz 57. 18678*
 Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grünweg vierundneunzig. Langjähriger Gerichtsbeistand! Erfolgreichste Materielle! Eingabegeld! 20325*
 Rechtsbureau, Gerichtsschreiber, früherer, Andreasstr. 88. Sonntagsbienst. 20855*
 Kunststofferei von Frau Klotzky, Steinmetzstr. 48, Quergebäude hochparterre.
 Der Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterfäden 15.00. Wagner, Schneidermeister, Nützenbergerstr. 9 (Pallastentstr.) 75/7*
 Fahrradgeschäft, auch beschl. Kapsel, Schöndorfer Allee 168a. 93/19*
 Gold-, Silberarbeiten, Fahrgeselle, Platin faulst Brunnstr. 137, Eingang Bernauerstr., Goldschmelze. 20785
 Bücher lautz, belecht Antiquariat Kochstr. 56, I. Mini I, 5831.
 Vereinszimmer zu vergeben. Goldbach, Nützenhofstr. 8. 14305*
 Rechtsbureau (Alexanderplatz) Kurzstr. 43/44! Gerichtsbeistand, erfolgreichste Rechtshilfe! Eingabegeld! 116/18
 Rechtsbureau Nützenstr. 15. (Kaufher Platz) 418
 Kieber, Tapezierer, Wedding. Sonntag Frühprache Kunststr. 6.
Vermietungen.
 Möbliertes Zimmer für Herrn bei Wasser, Clausstr. Nummer 92.

Möbliertes Zimmer vermietet Niese, Blücherstr. 40. 4112*
 2 Herren hübsches Zimmer Ludowigerstr. 3, IV links. 21145
Schlafstellen.
 Möblierte Schlafstelle für zwei Herren Dresdenerstr. 58, III rechts.
 Sofort möbliertes in tagelänger alleinstehender Stube. Doblomitz, Wilhelmstr. 141. 21168*
 Schlafstelle, möbliert, separat, Schulstr. 59/60, vorn III, 187hen.
 Gute Schlafstelle bei Blücher Reuendorf, Oranienstr. 48, vorn II.
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
 Tanzmeister Jürgen, Tempelbergerstr. 19, übernimmt Tanzleitung. 4112*
Stellenangebote.
 Neu gegründeter Gesangverein sucht Dirigenten Honorar möglich. Ertragen Sonntagvormittag bei Schulz, Bauenerstr. 7, Lokal, 10-11. 21096
 Reversfacco-Arbeiterinnen, anheim Haus, gute Preise. Reuel, Bruchstr. 63. 75/15
 Lehrmädchen am Damenschneiderei verlangt Joh. Brangelstr. 88. 420
 Schülerinnen in und außer dem Hause finden sofort Stellung bei Nord, Büchsenstr. 59. 4112*
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.
Geübte Fliesenleger
 auf Wand- und Fußbodenarbeiten können sich sofort melden bei **Adolph Pleck.** 20805* SW., Lindenstr. 16/17.

Achtung, Holzarbeiter!
 Zuzug ist streng fern zu halten von **Bautischlern und Einsehern** nach der Werkstatt 79/1
Reif, Demminerstr. und Straßmünderstr.
Scharwies, Gneisenaustr. 41.
Küster, Greifswalderstr. 80.
 Die Ortsverwaltung.
Möbelpolierer.
 Die Differenz bei der Firma **Mendelsohn, Köpferstr. 129.** ist noch nicht beigelegt. 145/11*
Der Vorstand des Verbandes.
Achtung! Achtung!
Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter.
 Bei **Küster, Greifswalderstr. 80**, stehen sämtliche Maschinenarbeiter im Streit. — Zuzug ist streng fernzuhalten. 75/4*
Der Vorstand.
Achtung! Holzarbeiter!
 Zuzug ist streng fernzuhalten von **Bautischlern** nach den Werkstätten von 2079b
E. Reichmut, Strahburgstr. 2 und **König-Chaussee 74.**
Schippke, Friedrichstr. 40.
Borz, Röllstr. 18.
 Neu-Weißensee.
 79/15 Die Ortsverwaltung.
Achtung! Achtung!
Bauarbeiter!
 (Steinträger.)
 Auf dem Bau des Unternehmers **Tschuschko, Katzbachstr. 30,** Ecke Dreilindstr., sind Differenzen ausgebrochen. Wir ersuchen alle centralorganisierten Kollegen, diesen Bau zu meiden. 32/19 Die Verbandsleitung.